Mittwoch, 28. Dezember 1983 - D ***

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 302 - 52.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11 Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36.00 bfr. Dänemark 8.00 dkr. Frankreich 5.50 F. Griechenland 90 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1300 L. Jugoslawien 130,00 Din. Luxemburg 28.00 lfr Niederlande 2.00 hfl. Norwegen 7.50 nkr. Österreich 12 öS Portugal 100 Esc. Schweden 6.50 skr. Schweiz 1.80 sfr. Spanien 125 Pts. Kanarische Inseln 150 Pts

TAGESSCHAU

POLITIK

Perspektivische Planung: In der FDP-Führung will man offenbar auch bei einem eventuellen Rücktritt von Graf Lambsdorff das Wirtschaftsministerium mit einem Spitzenmann besetzen. Dafür könnte sogar Parteichef Hans-Dietrich Genscher in Frage kommen, der sich in jüngster Zeit mehrfach profiliert zu Wirtschafts- und Finanzfragen geäußert hat. (S. 1)

Papst bei Agca: Johannes Paul II. hat in einem römischen Gefängnis unter vier Augen mit dem zu lebenslanger Haft verurteilten Türken gesprochen, der vor zwei Jahren auf ihn geschossen hatte. (S. 3)

Strauß auf Grenada: Vor Beginn eines zweiwöchigen Karibik-Urlaubs hat der CSU-Vorsitzende sich an Ort und Stelle über die wieder stabile Lage auf der Insel nach der karibisch-nordamerikanischen Intervention informiert.

Japan: Der im Amt bestätigte Ministerpräsident Nakasone hat versichert, daß seine Regierung auch in Zukunft ihre prowestliche Außenpolitik weiterverfolgen werde.

Weniger Verweigerer: Bundesjugendminister Geißler rechnet mit weniger Anträgen auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen nach dem Inkrafttreten der Bestimmungen über den verlängerten Zivildienst. (S. 8)

Andropow-Kritik: Mängel im Versorgungssystem der Sowjetunion könne zu Unzufriedenheit der Bevölkerung führen, warnt der Parteichef in einer vor dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei verlesenen Rede.

Weniger Besuche: Auch die Befreiung von Kindern vom Zwangsumtausch bei Besuchen in Ost-Berlin und der „DDR" hat den drastischen Rückgang der Weihnachtsbesuche von Westberlinern nicht aufhalten können. (S. 4)

Vogel für Widerstand: Gegen eine eventuelle Ausdehnung von Rüstungsexporten in andere als NATO-Länder werde die SPD „entschiedenen Widerstand" leisten, kündigt ihr Fraktionschef Vogel in einem Brief an den Bundeskanzler an.

Reagan besorgt über Kreml: Die USA müßten angesichts zunehmender – und bisher unüblicher – öffentlicher Stellungnahmen sowjetischer Militärs prüfen, ob das Militär in der Sowjetführung „eine Macht für sich" geworden sei, erklärt Präsident Reagan.

Heute: Hessischer Staatsgerichtshof berät über CDU-Klage gegen Kredit- und Bürgschaftsgesetz der Minderheitsregierung Börner. – In Moskau tagt der Oberste Sowjet.

ZITAT DES TAGES



»Mit diesen Maßnahmen ist aber jetzt die Grenze der Belastbarkeit des öffentlichen Dienstes erreicht«

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann in der Monatszeitschrift des Deutschen Beamtenbundes zu den Sparbeschlüssen des Bundestages

FOTO: WERNER SCHÜRING

WIRTSCHAFT

1984 positiv: Mit einem Wachstum bis gut drei Prozent und damit mit einem Ende der konjunkturellen Talfahrt rechnet das Institut der Deutschen Wirtschaft aufgrund seiner Konjunkturumfrage. – Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff: reales Wachstum 1904 rund 2,5 Prozent.

US-Reform: Eine Arbeitsgruppe unter Leitung von Vizepräsident Bush erstellt die Grundzüge einer Reform der Bankenaufsicht in den USA. (S. 9)

Agrarpolitik: Der DIHT fordert Anpassung der Preis- und Abnahmegarantien des EG-Agrarmarktes an das Weltmarkt-Preisniveau.

Rohölrechnung: Die Einfuhren von Rohöl sind bis November um zehn Prozent auf rund 60 Millionen Tonnen gesunken; die dafür gezahlte Summe ging um 16 Prozent auf 34,3 Milliarden DM zurück.

Stahlkredite: Die USA wollen angesichts stark zunehmender Stahlexporte aus Drittwelt-Ländern Vorzugskonditionen für staatliche Exportkredite zum Bau von Stahlwerken im OECD-Rahmen beseitigen. (S. 9)

Börse: Trotz geringer Umsätze blieb an den Aktienbörsen der freundliche Grundton erhalten. Der Rentenmarkt war uneinheitlich. WELT-Aktienindex 151,3 (150,8). Dollarmittelkurs 2,7592 (2,7641) Mark. Der Londoner Goldmarkt war geschlossen.

KULTUR

Kulturaustausch: Im Rahmen eines belgisch-Berliner Kunstaustausches werden ab dem 12. Januar in Brüssel Werke von elf Bildhauern aus der deutschen Hauptstadt ausgestellt.

Abs zur Watteau-Spende: Die unnötige Debatte im politischen Bereich habe die Sammlung für die „Einschiffung nach Cythera" behindert, kritisiert Bankier Abs gegenüber der WELT. (S. 15)

SPORT

Tennis: Australien führt im 72. Daviscup-Finale in Melbourne mit 2:1 gegen Schweden. Edmondson/McNamee gewannen das Doppel gegen Jarryd/Simonsson mit 6:4, 6:4, 6:2. (S. 14)

Fußball: Der für Juventus Turin spielende Franzose Michel Platini wurde zum „Fußballer des Jahres 1983" gewählt. Als bester Deutscher kam der Hamburger Felix Magath auf Platz fünf.

AUS ALLER WELT

Gegensätze: In den USA hält die Kältewelle an; südlich des Äquators werden Hitzerekorde gemeldet. Sydney verzeichnete den drittheißesten Tag seit Beginn der Wetteraufzeichnungen 1857 in Australien: 38 Grad. (S.16)

Verkehrstote: Die Zahl der Unfalltoten auf den Straßen der Bundesrepublik ist in den ersten neun Monaten 1983 um 2,3 Prozent gestiegen, die Zahl der Verletzten um 5,6 Prozent. Bisher war die Zahl der Verkehrstoten seit 1978 rückläufig gewesen.

Wetter: Im Norden stark bewölkt, im Süden wechselhaft. Mild, bis 10 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Genscher ins Wirtschaftsressort, falls Lambsdorff zurücktritt?

Überlegungen in der FDP-Spitze / Abgeordneter Schäfer ins Auswärtige Amt?

STEFAN HEYDECK, Bonn

In der FDP-Führung werden entgegen allen offiziellen Dementis Überlegungen angestellt, welche personellen Konsequenzen im Falle eines Rücktritts von Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff gezogen werden müßten. Wie die WELT aus der Parteispitze erfuhr, sollen bei einer Demission von Lambsdorff alle drei Bundesministerien der FDP neu besetzt werden. Im Mittelpunkt steht dabei die Erwägung, Hans-Dietrich Genscher mit dem Wirtschaftsministerium zu betrauen.

Genscher würde auch in der neuen Position Stellvertreter des Bundeskanzlers bleiben. Hinter der perspektivischen Planung steht der Vorsatz, das Bundeswirtschaftsministerium zweifelsfrei für die Freien Demokraten zu reklamieren und es angesichts des Stellenwertes der ökonomischen Thematik für die Zukunft möglichst prominent zu besetzen. Aus diesem Grunde wird der ursprüngliche Gedanke, gegebenenfalls den stellvertretenden Vorsitzenden der FDP-Bundestagsfraktion und Haushaltsexperten Hans-Günter Hoppe aufrücken zu lassen, nicht mehr verfolgt.

Prominente Liberale erinnern daran, daß die Wirtschaftsthematik für Genscher keineswegs Neuland darstelle. Der Minister war früher bereits als Leiter des Finanzressorts im Gespräch. Bei dem erwarteten Aufwärtstrend der Wirtschaft würde sich die kleine Koalitionspartei durch einschlägige Aktivität zusätzliche Sympathien und Wählerstimmen erhoffen dürfen.

Vor diesem Hintergrund wird in Bonn mit Interesse registriert, daß sich Genscher in jüngster Zeit profiliert zu Wirtschaftsthemen äußerte. So beschäftigte er sich am 13. Dezember in einer Grundsatzrede vor der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände mit der Entwicklung der modernen Spitzentechnologien in den USA, Japan und der Bundesrepublik Deutschland. Der Rang, den Genscher der Wirtschaftspolitik beimißt, wurde zwei Tage später auch in einer vom ZDF übertragenen Diskussion mit der Redaktion der Schweizer „Weltwoche" sichtbar. Daß es sich dabei nicht um Zufälle handelte, bewies Genschers Brief an die Mandatsträger der Partei vom 21. Dezember: Auch in diesem Text dominierten die Themen Wirtschaft und Finanzen.

Nach den perspektivischen Überlegungen in der FDP soll der außenpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Helmut Schäfer (50), das Auswärtige Amt übernehmen. Er war Spitzenkandidat der FDP bei den Bundestagswahlen in Rheinland-Pfalz und leitet heute den für Außen- und Sicherheitspolitik zuständigen Arbeitskreis I der Bundestagsfraktion. Schäfer hat während der Debatte über den NATO-Doppelbeschluß im November vor dem Bundestag eine Rede gehalten, die das Lob des Parteivorsitzenden fand. Schäfer selbst lehnt es im Augenblick ab, sich zu den anspruchsvollen Plänen zu äußern. Sollte aus ihnen nichts werden, würde er wahrscheinlich als Staatsminister an die Stelle Jürgen Möllemanns ins Auswärtige Amt rücken, sollte dieser als Landesvorsitzender der nordrhein-westfälischen FDP im Mai 1985 die Rückkehr der Partei in den Düsseldorfer Landtag bewerkstelligen.

Darüber hinaus gibt es, wie die WELT aus dem FDP-Präsidium erfuhr, ernsthafte Überlegungen, bei einer Regierungsumbildung Bundesjustizminister Hans Engelhard durch den früheren Bundesinnenminister Gerhart Rudolf Baum zu ersetzen. Der Kandidat wäre von seinen Gegnern in der Union nur schwer abzulehnen, da ihn die CDU/CSU bei den Koalitionsverhandlungen im Frühjahr als Justizminister akzeptiert hätte. Baum hatte damals abgelehnt. Der Politiker, so heißt es weiter, würde ein stärkeres Gegengewicht gegen Bundesinnenminister Zimmermann (CSU) bilden. Außerdem könnte er die Liberalen in der Bildungspolitik und beim Datenschutz als Justizminister wirkungsvoller repräsentieren. Diese beiden Themen will die FDP neben der Forschungs- und Techno-

● Fortsetzung Seite 8

DER KOMMENTAR

Im Angesicht

HERBERT KREMP

Das Gespräch, das der Papst in der Gefängniszelle mit dem Mann führte, der ihm das Leben nehmen wollte, hinterläßt einen ungewöhnlichen Eindruck. Das Werkzeug Gottes besucht das Werkzeug des internationalen Terrorismus. Verziehen hatte Johannes Paul dem Mehmet Ali Agca schon im Schwebezustand der Lebensgefahr unmittelbar nach den Schüssen auf dem Petersplatz. Nun begegnete er ihm von Angesicht zu Angesicht wie einem Bruder, an dessen Gotteskindschaft die mörderische Absicht nichts zu ändern vermochte.

Der Papst übt die Nachfolge Christi, die man in irdischen Religionen wie der kommunistischen mit dem Wort von der Einheit von Theorie und Praxis zu kopieren versucht, ohne ihren Sinn je zu erreichen. Das Bild von den Soldaten kommt einem in den Sinn, die den ans Kreuz geschlagenen Christus verspotten, die seine Kleider teilen und das Los darum werfen. Der Gekreuzigte verurteilt oder verachtet die Schergen nicht, sondern er betet für sie, wie der Evangelist Lukas berichtet: „Jesus aber sprach: Vater, vergib ihnen; denn sie wissen nicht, was sie tun." Von diesem Beispiel ging große historische Wirkung aus.

Der Attentäter, so wird aus Rom berichtet, sei vor dem Papst niedergekniet und habe den Ring geküßt. Auch dies ein wirkkräftiges Bild, das die Phantasien erwärmt. Aber niemand weiß, was Agca dabei denkt – ist es wichtig? Der Geringste unter den Brüdern des Papstes hatte sich als ein Gedungener am 13. Mai 1981 an Johannes Paul herangemacht. Die Mündung der Pistole war das äußerste Ende eines Konnexes, einer Verflechtung, die über den bulgarischen Geheimdienst nach Moskau weist, wo man den Tod des polnisches Papstes als eine gewonnene Schlacht verbucht hätte.

Nachgewiesen werden konnte diese „Verbindung" bis heute nicht, doch ändert das kaum etwas am dringenden Verdacht, am Gewicht der Indizien. Aus Ruhmsucht jedenfalls hat der Türke Ali Agca nicht gehandelt; er ist nicht wie jener Herostratos, der den Artemistempel von Ephesos anzündete, um berühmt zu werden, was diesem bis auf den Begriff gelang. Der Fall wird im Höhlendunkel bleiben wie die Morde an den beiden Kennedys.

Denn der einzige, dem der Attentäter die Hintergründe der Tat in der Zelle vielleicht offenbarte, der Papst, wird schweigen. Er kennt den Plan und muß ihn in seinem Herzen verschließen. Wissen ist nicht nur Macht, lernen wir daraus, Wissen ist Bürde.

Andropow rügt „akute" Umweltschäden

Parteichef fehlte im Zentralkomitee, konnte aber seine Machtposition personell stärken

F. H. NEUMANN/DW. Moskau

Der sowjetische Staats- und Parteichef Juri Andropow hat scharfe Kritik an den bisherigen Leistungen der Industrie seines Landes geübt und davor gewarnt, daß Mängel im Versorgungsbereich Unzufriedenheit in der Bevölkerung auslösen können. Diese Bemerkungen in seiner Rede, die wegen der offenbar schweren Erkankung Andropows auf der in Moskau stattfindenden Plenartagung des Zentralkomitees der Partei nur verlesen wurde, werteten westliche Diplomaten als Hinweis darauf, daß die sowjetische Führung über die schlechte Stimmung der Bevölkerung ernsthaft besorgt sei.

Zwar betonte Andropow, es habe seit seinem Amtsantritt vor 13 Monaten deutliche Verbesserungen gegeben. Dennoch sei er mit dem Tempo der Veränderungen äußerst unzufrieden. Die Industrie stelle sich nur äußerst langsam auf die wachsenden Ansprüche der Bevölkerung ein. Die schlechte Qualität vieler Waren sei der Hauptgrund für das „abstoßende Phänomen" des Schwarzmarktes. Dieser lasse sich nur dann abschaffen, wenn der Bedarf der Bevölkerung ausreichend gedeckt werde. Allein in diesem Jahr hätten sowjetische Fabriken 500 000 defekte Fernseher, 115 000 defekte Radios und 250 000 defekte Kameras produziert.

Erstmals nahm Andropow öffentlich zur Umweltpolitik Stellung. Er räumte ein, daß es in der Sowjetunion das „akute" Problem von Umweltschäden gebe und fügte hinzu: „Das

SEITE 2:
Zwei Schwerkranke
SEITE 3:
Regiert noch der Parteichef?

sind Fragen der Zukunft. Ihre Lösung wird die Bedingungen bestimmen, unter denen künftige Generationen leben werden."

In seiner Rede ging Andropow nur einmal auf die internationale Lage ein, die nach seinen Worten „durch die Fehler der aggressiven imperialistischen Kreise" stark verschärft worden sei. Unter diesen Bedingungen sei die strikte Planerfüllung „patriotische Pflicht" eines jeden Sowjetbürgers.

Nach dem Fernbleiben Andropows von der wichtigen Tagung des Zentralkomitees rechnet niemand mehr mit seiner Teilnahme an der heutigen Sitzung des Obersten Sowjet. Um so erstaunlicher ist es, daß der 69jährige die Zügel noch immer fest in der Hand zu halten scheint. Das zeigt nicht nur seine Rede, sondern dafür sprechen auch die vom Zentralkomitee beschlossenen personellen Veränderungen.

Die vier Männer, die jetzt ihre Positionen in der Parteiführung verbessern konnten, sind allesamt Gefolgsleute Andropows und übrigens ausschließlich Russen. Nach dem Aserbaidschaner Alijew, der unmittelbar nach dem Tode Breschnews zum Vollmitglied des Politbüros und später in das Amt des ersten stellvertretenden Ministerpräsidenten aufgestiegen war, sind Angehörige anderer Völker der Sowjetunion nicht mehr befördert worden.

In das Machtzentrum der Sowjetunion, das Politbüro der Partei, konnten zwei seiner Kandidaten auf-

■ Fortsetzung Seite 8

Reagan: Einfluß der Militärs in Moskau wächst

DW. New York

Der amerikanische Präsident Ronald Reagan hat sich in einem Interview des US-Nachrichtenmagazins „Time" besorgt über einen möglichen Machtzuwachs der Militärs in der sowjetischen Führung geäußert. In dem Interview erklärte Reagan gleichzeitig, die Vereinigten Staaten müßten angesichts der zunehmenden – und bislang unüblichen – öffentlichen Äußerungen hoher Sowjetmilitärs aufmerksam prüfen, ob das Militär innerhalb der Moskauer Führung „eine Macht für sich geworden ist".

Die jüngsten Erklärungen aus der sowjetischen militärischen Führung mit heftigen Angriffen gegen Washington seien „offensichtlich nicht auf Betreiben und ohne Prüfung des zivilen Teils der Regierung" abgegeben worden, meinte der amerikanische Präsident. Die Tatsache, daß hohe sowjetische Militärs von sich aus mit politischen Stellungnahmen an die Öffentlichkeit träten, sei neu und werde von ihm „seit einiger Zeit mit Sorge" beobachtet.

Reagan beklagte zugleich die „schwierige Kommunikation" mit dem sowjetischen Staats- und Parteichef Jurij Andropow und den „Mangel an Information ... darüber, wo er steht". Reagan: Bei seinem Vorgänger Leonid Breschnew „wußte man immer, wo er steht, und man spürte, wie man ihn erreichen konnte". Die USA müßten die Sowjets überzeugen, daß „niemand in der Welt aggressive Absichten gegen sie hegt. Ganz gewiß nicht wir. Das haben wir in den letzten 50 Jahren unter Beweis gestellt."

Strauß zu Kurzbesuch auf Grenada

MANFRED SCHELL, Bonn

Der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß hat gestern die Karibikinsel Grenada besucht. Strauß wollte sich an Ort und Stelle über die Situation nach der amerikanischen Intervention am 25. Oktober und über deren Hintergründe informieren.

Die Tagesreise nach Grenada begann der CSU-Vorsitzende mit einem Privatflugzeug von Miami aus. Amerikanische Freunde aus der Politik hatten Strauß dies angeboten, nachdem sie von seinen Plänen gehört hatten, in dieser Region Urlaub zu machen. Strauß will nach seiner Rückkehr in die USA eine Kreuzfahrt unternehmen. Er wird am 8. Januar in München zurückerwartet.

Der CSU-Vorsitzende hatte zunächst als einziger deutscher Politiker von Rang die amerikanische Intervention auf Grenada begrüßt. Außerdem war das Verhalten der Bundesregierung zu diesem Ereignis von Strauß öffentlich kritisiert worden. Nach einer Kabinettssitzung hatte der Regierungssprecher damals erklärt, wenn Bonn vorab von Washington unterrichtet worden wäre, so hätte es von der Intervention abgeraten. Später hat dann die Bundesregierung viel differenziertere Stellungnahmen abgegeben. Zu einem Eklat war es innerhalb der Regierung gekommen, weil der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Carl-Dieter Spranger (CSU), auf Einladung der amerikanischen Regierung im Zusammenhang mit Gesprächen in Washington für einen Tag nach Grenada geflogen war.

Saudis legen Libanon-Plan vor

Neuer Waffenstillstand zunächst eingehalten / Mehr als 60 Tote an den Weihnachtstagen

rtr/dpa, Beirut

Nach dreitägigen schweren Kämpfen haben die libanesische Armee und die schiitische Amal-Miliz gestern ihre Stellungen im Süden Beiruts verstärkt. Bei den Auseinandersetzungen, die am Heiligen Abend nach dem Abzug französischer Soldaten aus dem Flüchtlingslager Schatila und dem Einrücken von libanesischen Regierungstruppen begonnen hatten, starben nach Presseberichten mindestens 60 Menschen. Am Montagabend war ein neuer Waffenstillstand in Kraft getreten, der am Dienstag zu halten schien.

Bei den Kämpfen hatte offenbar keine Seite an Boden gewinnen können. Nach Darstellung der libanesischen Armee hielten ihre Einheiten die beiden Flüchtlingslager Sabra und Schatila und gaben zum Flughafen führende Straßen wieder für den Verkehr frei.

Inzwischen ist der libanesische Geschäftsmann Rafig al-Hariri mit einem offenbar von Saudi-Arabien gutgeheißenen Plan zur Festigung des am 16. Dezember verkündeten umfassenden Waffenstillstands in Beirut eingetroffen. Nach Angaben von Radio Beirut ist in dem Plan die Ein-

SEITE 2:
Spekulation mit Arafat

richtung von Pufferzonen zwischen der libanesischen Armee und ihren Gegnern vorgesehen. Al-Hariri hatte bereits im September einen von Saudi-Arabien geförderten Waffenstillstand vermittelt, der den „Bergkrieg" des Sommers beendete.

Wie die saudiarabische Zeitung „Al-Dschesira" berichtet, umfaßt der Plan acht Punkte. Das Blatt stellt fest, daß er „von keiner der betroffenen Gruppen abgelehnt worden ist".

Im ersten Punkt des Plans wird grundsätzlich festgehalten, daß die verschiedenen Kampfverbände der Bürgerkriegsparteien durch die Schaffung von Pufferzonen entflochten werden sollen. Im zweiten Punkt wird die strikte Einhaltung der Waffenruhe gefordert. Der Flughafen von Beirut soll neutralisiert werden. Für Sicherheitsfragen soll als einziges Gremium der Sicherheitsausschuß zuständig sein, der aus je einem Vertreter der wichtigsten Kampfverbände besteht.

Weitere Punkte betreffen die Entflechtung der paramilitärischen Verbände im Süden von Beirut und im Berggebiet südöstlich der Hauptstadt sowie den Rückzug der christlichen Falange-Miliz in ihr angestammtes Gebiet im Nordosten von Beirut.

Nakasone will Partnerschaft mit Westen weiter stärken

Außenminister Abe fährt im Januar nach Washington

dpa, Tokio

Der japanische Regierungschef Yasuhiro Nakasone hat einen Tag nach seiner Wiederwahl durch das Parlament versichert, daß Tokio an seinem bisherigen außenpolitischen Kurs festhalten und die Solidarität mit seinen westlichen Partnerländern weiter stärken werde.

Wie Nakasone vor der Presse ankündigte, soll Außenminister Shintaro Abe schon im Januar nach Washington reisen, um mit der amerikanischen Regierung über die gemeinsame Sicherheitspolitik in Fernost und die Lösung der bilateralen handelspolitischen Probleme zu beraten. Abe, der sein Ressort in den Wahlen erfolgreich behaupten konnte, gilt wie Nakasone als Befürworter des schrittweisen Ausbaus der eigenen Verteidigungskraft Japans.

Den japanischen Wählern versprach Nakasone, die von ihm geführte Liberal-Demokratische Partei (LDP) durch Reformen vom Korruptionsverdacht zu befreien. Er teilte mit, daß er seine Minister zum ersten Mal aufgefordert habe, Einkünfte und Vermögen offenzulegen. Gleichzeitig hatte auch Nakasone dem Ältestenrat der LDP versprochen, den Einfluß des Ex-Premiers Kakue Tanaka auf Parteiführung und Regierung auszuschalten (WELT v. 27. 12.).

Die japanische Presse kritisierte allerdings gestern die Entscheidung Nakasones, sechs Anhänger Tanakas in das neue Kabinett aufzunehmen. Denn damit hat sich Tanakas Vertretung im Kabinett zahlenmäßig nicht verändert. Der fortgesetzte Einfluß des im Lockheed-Bestechungsprozeß zu vier Jahren verurteilten Politikers auf LDP und Regierung hatte die Konservativen bei den Unterhauswahlen am 18. Dezember Stimmen gekostet. Bei der Umbesetzung der Führungsspitze hat der Tanaka-Flügel bisher nur das Amt des Generalsekretärs abgeben müssen.

Vor der ersten Kabinettssitzung händigte Kaiser Hirohito der fast völlig umgebildeten Regierungsmannschaft die Ernennungsurkunden aus. Mit Ausnahme von Außenminister Abe und Finanzminister Noboru Takeshita wurden alle anderen Ressorts neu besetzt. 17 von insgesamt 20 Ministern zogen neu ins Kabinett ein.

Papst sprach 20 Minuten mit Ali Agca

„Was wir uns gesagt haben, ist ein Geheimnis zwischen ihm und mir"

DW. Bonn

Papst Johannes Paul II. hat dem Türken Mehmet Ali Agca, der am 13. Mai 1981 ein Attentat auf ihn verübt hatte, während einer persönlichen Begegnung im römischen Gefängnis Rebibbia noch einmal verziehen. „Ich habe mit ihm gesprochen wie mit einem Bruder, dem ich verziehen habe und der mein Vertrauen hat", sagte der Papst nach dem 20minütigen Gespräch unter vier Augen in der Einzelzelle des Verurteilten.

„Was wir uns gesagt haben, ist ein Geheimnis zwischen ihm und mir", wies Johannes Paul Fragen nach Einzelheiten zurück. Das Oberhaupt der katholischen Kirche hatte dem Täter bereits unmittelbar nach den Schüssen auf dem Petersplatz öffentlich verziehen.

Das Gespräch verlief ohne Dolmetscher; der zu lebenslanger Haft verurteilte Türke hatte im Gefängnis Italienisch gelernt. Papstbegleiter und Wachpersonal mußten auf dem Korridor vor der Zelle bleiben. Durch die offene Tür konnten sie nichts hören, sahen aber, wie Agca am Ende des Gesprächs vor dem Papst kniete und ihm die Hand küßte.

Unter den Häftlingen, die den Papst in dem Gefängnis persönlich begrüßten, war Valerio Marucci, ein früheres Mitglied des Kommandos der „Roten Brigaden", das 1978 den früheren italienischen Ministerpräsidenten Aldo Moro entführt und ermordet hatte. Ein Sprecher der Häftlinge, der wegen Terrors verurteilte Rechtsextremist Luca Onesti, dankte dem Papst für sein Kommen, „weil uns damit das Gefühl gegeben wird, daß man uns nicht aufgegeben hat, daß wir nicht allein gegen die Welt stehen und daß es jemanden gibt, der an uns denkt und uns liebt".

In der Predigt während eines Gottesdienstes setzte sich der Papst für einen humanen Strafvollzug ein. Die Kirche fordere seit langem größeren Respekt vor der Menschenwürde der Häftlinge, deren Rechte oft mißachtet würden. Christus sei zur Erde gekommen, um die Gefangenen zu befreien. Dies jedoch nicht so sehr im wörtlichen Sinne, sondern zur Befreiung „aus dem moralischen Gefängnis", in das der Mensch aufgrund seiner Leidenschaften geraten sei. Wahre Befreiung könne nur aus der Bekehrung und der Reinigung des Herzens kommen, sagte Johannes Paul.

Seite 3: Der Attentäter kniete

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Zwei Schwerkranke

Von Carl Gustaf Ströhm

Die vor einigen Wochen vom Bonner Regierungssprecher verbreitete Version, wonach Jurij Andropow seine „Amtsgeschäfte" wohl bald wieder aufnehmen werde, ist von der Realität schnell dementiert worden. Der sowjetische Partei- und Staatschef nahm an der Jahresschluß-Sitzung des ZK nicht teil: Ein bisher ebenso einmaliger Vorgang wie sein vorheriges Fehlen bei den Revolutionsfeiern am 6. und 7. November auf dem Roten Platz.

Der krampfhaft wirkende Versuch westlicher Regierungen, darunter auch der Bonner Koalition, den ersten Mann der Sowjetunion gewissermaßen „gesund zu beten", zeigt zweierlei: Einmal den dringenden Wunsch des Westens, einen kompetenten Partner im Kreml zu finden. Zum anderen, daß die Regeln sowjetischer Machtpolitik und Machtverteilung ganz anders funktionieren, als sich westliche Gemüter das ausmalen.

In einem normal funktionierenden Machtapparat hätte es schon längst eine bündige Erklärung geben müssen, wonach der erste Mann entweder krank oder arbeitsunfähig ist. Dann hätten Stellvertreter die Amtsgeschäfte übernehmen oder gar ein Nachfolger bestimmt werden müssen. Oder aber es hätte der Volksvertretung und der Öffentlichkeit ein genaues ärztliches Bulletin vorgelegt werden müssen, das klipp und klar erklärt, wie es mit dem Gesundheitszustand des verantwortlichen Mannes bestellt ist.

Beides ist aus Moskau nicht zu erwarten. Im Gegenteil: Hohe sowjetische Funktionäre scheuten nicht davor zurück, die eigene und die weltweite Öffentlichkeit zu täuschen, indem sie erklärten, der Parteichef sei „erkältet". Niemand ist vor schwerer Krankheit und plötzlichen Schicksalsschlägen gefeit. Insofern gehört auch einem kranken Generalsekretär der KPdSU menschliches Mitgefühl. Aber wie hier der Mann, der fast gleichaltrig ist mit dem System, sich darstellt und dargestellt wird, das zwingt nachgerade dazu, die Parallele zwischen beiden zu ziehen: Frühzeitig gealtert und verfallen, aber von selber ändert sich nichts.

Spekulation mit Arafat

Von Peter M. Ranke

Wer die Palästina-Befreiungsorganisation PLO anerkennt, der billigt auch ihre Ziele. Und die sind seit Gründung (1964) dieser weltweit arbeitenden und von Moskau unterstützten Terror-Organisation gleichgeblieben: die Zerschlagung Israels mit allen Mitteln und die Errichtung eines arabischen Palästina-Staates, der zunächst in den seit 1967 israelisch besetzten Gebieten von der PLO installiert wird.

Jede amerikanische Regierung hat Israel wiederholt zugesichert, daß man mit der PLO erst verhandeln werde, wenn sie der Existenz des Staates Israel in gesicherten Grenzen zustimmt. Das kann bei dem oftmals beschworenen und niemals widerrufenen Programm der PLO wohl kaum der Fall sein. Dennoch kommen jetzt aus Washington beunruhigende Berichte, daß die US-Regierung die „Anerkennung" der PLO erwägt.

Welcher PLO? Das Terrornetz in Beirut und die Besetzung Süd-Libanons wurde durch die Israelis zerschlagen, der militärische Arm der PLO durch die Israelis und Syrer gelähmt. Damaskus ist im Begriff, eine eigene PLO zu bilden. Arafat ist auf der Flucht und kann keine „politische Lösung" durchsetzen. Eine „Anerkennung" der Arafat-Truppe in dieser Lage wäre nur Beschwichtigung mit der gefährlichen Illusion, wenn man Arafat und König Hussein an Verhandlungen über Israel beteilige, gäbe es den allumfassenden Frieden in Nahost.

Mehr noch: Eine „Anerkennung" käme einem Verrat an dem wichtigsten Bundesgenossen in Nahost und dem Bruch des Friedensvertrages von Camp David gleich. Denn die dort vereinbarte volle Autonomie für die besetzten Gebiete wäre dann aufgegeben. Das hieße weitere Entmutigung der Israelis und der gemäßigten Palästinenser durch Amerika. Warum dann noch strategische Zusammenarbeit?

König Hussein von Jordanien, Ägypten, Saudi-Arabien oder die Golfstaaten verstehen – wie auch Syrien – sich die PLO vom Hals zu halten. Libanon ist an der PLO-Herrschaft zerbrochen. Kein Araber kam je Arafat wirklich zu Hilfe. Will illusionäre Diplomatie jetzt die PLO und den zur Ermordung durch Gesinnungsgenossen bestimmten Arafat retten? Ein Dementi ist fällig.

Tänzer und Keule

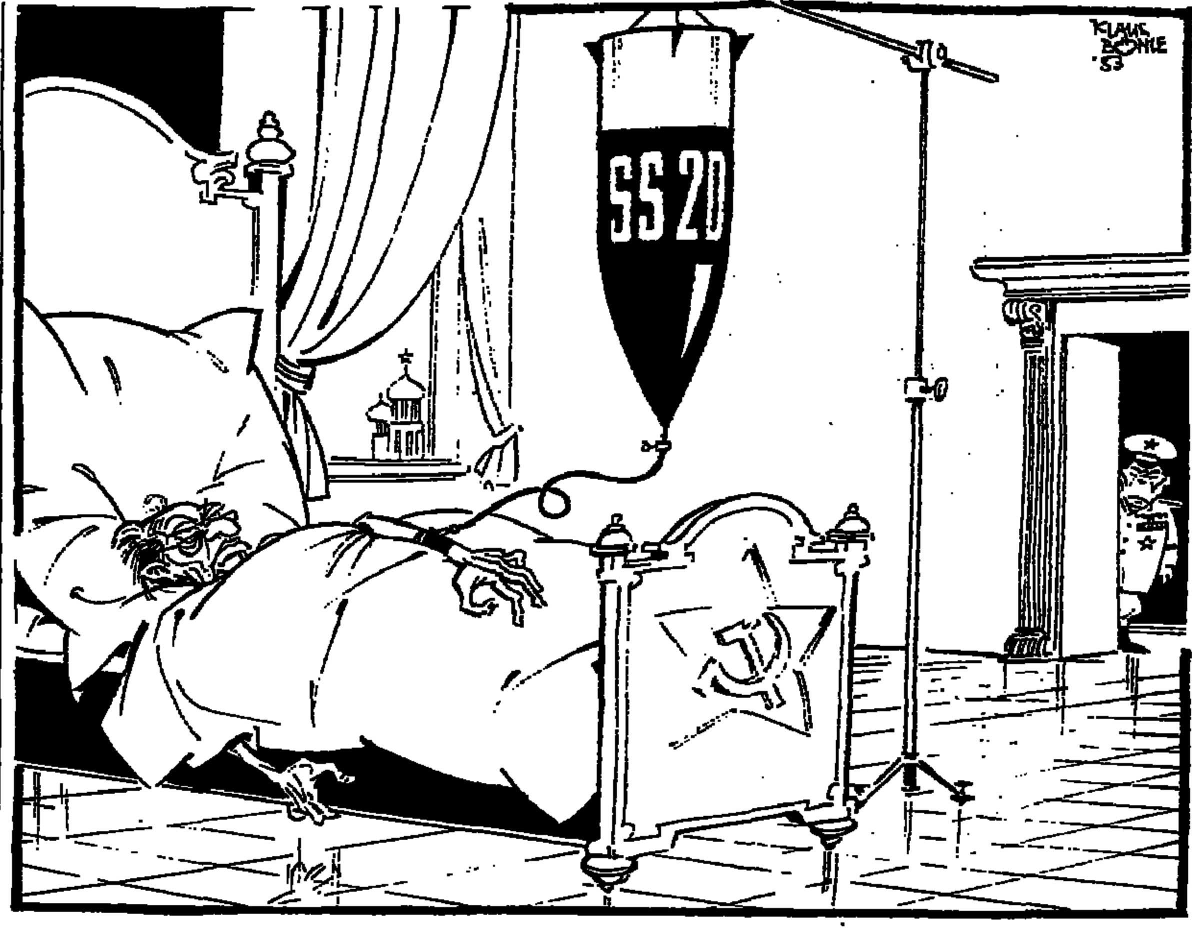
Von Hubertus Graf Plettenberg

In den weihnachtlichen Ferientagen haben die Studenten viel Zeit zum Nachdenken. Über ihr Studium, ihre Zukunft – vielleicht sogar darüber, wozu es gut ist, daß sie eine offizielle Vertretung haben. Ein Schauspiel aus vergangenen Friedenskämpfertagen, gegeben im Bonner Studentenparlament, illustrierte wieder einmal trefflich, wie das mit dem Mandat dieser Vertretung bestellt sein sollte und wie es damit bestellt ist.

Der Vorsitzende dieses Studentenparlaments war gerade bei einem Auftritt vor dem richtigen Parlament in Bonn festgenommen worden. Der AStA hatte schon Wochen vorher zur Teilnahme daran aufgerufen. Ziel sei es gewesen, berichtete der AStA-Vorsitzende, in die Bannmeile einzudringen und „das Rednerpult zu stürmen". Er sei stolz darauf, festgenommen worden zu sein. Tobender Beifall, die linke Mehrheit führte regelrechte Freudentänze auf (zum Unterschied von den auf der Straße beliebten „Friedenstänzen"). Was die Tänzer besonders beglückte: ihr gefeierter „Stürmer" war nicht irgendein Außenseiter, sondern Juso, also SPD-Mitglied, Angehöriger einer Partei, deren Sprecher am „Rednerpult" der Polizei für den Schutz des Parlaments gedankt hatte. Dafür verliehen ihm seine johlenden Fans eine „Straßenkämpfermütze" und eine parolengeschmückte – Keule. Und dieser Studentenvertreter bedankte sich für die Ehre, indem er die Keule schwang.

Redner der studentischen Opposition, die das Treiben des AStA im Zusammenhang mit der Nachrüstungsdebatte kritisieren wollten, kamen nicht zu Wort; die Begeisterung für den Helden war zu groß. Die Sitzung wurde geschlossen. Auf der nächsten Sitzung, eine Woche später, das gewohnte Bild: Heftige Auseinandersetzungen, aber ein Mißtrauensvotum scheitert an der Mehrheit der „Stürmer"-Figuren.

Inzwischen ist der AStA-Vorsitzende nicht mehr, wie er es zeitweise gewesen war, vermummt. Der Alltag ist wieder eingekehrt. Die richtigen Studenten studieren, die anderen streiten sich über die Zweckmäßigkeit von „Vorlesungsstreiks gegen die Nachrüstung". Nur ein Streitthema scheint der allgemeinen Erschöpfung zum Opfer gefallen zu sein: Was all das kostspielige Theater mit der Wahrnehmung von Studenteninteressen zu tun hat.



Transfusionen

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Einsam auf den Hebriden

Von Joachim Neander

Vielen klangen die Glocken in diesem Jahr nicht nach Weihnachten. Sie läuteten das Orwell-Jahr 1984 ein. Die Botschaft der fast zum Kult gewordenen Jahreszahl scheint die andere, die Heilsbotschaft, zu verdrängen. Menetekel statt Verheißung.

Über den merkwürdigen Weg, den der Roman „1984", von dem sein Autor vor 35 Jahren gesagt hat, jedermann werde ihn hassen, in den Köpfen der Menschen fast bis zu einem pseudoreligiösen Symbol genommen hat, werden einst Dissertationen verfaßt werden. Vor allem junge Menschen, die man zweifelnd fragt, ob „1984" denn 1984 wirklich so brennend aktuell sei, schauen einen entsetzt an, als wollte man ihnen das Teuerste rauben, was sie besitzen.

Nun steht das unheildrohende Jahr vor uns, endlich. Vielleicht kommt jetzt die Gelegenheit, etwas näher, etwas genauer auf die Botschaft des George Orwell zu hören und sie zu vergleichen mit der Botschaft, die das kommende Jahr wirklich für die Menschheit bereithält.

Am Abend des 29. Dezember wird das ZDF einen sehr interessanten Dokumentarfilm der BBC Schottland ausstrahlen. Unter dem Titel „Orwell in Jura" wird da – mit glänzenden Schauspielern, aber auf der Basis authentischer Texte, Dokumente und Angaben – die Entstehung des Buches „1984" zwischen 1946 und 1948 abgehandelt.

Da werden viele ihr faszinierendes Bild von der Kultfigur Orwell und seiner Schreckensvision korrigieren müssen. Sie ist nicht etwa unter dem direkten Eindruck einer technisierten, immer totalitärer werdenden Welt der Zivilisation geboren worden. Nein, ein „verzweifelter Schriftsteller in mittleren Jahren" (Orwell im Film), ein kampferprobter, aber im Grunde enttäuschter Sozialist, schwer tuberkulosekrank, zwischen ätzender Weltkritik und zynisch elitärer Selbstironie schwankend, flüchtet aus dem grauen Nachkriegs-England, dessen Bürger sich angesichts der immer noch bestehenden Brotrationierung fragen, ob sie den Krieg wirklich gewonnen haben, auf eine unwirtlich-kalte Hebrideninsel fernab jeder Zivilisation.

Hier, in einem halb verfallenen Bauernhaus, schreibt er sich fiebernd, hustend, mal als ein Abenteuer suchender Aussteiger, mal als ein Schwerkranker, den Roman „1984" von der Seele. Nichts an dieser historischen und psychologischen Situation deutet darauf hin, daß Orwell dabei den Blick in die mögliche Zukunft einer hochtechnisierten Welt richtet. „1984" – der Titel ist eine Umdrehung von 1948 und fällt ihm erst kurz vor Ablieferung des Manuskripts ein – ist kein Ausflug in eine plausibel gewordene Welt von übermorgen. Es ist ein Horror-Trip nach innen, in die Tiefen der menschlichen Unnatur.

Auch der Schrecken, den das Buch ausstrahlt, ist im Grunde nicht der unsere. In „1984" herrscht die totale Perfektion, die unfehlbare Effizienz, und gerade dies ist daran das Furchtbare. Die Erfahrung und die Gefahr des wirklichen Jahres 1984 ist anders. Da gibt es einerseits die immer komplizierter und unverständlicher werdende Spitzen- und Großtechnik, die immer größer werdenden Apparate. Andererseits aber bedrängt den Menschen ein Alptraum von Ineffizienz, Chaos, Versagen, Nichtfunktionieren, Pannen.

In „1984" macht niemand Fehler. Daß zwei plus zwei nicht vier, sondern fünf ergibt, ist am Ende kein Fehler, sondern die mit äußerster Effizienz und Perfektion in die „Wahrheit" des Großen Bruders verwandelte Lüge. Was sind dagegen die Ängste der meisten wirklichen Menschen? Das Leck im Kernkraftwerk, der Flugzeugabsturz auf den Reaktor, das menschliche Versagen oder der kriminelle Eingriff im Rechenzentrum, die Computerpanne im System der atomaren Abschreckung, der Verrückte, der auf den Knopf drückt, die sich zum Herrn der Welt aufschwingende Technik, die den Menschen als Person auslöscht, überflüssig macht.



Nicht die Zukunft, sondern den Menschen ausgelotet: Orwell FOTO: ULLSTEIN

Natürlich gibt es zwischen „1984" und 1984 immer noch viele eindrucksvolle Parallelen. Das wird (hoffentlich) vielen, die das zweifellos großartige Buch jetzt endlich selber lesen – als Taschenbuch führt es teilweise die Bestsellerlisten an – ins Auge fallen. Aber das Grundmuster dieser Schreckensvision entspricht nicht dem realen Schrecken, der unsere Welt bedroht.

„Alles, was sich nicht bezahlt macht, ist irgendwie in Ordnung", sagt Orwell im BBC-Film zu seinem kleinen Sohn. Vordergründig klingt es, als meine er damit kommerzielles Denken. Wer sich an das England der ersten Nachkriegsjahre erinnert, wird dies für ziemlich absurd halten. Gemeint ist vermutlich: Was nicht perfekt ist, was nicht funktioniert, was nicht effizient, total und „vernünftig" ist, was sich „nicht lohnt". Grotesker Gedanke: Vielleicht hätte dieser Mann gar seine diebische Freude an der sinnlos rotierenden EDV-Bürokratie, an den pfuschenden Handwerkern, an den astronomischen Staatsschulden, an den zu Riesenhaufen gespeicherten (und erfahrungsgemäß zum großen Teil falschen und überholten) Daten.

Gewiß – all diese Pannen und Sinnlosigkeiten können zu Katastrophen führen. Das ist die reale Gefahr, die das Neue Jahr drohend begleiten wird – wie so viele Jahre zuvor von Schrecken und Gefahren begleitet wurden. Aber man sollte die Realität ins Auge fassen und nicht die Botschaft eines utopischen Romans. Dem Menschen, und dies gehört wiederum zur Botschaft der Bibel, ist es nicht nicht in die Hand gegeben, die Zeit aus Gründen eigener Dramaturgie anzuhalten: Weder „fünf vor zwölf", noch „1984".

Vielleicht ist das das Tröstliche an der magischen Jahreszahl: Es wird auch ein 1985 geben.

IM GESPRÄCH Imelda Marcos

Wütender Verzicht

Von Christel Pilz

Die Frau vor dem Rednerpult im philippinischen Parlament erhob ihre Stimme zu schneidender Schärfe: „Nie habe ich die Absicht gehabt, mich zur Wahl des Präsidenten oder jetzt zur Wahl des Vizepräsidenten zu stellen!" Zur Besiegelung ihrer Worte erklärte sie ihren Rücktritt aus dem Exekutivkomitee, das ihr Mann, Präsident Marcos, als Plattform für einen Nachfolger gegründet hat.

Bis zu jenem 21. November war Imelda Marcos eins der zwölf Mitglieder gewesen, unbestritten das mächtigste. Exekutivkomiteevorsitzender und Premierminister Cesar Virata war ihr gegenüber nur einer von anderen. Imelda Marcos, dreiundfünfzig Jahre alt, gepflegt, mit manchmal mehr Make-up, als zu ihren Jahren paßt, die pechschwarzen Haare zu einem thronenden Aufbau zusammengesteckt, die umstrittenste Frau der Philippinen und die mächtigste im Fernen Osten. Sie und keine Ambitionen!

Ihre Bitterkeit machte klar, daß ihre Entscheidung kaum freiwillig war. Der noch immer unaufgeklärte Mord an dem Oppositionsführer Benigno Aquino hat sie in den Verdacht der Komplizenschaft gebracht. Ihre Gegner nutzten die Stimmung, Imelda Marcos aus den Reihen der Nachfolgekandidaten für ihren Mann zu zwingen. Die Skepsis aber hält an. Solange Frau Marcos Gouverneurin von Metromanila und Chefin des 1979 eigens für sie gegründeten Siedlungsministeriums bleibt, ist sie die Nächste zu den Hebeln der Macht. Ist ihr Verzicht deshalb nicht bloße Taktik?

Sollte Marcos vor der nächsten Wahl regierungsunfähig werden – sein Gesundheitszustand ist schwankend –, muß binnen sechzig Tagen der Parlamentssprecher als zeitweiliger Statthalter das Volk zu Präsidentenwahlen führen. Auch hier glauben Imeldas Gegner, ihr den Weg blokkiert zu haben, falls sie nach den Parlamentsneuwahlen im nächsten Mai Ambitionen auf das Amt des Sprechers zeigen sollte: Dem Sprecher ist die Kandidatur zum Präsidenten untersagt. Was aber kann in den Tagen einer temporären Statthaltung alles geschehen? Werden die Militärs nur bei Fuß stehen? Generalstabschef Fabian Ver ist nicht nur Präsident Marcos, sondern auch der First Lady treu ergeben. In einem Interview mit der WELT gab Marcos zu verstehen, er selbst würde die Nachfolge am liebsten in den Händen seiner Gattin sehen.



Sie glaubt nicht, daß sie unbeliebt ist: Frau Marcos FOTO: DPA

Imelda Marcos kann nicht glauben, so unbeliebt zu sein, wie eine von ihr in Auftrag gegebene Umfrage ergab. Anfänglich hat Frau Marcos Beachtliches geschaffen. Sie hat aus dem verwahrlosten Manila eine Stadt gemacht und mit dem Aufbau des Siedlungsministeriums einen Mechanismus zur Entwicklung der ländlichen Gebiete geschaffen. Heute aber scheinen nur die noch zu ihr zu stehen, die zu ihrer engsten Entourage gehören. Ihre Vorliebe für kostspielige Schauprojekte und persönliche Extravaganzen haben sie nicht nur um die Sympathien im Volk, sondern auch um die Kooperation internationaler Hilfeorganisationen und der Technokraten im Kabinett ihres Mannes gebracht.

Wozu die Luxushotels, die Kultur-, Kongreß- und Ausstellungszentren, die die Staatskassen mit Hunderten Millionen Dollar belasten? Selbst die mit Staatsgeldern gebauten Hospitäler in Manila dienen nur den Reichen. Die Armen können sich die Kosten für eine Behandlung nicht leisten.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Le Quotidien de Paris

Mit der Abwesenheit Andropows befaßt sich das Blatt:

Kein Kremlchef in der Geschichte der Sowjetunion hat jemals bei so vielen Terminen gefehlt. Zumindest hat niemals einer die Zeremonien zum Jahrestag der Oktoberrevolution versäumt, niemals eine Plenarsitzung des Obersten Sowjet. Jurij Andropow hat der Reihe nach jede dieser feierlichen Gelegenheiten versäumt, die doch für den, der ihnen vorsitzt, ein Zeichen seiner Macht sind. Diese Macht also ist in Frage gestellt. Die Frage, die sich jetzt stellt, ist natürlich, wie lange die Sowjets noch mit dieser Leere an der Spitze des Staates auskommen können. Sicher ist die kollektive Führung fähig, die laufenden Geschäfte zu regeln. . . . Aber sie ist unfähig, die bürokratische Machtmaschine in Gang zu halten. Das Fehlen einer echten sowjetischen Antwort auf die Stationierung der ersten Mittelstreckensysteme in Europa beweist dies.

THE TIMES

Zur Lage in Afghanistan, vier Jahre nach dem Einmarsch sowjetischer Truppen, schlägt das Londoner Blatt vor:

Die Moral der Sowjettruppen ist verständlicherweise sehr schlecht; Deserteure könnten von den Afghanen getötet werden, weil sie keine große Zahl Gefangener bewachen können. Eine Handvoll sowjetischer Soldaten, die vom Roten Kreuz gerettet wurden, werden in der Schweiz isoliert gehalten und leben in der Furcht, einem ungewissen Schicksal in der UdSSR ausgeliefert zu werden. Wenn mehr westliche Länder bereit wären, sowjetische Soldaten als politische Flüchtlinge zu akzeptieren, dann würde auch die Zahl der Deserteure steigen. Ihre Darstellungen der Lage, in die Sowjetunion übertragen, würde den Willen, einen kolonialistischen Krieg zu führen, weiter schwächen und dem Rest der Welt helfen, die Verantwortung für die Fortsetzung dieses Konflikts denen zu geben, denen sie gebührt: dem Politbüro in Moskau.

SÜDKURIER

Zur Flick-Steuersache meint die Konstanzer Zeitung:

Zwei Punkte bedürfen indessen der Verdeutlichung, auch des näheren Hinsehens. Zum einen: Als dem Flick-Konzern Mitte der siebziger Jahre nach damals geltendem Recht hunderte von Millionen an Steuern gestundet wurden, weil die Gelder aus Aktienverkäufen vorschriftskonform wieder angelegt wurden, regierten in Bonn SPD und FDP. Sollte am Kabinettstisch – auch Hans-Jochen Vogel saß in der Regierung – neu über diese gewaltigen Summen gesprochen worden sein? Zum zweiten: Spöris Generalangriff gegen das Bundeswirtschaftsministerium führt im Zusammenhang mit dem Fall Lambsdorff – vermutlich ungewollt – zu einer Entlastung des von der Staatsanwaltschaft wegen Bestechlichkeit angeklagten Ministers.

Castros Jubiläum: Das Elend ist institutionalisiert

Ein Vierteljahrhundert Kommunismus hat die Perle der Antillen ruiniert / Von Günter Friedländer

Vor 25 Jahren, am 1. Januar 1959, zog Fidel Castro in Havanna ein. Mit weniger als tausend Guerrilleros hatte er die siebzigtausend Soldaten Batistas besiegt und dessen fünfundzwanzigjährige Herrschaft beendet.

Von den vielen Fragen, die man heute stellen muß, steht eine im Vordergrund: Geht es den Kubanern jetzt besser?

Viele kann man nicht mehr fragen: Gewiß nicht die nie ermittelte Zahl derer, die Tag für Tag am „Paredon" die sogenannte „Gerechtigkeit der Revolution" erlitten und erschossen wurden. Sie wächst immer noch. 1982 wurden laut Amnesty International neunundzwanzig Kubaner erschossen. Niemand protestiert für sie.

In den fünziger Jahren hatte Kuba das zweithöchste Pro-Kopf-Einkommen Lateinamerikas, mit einem im Gegensatz zum übrigen Lateinamerika relativ großen Mittelstand, der alle Annehmlichkeiten des nur 112 Kilometer entfernten amerikanischen Festlandes genoß, und manchmal mehr: Farbfernsehen z. B. wurde in Kuba noch vor den USA eingeführt. Aber wie in ganz Lateinamerika lebten viele in größter Armut. Auf sie setzte Castro.

Den Mittelstand gibt es nicht mehr. Seine Häuser am Malecon, der Küstenstraße, verfielen. Von den Restaurants und Nightclubs, in denen er sich vergnügte, existiert nur noch ein für Touristen und ausländische Helfer bestimmtes Unternehmen. Das macht die Armen jedoch nicht reicher.

Fidels Wirtschaft ist nach einem Vierteljahrhundert immer noch ein Desaster, obwohl die UdSSR 1960 die erste Anleihe von hundert Millionen Dollar und später immer mehr direkt wie indirekt in die Wirtschaft pumpte und es auch an Hilfe aus dem Westen nie fehlte. Der Grund: achtzig Prozent der Devisen Kubas kommen vom Zuckerexport, aber die Zuckerindustrie erleidet immer wieder Rückschläge. Kuba kann nach seinen Lieferungen an die UdSSR in diesem Jahr nur 1,4 der 2,4 Millionen Tonnen Zucker anbieten, die ihm auf dem westlichen Markt zugeteilt wurden. Es heißt, daß Kuba in Brasilien Zucker kaufen muß, um den dringendsten Lieferungspflichten nachzukommen. Bereits im ersten Halbjahr 1983 sank Kubas Zuckerproduktion gegenüber dem Vorjahr um zehn Prozent.

Kuba kann seine Schulden von 3,5 Milliarden Dollar an Banken im Westen ebensowenig abtragen wie die anderen Länder Lateinamerikas. Es bemüht sich um eine Umschuldung. Was es dem Ostblock schuldet, ist nicht zu errechnen. Offiziell werden die Schulden nur an die UdSSR mit 8,8 Milliarden Dollar angegeben. Damit kommt die kubanische Auslandsschuld bereits auf 1230 Dollar pro Kopf, obwohl Kuba von der UdSSR 27 Cents pro Pfund für die 4.4 Tonnen Zucker erhält, die es in den ersten acht Monaten des Jahres lieferte. Der Weltmarktpreis bewegt sich um 7,6 Cents.

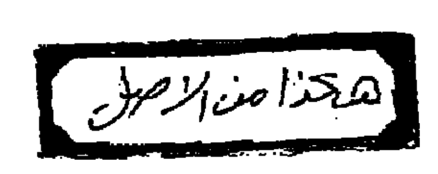
Die UdSSR erhält von Kuba, was es braucht. Nicht so Kuba, das im Ostblock vergeblich Seife, Handtücher, Bettwäsche und für das heiße Klima geeignete Textilien sucht. Nur einige Glückliche bekommen solche Dinge von ihren Angehörigen im Ausland. Kuba konnte auch seine Nahrungsprobleme nicht lösen. Nur Reis, Bohnen und Fisch gibt es genügend auf dem staatlichen Markt. Wer anderes oder mehr essen will, muß sehr teuer auf dem freien Markt einkaufen.

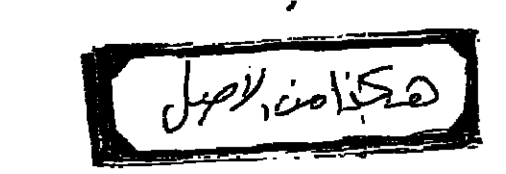
Die Kubaner empfinden den Preis, den sie als Verteidiger der Weltrevolution in Afrika und Asien für die russische Hilfe zahlen müssen, als zu hoch. Ein anderer Preis ist das Fehlen westlicher Technologie und Wissenschaft. Die afrikanische Schweinepest, Pilzkrankheiten des Zuckerrohrs und eine „Dengue" genannte Darmkrankheit richteten große Schäden an. Kein Wunder, daß viele Kubaner weiterhin von der Flucht träumen und sie oft versuchen.

Kubas Regierung versichert, mehr als andere lateinamerikanische Länder für die Erziehung der Jugend zu tun. Vergleiche wecken Zweifel. Ein wesentlicher Unterschied der Zahl von Schülern und Lehrern der Grundschulen ist nicht zu sehen: überall wird viel für die Erziehung getan.

Castro kann keine freien Wahlen abhalten. Allzu viele, die sich daran erinnern können, sehnen sich nach den alten Zeiten zurück, die Jüngeren wollen mehr von den Dingen, die im Westen selbstverständlich sind. Die „Perle der Antillen" hat ihren Glanz verloren, sie lockt nicht mehr die Urlauber der Erde zu einem Besuch und bietet den Kubanern keine Träume einer besseren Zukunft.

Die Kubaner sind von der Welt isoliert. Das wird sich in einigen Wochen ändern, wenn ein Rundfunksender „José Marti" von den USA aus die Kubaner unterrichten wird. Die Vergleichsmöglichkeiten nehmen zu. In Kuba weiß man, daß es auch vor Castro viel Elend gab. Aber es gab auch Chance und Hoffnung. Der Kommunismus hat das Elend verfestigt, die Chancen vernichtet und die Hoffnung ausgelöscht.





WIE WAR DAS?

Als Flick Anteile von Daimler verkaufte

Von JOACHIM GEHLHOFF

Am Anfang stand ein spektakulärer Vorgang. Um die Jahreswende 1974/75 entschloß sich Friedrich Karl Flick, Eigentümer des größten deutschen Familienkonzerns mit circa 25 Milliarden Jahresumsatz, die vom Vater angesammelte Beteiligung am Autokonzern Daimler-Benz von 39 auf 10 Prozent zu reduzieren. Damals tauchten petrodollarschwere Ölscheichs auf, um einen Anteil an Deutschlands Renommierunternehmen zu erwerben.

Das Rennen gegen die „Überfremdungsgefahr" gewann die Deutsche Bank, die das Gros des erworbenen Aktienpakets über die eigens dafür gegründete „Mercedes Automobil-Holding" breit ins Publikum streute. Flick kassierte gut zwei Milliarden Mark, wovon wegen der einst niedrigen Einkaufspreise für Vaters Altaktien 1,9 Milliarden als Buchgewinn anfielen.

Verkaufsmotiv des Erben: Da bei ihm die Vermögenssteuer, nach dem schon damals rasant gestiegenen Börsenkurs bemessen, das meiste seiner Daimler-Dividende auffraß, sollte der Verkaufserlös in Vernünftigeres reinvestiert werden, nämlich in Strukturbesserung und internationale Verbreiterung des Familienkonzerns. Unerläßliche Voraussetzung: Wie anderen müsse auch Flick zumindest für das Gros seines Buchgewinns an der 56prozentigen Körperschaftssteuer vorbei die Wiederanlage ermöglicht werden.

Das gelang teilweise: Rund 435 Millionen steckte der Konzern steuerneutral in seine großen Inlandstöchter und schuf damit 1000 neue Arbeitsplätze. Hinzu kam als 210 Millionen teure Diversifikation die knappe Mehrheit an der Gerling-Versicherungsgruppe. Anderes scheiterte.

Nun steht Flick auch der Widerruf der Steuerneutralität für die 820 Millionen teure Beteiligung am US-Chemiekonzern Grace ins Haus, das heißt, eine neue Steuerlast von 460 Millionen und damit aus dem Daimler-Buchgewinn fast eine Milliarde für den Fiskus.

Der schweigsam gewordene Konzernerbe kann räsonieren: Hätte er statt „volkswirtschaftlich förderungswürdiger" Reinvestition damals alles mit dem Fiskus geteilt und den Rest nach Amerika geschleppt, so hätte er heute dank der dort hohen Zinsen und des inzwischen um die Hälfte gestiegenen Dollarkurses den ganzen Daimler-Verkaufserlös noch in der Hand.

Die Steuerlast aus dem Grace-Fall freilich würde den solide finanzierten Konzern nicht ins Schleudern bringen. Schon das Flick verbliebene Zehntel der Daimler-Aktien ist heute an der Börse so teuer wie damals der verkaufte Anteil von 29 Prozent. Wird auch das von Flick noch bewegt, so könnte das nächste Possenspiel beginnen. Daß es mit Investition in deutsche Arbeitsplätze enden würde, darf man bezweifeln.

Der Attentäter kniete vor dem Papst nieder

Schon frühere Päpste hatten in der Weihnachtszeit römische Gefängnisse besucht. Doch besondere Symbolkraft hatte gestern die Begegnung zwischen Johannes Paul II. und dem Häftling Mehmet Ali Agca: ein verzeihender Papst traf seinen reumütigen Attentäter.

Von F. MEICHSNER

Das erste Mal standen sie sich an einem Mai-Tag des Jahres 1981 gegenüber. Damals ging von ihrer Begegnung eine universale Erschütterung aus. Zwei Welten, repräsentiert durch zwei Menschen, prallten zusammen. Die Welt des Friedens, der Liebe, der Hoffnung, des Lebens und die Welt der Gewalt, des Hasses, der Verzweiflung, des Todes. Jetzt sahen sie sich zum zweiten Mal. Diesmal stand ihr Treffen unter dem Stern von Bethlehem: Der verzeihende Papst Karol Wojtyla ging dem reumütigen Terroristen Mehmet Ali Agca entgegen, wie ein Vater dem verlorenen Sohn.

Im milden weihnachtlichen Licht wirkte diese römische Gefängnisszene fast irreal, rührselig wie das süßliche Illustrationsgemälde einer Erbauungsgeschichte längst vergangener Tage. Welchen Realitätswert kann sie in unserem Jahrhundert der Gewalt und der kalten Berechnung haben?

Daß Johannes Paul II. auch hier wieder – jenseits aller persönlichen Beweggründe, die aus echter Vergebungsbereitschaft gegenüber seinem Attentäter kommen – ein Zeichen setzen wollte, kann als sicher gelten. „In Gedanken bin ich auch in den anderen Gefängnissen Roms und Italiens, ja in allen Gefängnissen der Welt, um den dort festgehaltenen Personen die Hände entgegenzustrecken", sagte er in seiner Predigt in der Gefängniskapelle der Anstalt Rebibbia. „Diese Kirche ist für mein Herz nichts anderes als eine Wegkreuzung, auf der es ein anderes Herz treffen kann, um mit diesem einen Augenblick der Brüderlichkeit in einem Dialog der Hoffnung und der Liebe zu teilen."

Hat er bei der Begegnung mit dem Gefangenen Mehmet Ali Agca auch dessen Herz getroffen? An jenem verhängnisvollen 13. Mai 1981, als der Terrorist auf dem Petersplatz die Schüsse auf den Papst abgab, schien dieses Herz von Fanatismus versteinert zu sein. Noch ein halbes Jahr später, vor dem Schwurgericht, das ihn zu lebenslanger Haft verurteilte, bekannte sich dieser „Händler mit dem Tod", wie ihn der Staatsanwalt nannte, ohne jede Reue zu seiner Tat.

Heute bekundet er Reue, sagt er, daß er den Papst, der ihm schon kurz nach dem Attentat vergeben hatte, bewundere. Er arbeitet mit den Ermittlungsbehörden zusammen, die sich noch immer bemühen, die Hintergründe des Anschlags aufzuklären. Er war es, der die „bulgarische Spur" aufzeigte. Ob er damit die volle Wahrheit offengelegt hat, bleibt vorläufig noch unergründlich.

Welche Gefühle mögen ihn bewegt haben, als er den Papst jetzt im Türrahmen seiner Isolierzelle auftauchen sah? Dem Gefängnisgeistlichen Pater Dante Mele hatte Ali Agca kurz vor Weihnachten gesagt: „Ich erwarte den Papst voller Sehnsucht." Agcas Zelle ist nach Darstellung von Pater Mele „ziemlich geräumig, mit einem WC und einer Art kleinen Vorraum". Der Türke verbringe seine Tage hauptsächlich mit Lesen und Fernsehen. „Jedesmal, wenn ich vorbeikomme, sprechen wir über dieses und jenes." Mehr will er nicht sagen – aus Sorge, daß zuviel Publizität seiner Seelsorgearbeit im Gefängnis schaden könnte. Über Religion hat der Türke mit dem Priester nur gelegentlich gesprochen. Pater Mele: „Er ist Moslem, und ob er seinen Glauben praktiziert, weiß ich nicht. Vielleicht ist er wie viele unserer Katholiken, die in Wirklichkeit an nichts glauben." Der Geistliche war in der vergangenen Woche in den Vatikan bestellt worden. Karol Wojtyla erkundigte sich bei ihm, wie er das vor jeder seiner römischen Pfarrei-Visiten in zwanglosen Gesprächen mit den zuständigen Pfarrern tut, über die Gemeinde, ihr Leben und ihre Probleme.



Der Papst besucht seinen Attentäter: Johannes Paul II. und Ali Agca FOTO: AP



Rom, 13. Mai 1981: Ali Agca richtet seine Pistole (Pfeil) auf den Papst. Ein Tourist machte diesen historischen Schnappschuß. FOTO: DPA

Vor Johannes Paul II. hatten schon Johannes XXIII. und Paul VI. um die Weihnachtszeit römische Gefängnisse besucht. Für keinen dieser beiden Vorgänger des Wojtyla-Papstes waren diese Besuche jedoch, wie jetzt für den polnischen Papst, auch ein ganz persönlicher Symbolakt der Vergebung – ein Akt auch, der weltweit Aufsehen erregt. Aus verschiedenen Ländern sind mit Blick auf dieses Ereignis Sonderkorrespondenten angereist. Aus der Türkei kamen zahlreiche Journalisten nach Rom, darunter Vertreter der Istanbuler Zeitung „Milliyet", deren Chefredakteur von Ali Agca ermordet worden ist. Sie äußerten sich kritisch gegenüber dem Papst, weil er die Begegnung mit einem Mörder zu einem weltweit ausstrahlenden Ereignis gemacht habe.

Dem Riskio, daß eine in rein religiösen Kriterien ruhende Initiative nicht mit seelsorgerischen, sondern mit weltlich-politischen Maßstäben gemessen wird, hat sich nicht nur der Papst ausgesetzt. Auch Radio Vatikan lief Gefahr, falsch interpretiert zu werden, als es am Vortage des päpstlichen Gefängnisbesuches kommentierte: Indem er das Tor des römischen Gefängnisses Rebibbia durchschreite, betrete der Papst symbolisch die Gefängnisse der ganzen Welt, die bekannten, weniger bekannten oder ganz unbekannten Konzentrations- und Umerziehungslager von den eisigen Weiten des Nordens bis zu den äquatorialen Dschungeln. Er gehe zu allen Gefangenen – ganz gleich, ob sie eine gegen die Gesellschaft begangene Sünde büßten, oder wegen ihres Patriotismus oder wegen ihrer heroischen Glaubenstreue die Freiheit verloren hätten.

Ihnen allen sollte dieser Besuch des Papstes sagen, was Johannes Paul II. expressis verbis in seiner Predigt gestern zum Ausdruck brachte: „Ich schätze euch als Menschen. Ich bringe euch die Wärme eines Freundeswortes und die Tröstung einer Einladung zur Hoffnung hinter diese Mauern, die ihr nur fremd und kalt finden könnt." Dem Türken Ali Agca brachte er, falls dessen Herz inzwischen zu fühlen gelernt hat, noch mehr: Neben der christlichen auch die persönliche Vergebung, die der Papst während des unter totalem Ausschluß der Medien geführten Gesprächs in der Isolierzelle noch einmal wiederholte.

Nach 21 Minuten verabschiedete sich der Papst von Ali Agca, der – wie durch die geöffnete Zellentür beobachtet wurde – niederkniete und Johannes Paul II. die Hand küßte. Beim Verlassen der Zelle sagte der Papst: „Was wir uns zu sagen hatten, ist ein Geheimnis und wird unter uns bleiben. Ich habe mit ihm gesprochen wie mit einem Bruder, dem ich verziehen habe und der mein Vertrauen hat."

Am Morgen des 2. Weihnachtsfeiertages hatte der Papst einen anderen Besuch gemacht – diesmal innerhalb der Vatikanmauern bei der Familie, deren Schicksal in dunkler Weise mit demjenigen Ali Agcas verwoben scheint. Er war zur Familie Orlandi gegangen, den Eltern und Verwandten der seit diesem Sommer verschwundenen Emanuela Orlandi. Das Mädchen ist wahrscheinlich entführt worden. Jedenfalls meldeten sich schon mehrfach vorgebliche Entführer – zunächst mit der Forderung nach Freilassung Ali Agcas, dann mit dem Verlangen, der Papst solle ausdrücklich klarstellen, daß Ali Agca für ihn „ein Mensch" sei.

Regiert im Kreml noch der Parteichef?

US-Präsident Reagan ist besorgt, daß das Militär in der Sowjetunion zu einer „Macht für sich" geworden sein könnte. Die Unsicherheit über die Machtverhältnisse im Kreml hat dadurch zugenommen, daß Generalsekretär Andropow offenbar wegen Krankheit auch vor dem Zentralkomitee nicht erschien.

Von CARL G. STRÖHM

Mit seiner Abwesenheit auf der jüngsten ZK-Sitzung hat Jurij Andropow im Kreml-Machtkampf einen Rückschlag einstecken müssen. Zwar beeilte man sich in Moskau, die Version zu verbreiten, zwei seiner Anhänger seien ins Politbüro aufgenommen worden. Aber das politische Hauptziel des Generalsekretärs, noch vor Jahresende – und gerade auf den beiden wichtigen Schlußsitzungen von Zentralkomitee und Oberstem Sowjet – wieder Flagge zeigen zu können, ist nicht erreicht worden.

Offenbar sind bei Andropow gesundheitliche Komplikationen eingetreten, die es ihm – nach seinem Rückzug aus der Öffentlichkeit vor fast fünf Monaten – immer noch nicht gestatten, sich zu präsentieren oder auch nur fotografieren zu lassen. Daraus kann man nur den Schluß ziehen, daß ein Mann, der nicht an einer Sitzung teilnehmen und nicht mehr selber öffentlich reden kann, wohl kaum imstande sein dürfte, die laufenden Geschäfte einer Weltmacht zu führen.

Daß Andropow und sein Informationsapparat ursprünglich etwas ganz anderes im Sinne hatten, erweist sich an einigen Symptomen aus den Wochen seit dem 7. November – seit dem Tag also, als der Generalsekretär nicht an den Feierlichkeiten zum Jahrestag der Oktoberrevolution teilnahm. Mittlere und höbere sowjetische Funktionäre verbreiteten seit jenem Datum hartnäckig zwei Versionen über ihren Chef. Erstens: er leide an einer „Erkältung", und zweitens: er werde die „Amtsgeschäfte demnächst voll wiederaufnehmen". Es folgte noch die Versicherung, Andropow habe auch von seinem Krankenbett aus die Führung von Partei und Staat behalten.

Alle diese Lesarten gewannen nur dann einen Sinn, wenn der Parteichef wirklich auf dem Wege der Besserung war. Denn irgendwann mußte ja die Stunde der Wahrheit kommen. Spätestens auf der ZK-Sitzung mußte man den Generalsekretär zeigen. Außerdem mußte man ihn Hunderten von ZK-Mitgliedern und später den Deputierten des Obersten Sowjets präsentieren. Diese wiederum wirken als Multiplikatoren auf das gesamte sowjetische Funktionärskorps. Hätte man fest damit gerechnet, daß Andropow nicht erscheinen wird, so wäre es vernünftiger gewesen, die Öffentlichkeit behutsam darauf vorzubereiten.

Die Frage stellt sich also: Hat man den Gesundheitszustand des Generalsekretärs falsch eingeschätzt? Oder war es nur die Schwerfälligkeit des sowjetischen oligarchischen Apparats, die es dem Kreml unmöglich machte, rasch auf die Krankheit des ersten Mannes zu reagieren?

Die Entwicklung des Falles Andropow ist um so bedenklicher, als dieser Mann ja ursprünglich dazu ausersehen und gewählt worden war, um die Ära eines anderen kranken und zum Schluß kaum noch handlungsfähigen Mannes, die Ära des Leonid Breschnew zu beenden. In den Vorzimmern der Sowjetmacht wurde noch zu Lebzeiten von Andropows Vorgänger mehr oder weniger offen erklärt, wenn der alte Breschnew erst einmal weg sei, werde alles anders. Dann komme der hochintelligente, die Probleme erkennende, zupackende, moderne Andropow.

Wer sich an die ersten Reden des neuen Mannes erinnert, der vermeinte damals wirklich so etwas wie einen neuen Wind zu verspüren: Da war, wenn schon nicht von Reformen, so doch von dringend notwendigen Veränderungen in der Wirtschaft, von mehr Effizienz, mehr Verantwortung und sogar von der Verlagerung einiger Kompetenzen aus dem zentralen Apparat auf die örtliche Ebene die Rede. Allerdings, durchsetzt war das Andropow-Programm mit polizeistaatlichen Elementen: Razzien gegen „Müßiggänger", Ausweiskontrollen bei Leuten, die sich in den Schlangen nach Lebensmitteln anstellten. Das hat sowohl in der sowjetischen Bevölkerung wie im Funktionärskorps böses Blut hervorgerufen.

Schließlich: Andropow verdankte seinen Machtantritt einer Koalition von Geheimpolizei, Militär und Teilen der Partei (besonders jenen, die sich durch Breschnews „Dnjepropetrowsker Mafia" zurückgesetzt fühlten). Diese Koalition zeigte aber auch die Grenze seiner Manövrierfähigkeit. Der neue Generalsekretär konnte kaum gegen die Interessen des „militärisch-industriellen Komplexes" der Sowjetführung handeln, ohne damit seine eigene Machtbasis zu verlieren.

Der Zwischenfall mit dem südkoreanischen Jumbo-Jet zeigte dann, daß Andropow – bereits krankheitsbedingt – zu einer raschen, entschiedenen Führung nicht mehr in der Lage war. Mit einem Male tauchten Offiziere der Sowjetarmee im Rampenlicht der Öffentlichkeit auf. Wie unbehaglich diese Entwicklung den Andropow-Leuten war, zeigt sich daran, daß sie jüngst mitteilen ließen, der Genersalsekretär habe seine Funktionen auch als „Vorsitzender des Verteidigungsrates" wieder aufgenommen" – ein deutlicher Hinweis, daß nun nicht mehr die Generäle und Marschälle das Sagen haben sollten.

Das Fehlen eines handlungsfähigen ersten Mannes im Kreml bedeutet für die Ost-West-Beziehungen: Eine Periode der Unsicherheit und Unklarheit könnte bevorstehen. Es wird manchmal gesagt, daß Lenin sogar zwei Jahre lang gelähmt und handlungsunfähig an der Spitze des Sowjetkommunismus stand. Das ist richtig: Aber Lenin war damals bereits eine lebende Legende, ein Mann, der ein bereits fest gefügtes politisches Werk hinterließ. Nichts davon trifft auf Andropow zu.

Polen stellt Kampfgruppen in Betrieben auf

JOACHIM G. GÖRLICH/gko. Köln

In Polen ist ein neues Gesetz über die Landesverteidigung angekündigt worden. Danach sollen ähnlich wie in der „DDR" paramilitärisch organisierte Betriebskampftruppen gegründet werden, die sich aus allen Bereichen der Verwaltung, der Wirtschaft und den Genossenschaften rekrutieren. Dies geht aus einem Interview der Parteizeitung „Trybuna Ludu" mit dem Generalinspekteur der polnischen Zivilverteidigung, General Tadeusz Tuczapski, einem Absolventen der Moskauer Stabsakademie, hervor. Tuczapski, der stellvertretende Verteidigungsminister ist, wies darauf hin, daß das „Landesverteidigungskomitee" (KOK) unter General Jaruzelski nicht mehr dem Ministerrat unterstehe, sondern ein selbständiges Organ sei.

In dem neuen Gesetz zur Gründung von Betriebskampftruppen heißt es, diese Einheiten seien „nicht Bestandteil der regulären Streitkräfte", sie würden jedoch mit diesen und den Sicherheitsorganen eng zusammenarbeiten. Der General: Durch die neue „Militarisierung" des polnischen öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens werde „das System der Landesverteidigung vervollkommnet". Die neuen Einheiten hätten dieselben Rechte wie die reguläre Truppe, und zu ihr könnten auch junge Menschen zur Ableistung der allgemeinen Wehrpflicht eingezogen werden. Das Gesetz sieht vor, daß Familienangehörigen von Mitgliedern der Betriebskampftruppen juristisch so wie die regulären Militäreinheiten behandelt werden.

Während Manövereinsätzen muß das Gehalt mit allen Prämien fortgezahlt werden. Die Familien bekommen Sondertarife bei den öffentlichen Verkehrsmitteln eingeräumt und erhalten besondere soziale Leistungen. Junge Menschen, die untauglich für die allgemeine Wehrpflicht sind, sollen in Sondereinheiten der neuen Betriebskampftruppe zusammengefaßt werden, wo sie eine militärische Schulung erhalten und daneben auch Arbeitsdienst ableisten müssen.

Wie von informierter Seite aus Polen und der „DDR" bekannt wird, befinden sich bereits seit mehr als sechs Monaten 100 Kommandeure aus den „Kampftruppen der Arbeiterklasse der DDR" in Polen. Sie sollen dort beim Aufbau der Betriebskampftruppen helfen.

In dem Interview mit der Partei-Zeitung wies General Tuczapski darauf hin, daß dieses neue Gesetz gleichzeitig die Reaktivierung von jugendlichen „Wehrertüchtigungsgruppen" mit der Bezeichnung Junak vorsieht. Die Junak gab es bereits im Vorkriegs-Polen – Jaruzelski geriet als Angehöriger einer solchen Einheit in sowjetische Gefangenschaft – und zur Zeit der Stalin-Ära. Zu diesen „Wehrertüchtigungsgruppen" sollen Jugendliche vom 15. Lebensjahr an neben ihrer schulischen und beruflichen Ausbildung verpflichtet werden. In diesen Einheiten wird ebenfalls eine militärische Ausbildung und ein Arbeitsdienst miteinander kombiniert.

Nach Ansicht politischer und militärischer Beobachter in Polen dürfte es mit dem raschen Auf- und Ausbau der neuen Betriebskampftruppen keine Schwierigkeiten geben. Mehr als 30 Generaldirektoren der polnischen Wirtschaft sind vorübergehend beurlaubte Generale und Obristen.

Walesa widerspricht Primas Glemp

DW. Warschau

Einige der 30 politischen Häftlinge, die von den polnischen Behörden auf Bitten der katholischen Kirche freigelassen wurden, sind nach den Worten des Danziger Arbeiterführers Lech Walesa nur für die Zeit des Jahreswechsels beurlaubt worden. Vor Journalisten sagte Walesa, vier Gefangene aus Danzig hätten lediglich Feiertagsurlaub erhalten und müßten am 10. Januar wieder in die Haftanstalt zurückkehren. Er wisse jedoch nicht, ob auch die übrigen Freigelassenen nur Hafturlaub erhalten hätten.

Ein Sprecher der Residenz des Primas der katholischen Kirche Polens lehnte eine Stellungnahme zu den Äußerungen des Arbeiterführers ab. Kardinal Jozef Glemp hatte die Freilassungen während einer Weihnachtsmesse in Warschau bekanntgegeben, jedoch nicht erwähnt, daß sie zeitlich befristet seien.

Ost-Berlin bestraft Privat-Lesung

rtr, Berlin

Die Familie der am 12. Dezember verhafteten Ulrike Poppe, die Mitglied der Gruppe „Frauen für den Frieden" in der „DDR" ist, muß aufgrund einer Strafverfügung 400 Mark wegen angeblichen Verstoßes gegen die Veranstaltungsordnung zahlen. Wie jetzt aus dem Freundeskreis verlautete, ist eine Schriftstellerlesung im November in der Wohnung der Familie der Anlaß für die Geldstrafe. Die Strafverfügung sei Ausdruck des zunehmenden Drucks auf die Familie, sie zur Ausreise aus der „DDR" zu bewegen.

Im AA wächst Kritik an Genschers Personalpolitik – Der Personalrat moniert „Schnellbeförderungen"

Von MANFRED SCHELL

Zu den kontroversen Themen innerhalb der Regierungskoalition, besonders zwischen CSU und FDP, zählte im zu Ende gehenden Jahr die Personalpolitik des Auswärtigen Amtes. Sie ist selbst in Hans-Dietrich Genschers Ministerium nicht unumstritten.

Der Personalrat hat seinen Unmut auf Versammlungen und in Briefen an den Minister zum Ausdruck gebracht. Er kritisiert vor allem die „zunehmende Zahl rascher und frühzeitiger Beförderungen aus dem Leitungsbereich in Spitzenämter des auswärtigen Dienstes". Diese Kritik an Genscher wird schon seit längerer Zeit erhoben, wie ein Schreiben des Personalrates vom 9. September 1982 an den Minister zeigt. „Die Beförderung dienstaltersmäßig relativ junger Beamter aus dem Leitungsbereich in Spitzenpositionen blockiert diese Stellen teilweise bis in das nächste Jahrhundert hinein."

Das Leistungsprinzip müsse für alle gelten. Aber durch die jetzige Praxis, so der Personalrat, würden Berufsaussichten blockiert. „Eine ganze Generation von Beamten wird dadurch – unabhängig von ihren Leistungen und Fähigkeiten – von der Berufung in diese Spitzenämter ausgeschlossen."

Dies ist die eine Seite der Kritik. Die CSU hat die Berufung und Versetzung von Botschaftern zum Anlaß genommen, Angriffe gegen Genscher zu richten. Streitpunkt war zunächst die Berufung von Wolfgang Behrends, bislang Leiter der Auslandsabteilung im Bundespresseamt, zum Botschafter in Kanada. Behrends ist SPD-Mitglied. Um Behrends herum gibt es einen unschönen Vorgang, der auch Genscher bekannt und der in Bonn zum Gesprächsthema geworden ist.

In der Endphase des Bundestagswahlkampfes 1980 hatte ein anonymer Anrufer immer wieder einen angesehenen CDU-Bundestagsabgeordneten, dessen Frau und Töchter angerufen und in obszöner, ja pornographischer Weise beleidigt. Da sich diese Anrufe wiederholten, wurde von der Post eine Fangschaltung installiert. Zwei Tage vor der Wahl am 5. Oktober wurde dadurch festgestellt, daß der Anruf aus der Wohnung von Behrends gekommen ist. Die Post hat schriftlich versichert, ein Fehler „ist ausgeschlossen".

Der Abgeordnete erstattete Strafanzeige, die jedoch zu keinen Ergebnissen führte, weil Behrends seine Beteiligung bestritt, aber auch nicht ausschließen mochte, daß möglicherweise einer der Freunde seiner Töchter für diesen Anruf in Betracht kommen könnte. Seine Stellungnahme gegenüber der Staatsanwaltschaft Bonn hat Behrends bezeichnenderweise auf dem amtlichen Kopfbogen des Bundespresseamtes abgegeben. Dies ist zumindest eine Unkorrektheit. Nachdem die Staatsanwaltschaft Bonn bei zwei Einstellungsverfügungen erklärt hatte, es bestehe kein Zweifel, daß der Anruf aus der Wohnung von Behrends geführt worden sei, wird in der 3. Verfügung geschrieben, „Zeugen" hätten bestätigt, daß es in dem Gebiet zu Fehlschaltungen komme. Eine Fangschaltung sei noch „kein Indiz" für die Täterschaft.

Diese Aussage hat freilich weitreichende Folgen. Das Bundespostministerium prüft den Fall, denn auch die Polizei operiert in der Verbrechensbekämpfung – bei Entführungsfällen – mit Fangschaltungen. Genscher ist schon im vergangenen Jahr auf diese Begleitumstände hingewiesen worden, auch darauf, daß Behrends amtliche Briefbogen benutzt habe. Genscher aber erwiderte, er habe keinen Grund, an der Korrektheit von Behrends zu zweifeln, und berief ihn zum Botschafter in Kanada.

Der andere Streitfall ist Horst Grabert, der bisher Botschafter in Wien und Belgrad war und der jetzt nach Ungarn versetzt wird. Grabert war nach seinem Ausscheiden als Chef des Bundeskanzleramtes unter Willy Brandt im Jahre 1974 Botschafter geworden. Kanzler Helmut Schmidt hatte sich einen anderen Amtschef geholt.

Grabert ist umstritten, vor allem wegen seiner parteiischen Aktivitäten in der Auseinandersetzung zwischen „Stern" und „Quick", in die auch innerdeutsche Beziehungen hineinspielten. Grabert hatte damals den Bundesnachrichtendienst bemüht, um dem „Stern" Schützenhilfe zu geben. Es kann sein, daß hierüber alsbald noch hochinteressante Details an die Öffentlichkeit dringen werden. In Kreisen des Bundesnachrichtendienstes geht nämlich das Gerücht, der Dienst habe, auf Anweisung des früheren Vizepräsidenten Blötz, damals über einen „Stern"-Mitarbeiter Kontakt zum Ministerium für Staatssicherheit (MfS) in Ost-Berlin aufzunehmen versucht, um ihm „Zusammenarbeit" in dieser konkreten Situation anzubieten. Wenn sich dies bewahrheiten sollte, droht ein Skandal.

Unverständnis in den Reihen sachkundiger Unionsabgeordneter herrscht auch darüber, daß Genscher der Entsendung des früheren persönlichen Referenten von Egon Bahr, Broudre-Gröger, an die deutsche Botschaft in Mexiko zugestimmt hat. Zunächst sollte er als Wirtschaftsreferent an die Botschaft in Brasilia gehen, was eine Einstufung als Ministerialrat bedeutet hätte. Der Personalrat des Auswärtigen Amtes hatte dem zunächst zugestimmt, dann aber revoziert. Jetzt ist Broudre-Gröger als Botschaftsrat (Wirtschaft) in Mexiko.

Der Beamte war im Zusammenhang mit dem in den Westen übergewechselten Vizechef des rumänischen Geheimdienstes, Ion Pacepa, im Herbst 1978 ins Gerede gekommen. Pacepa hatte erklärt, ein ihm namentlich nicht bekanntes SPD-Mitglied liefere dem rumänischen Geheimdienst gegen Entgelt Dokumente und Berichte. Die mitgeteilten Einzelheiten sowie weitere Vorerhebungen hatten die Annahme gerechtfertigt, wie Generalbundesanwalt Rebmann erklärte, daß es sich dabei um Broudre-Gröger handelte. Er war außerdem durch einen Hinweis von Bahr gewarnt worden, daß er mit einer Hausdurchsuchung rechnen müsse. Rebmann im September 1978: „Man wird davon ausgehen müssen, daß Herr Bahr Broudre-Gröger unterrichtet hat."


Hans-Dietrich Genscher

Der im letzten September von seinem Amt als Abteilungsleiter im Bundeskanzleramt mit Zuständigkeit für die Nachrichtendienste abgelöste frühere Referent Brandts, Ritzel, ist zum Botschafter in Stockholm ernannt. Ein weiterer Abteilungsleiter im Kanzleramt, von der Gablentz, wird Botschafter in Den Haag. Beide sind Sozialdemokraten. Der summarische Vorwurf gegenüber Genscher lautet, er habe das Auswärtige Amt zu einer Bastion der FDP ausgebaut und lasse dabei sehr generös die SPD zum Zuge kommen.

Voller Bitterkeit wird in der CDU/CSU daran erinnert, wie kalt die SPD nach dem Regierungswechsel 1969 Beamte und Diplomaten, die sich zur CDU bekannt haben, abgefertigt hat. Jetzt, nach dem Wechsel der FDP zur Union, gebe es in der Personalpolitik Genschers keine Veränderungen. Das Gegenargument, Genscher habe Diplomaten, die CDU-Mitglieder seien, zu Staatssekretären ernannt, gilt in diesem Zusammenhang wenig.

Die FDP, das jedenfalls ist gewiß, hat in der Hierarchie und damit in der Politik des Auswärtigen Amtes eine überproportionale Stärke erreicht. Der SPD ist ein Drittel der leitenden Beamten des diplomatischen Dienstes zuzuordnen. Die Union ist stark benachteiligt, ebenso Beamte, die – der Norm des Hauses entsprechend – parteilos sind. Die CSU hat, zumindest zahlenmäßig, im Auswärtigen Amt noch nie eine wichtige Rolle gespielt.

Den Beamten, die der Union angehören, geht es heute per saldo im Auswärtigen Amt schlechter als in den Jahren seit 1969. Viele von ihnen hoffen noch immer auf Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU), auf seinen Einfluß, auf seine Richtlinienkompetenz. Aber wie es aussieht, geht es in erster Linie darum, das Verhältnis zum kleinen Koalitionspartner FDP unbeschädigt zu lassen.

Der Personalrat des Auswärtigen Amtes hat Genscher geschrieben: „Der Personalrat wendet sich nachdrücklich gegen die zunehmende Praxis der Schnellbeförderung von Beamten aus dem Leitungsbereich nach relativ kurzen Bewährungszeiten in Spitzenämter des Auswärtigen Dienstes". Diese Maßnahmen hätten bereits „erhebliche Unruhe unter den Bediensteten ausgelöst und sind geeignet, Motivation und Engagement zu mindern". Notwendig sei „gleiche Bewertung der Leistung für alle". Nicht nur im Leitungsbereich, also in der unmittelbaren Umgebung Genschers, würden „herausragende Leistungen" vollbracht.

Von „Schnellbeförderungen" ist die Rede. In der Tat hat die Kritkik an Genscher Substanz. Beispiele dafür gibt es ausreichend. Harald Hofmann zum Beispiel, 1969 als Ministerialrat übernommen, wurde Leiter des Ministerbüros und drei Jahre später im Alter von 40 Jahren Ministerialdirigent. Ein Jahr nach der Beförderung wurde er in den einstweiligen Ruhestand versetzt, um den politischen Posten des FDP-Bundesgeschäftsführers zu übernehmen. Die Versetzung in den einstweiligen Ruhestand wurde aufgrund von Beanstandungen in „Beurlaubung ohne Bezüge" umgewandelt. Hofmann ist heute wieder Botschafter – in Venezuela.

Hans-Joachim Hallier ist als Personalchef eine Schlüsselposition übertragen worden. Hallier hat drei Beförderungen in drei Jahren im Ministerbüro erreicht. 1976 wurde er bereits Ministerialdirigent, als einziger aus seinem Jahrgang („Crew" genannt im AA-Sprachgebrauch). Jetzt, 1983, wurde er Ministerialdirektor als Leiter der Abteilung I.

Guido Brunner, früher FDP-Bundestagsabgeordneter und kurzzeitig Senator in Berlin, hat fünf Beförderungen in vier Jahren hinter sich. Mit 44 Jahren wurde er zum Ministerialdirektor ernannt. Er ist heute Botschafter in Madrid.

Karl Walter Lewalter, stellvertretender Leiter des Ministerbüros, wurde in vier Jahren dreimal befördert, vom Regierungsdirektor bis zum Leitenden Ministerialrat.

Jürgen Chrobog, im Ministerbüro in den Jahren 1973 bis 1977 tätig, hatte zwischen der Beförderung vom Oberregierungsrat bis zum Regierungsdirektor nur dreieinhalb Jahre hinter sich bringen müssen. Die durchschnittliche Wartezeit betrug damals im Auswärtigen Amt über sechs Jahre

Theodor Wallau, persönlicher Referent von Genscher und später Leiter des Ministerbüros (1979 bis 1981), hat drei Beförderungen in vier Jahren erzielt – vom Ministerialrat bis zum Ministerialdirigenten.

Konrad Seitz, Redenschreiber und im Planungsstab des Ministers tätig, hat vier Beförderungen in sieben Jahren erzielt. Er ist in dieser Zeit vom Regierungsdirektor zum Ministerialdirigenten aufgestiegen. Fritjof von Nordenskjöld, früher ebenfalls persönlicher Referent Genschers, hat zwei Beförderungen in drei Jahren, zum Regierungsdirektor und zum Ministerialrat, hinter sich.

Gerold von Braunsmühl, zeitweise stellvertretender Leiter und dann Leiter des Ministerbüros, wurde in anderthalb Jahren dreimal befördert, und zwar zum „einfachen" Ministerialrat, zum Leitenden Ministerialrat (B[3]) und zum Ministerialdirigenten. Die letzten zwei Beförderungen erfolgten im Abstand weniger Monate. Er ist der einzige B-6-Beamte seines Jahrgangs.

Diese Beförderungspraxis, die natürlich Auswirkungen auf die Personalpolitik im Auswärtigen Amt insgesamt hat, führte zur Alarmierung des Personalrates. Er hat die Sorge, daß Mitarbeiter des Ministers gefördert werden, dafür aber die anderen Beamten auf der Stelle treten müssen.

„Friedensbewegung" steht vor der Bewährungsprobe

Die DKP versucht ihren Einfluß weiter auszubauen

STEFAN HEYDECK, Bonn

„Es wird ein ziemliches Hickhack um den Einfluß innerhalb der Friedensbewegung geben. Das könnte ein Punkt sein, wo der Laden auseinanderbricht." Diese Prognose stellte ein führendes Mitglied der bisherigen Geschäftsführung des Koordinierungsausschusses in einem WELT-Gespräch. Dieses Steuerungsgremium war kürzlich von den dort zusammengeschlossenen Gruppen mit zwölf gegen neun Stimmen aufgelöst worden.

Ein totales Auseinanderbrechen, so die Einschätzung, könne wahrscheinlich vorerst noch einmal mit der sogenannten Volksbefragung zur Raketenstationierung vermieden werden, die von der „Friedensbewegung" am Tag der Europawahl, dem 17. Juni, auf eigene Faust durchgeführt werden soll. Dies könne „die Klammer sein, wo wieder alle mitmachen". Insgesamt würden die nächsten Monate jedoch mehr von Diskussionen als von Aktionen bestimmt sein.

So soll Mitte Januar auf einer zweitägigen Klausursitzung des Koordinierungsausschusses versucht werden, eine neue Geschäftsführung einzusetzen. Denn ohne sie könnte schon aus praktischen und technischen Gründen die angestrebte „Volksbefragung" nicht vorbereitet werden.

Allerdings dürfte es über die Zusammensetzung dieses bisher von sechs Gruppen gebildeten Gremiums insbesondere wegen des kommunistischen Einflusses wieder zu Auseinandersetzungen kommen. So wird vor allem den Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) die Berechtigung zur Teilnahme bestritten. Deutliche Vorbehalte gibt es auch gegenüber der Deutschen Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG/VK).

Die „sehr komplizierte Gemengelage" wird auch dadurch deutlich, daß die autonomen Gruppen eine Geschäftsführung ablehnen. Die Jungsozialisten wollen die SPD dort stärker repräsentiert sehen. Die Grünen wollen sowohl den indirekten, aber nicht zu übersehenden Einfluß der DKP als auch den der SPD zurückdrängen.

Dennoch sei nicht zu erkennen, daß die großen Gruppen wie SPD, Kirchen, Grüne und Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) sich nicht weiter gemeinsam gegen Atomwaffen wenden würden. Die „Friedensbewegung" dürfe jedoch nicht zu „einem beliebigen Sammelsurium von Forderungen" oder zu einer „Anti-Arbeitslosigkeitsbewegung" werden.

Vor diesem Hintergrund könnte es zum Ende der „Friedensbewegung" kommen, die in den letzten zwei Jahren mit Massendemonstrationen zumindest Aufmerksamkeit erregt hatte. Denn die DKP, die nach den Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden „erstmals den Fuß in die Tür bekommen hat", will sie umfunktionieren. Um ihren Einfluß auf die Gewerkschaften und in den Betrieben auszubauen, beabsichtigt die bei den letzten Wahlen mit einem 0,2-Prozent-Ergebnis wieder klar abgeschlagene DKP bei ihrem Kampf um die 35-Stunden-Woche die Friedensbewegung einzusetzen. Hier ist sie aber bereits zum Beispiel im BBU und bei Grünen auf Ablehnung gestoßen.

Überhaupt hat die durchgängig von Ost-Berlin gesteuerte Partei Schwierigkeiten mit der Bewegung bekommen. So wird ihr Unglaubwürdigkeit vorgeworfen, weil sie einerseits die Stationierung von Pershing 2 und Cruise Missiles bekämpft und andererseits aber die Nach-Nachrüstung mit SS 21 und SS 22 in der „DDR" widerspruchslos hinnimmt.

Wenn es zu einer Isolierung der DKP innerhalb der Friedensbewegung kommt, werden nicht nur nach Ansicht der Sicherheitsbehörden Massendemonstrationen wie bisher nicht mehr aufgezogen werden können. Dann würden die für die Organisation und Abwicklung von Ost-Berlin geschulten DKP-Kader fehlen, die allein bei der ersten großen Bonner Protestaktion am 10. Oktober 1981 nach den Erkenntnissen mindestens 70 Prozent der Ordner gestellt hatten.

Deshalb wird befürchtet, daß es künftig statt der weitgehend friedlich verlaufenen Großdemonstrationen zu mehr gewalttätigen Einzelaktionen von militanten und anarchistischen Kleingruppen kommt. Diese wollen in den nächsten Wochen bei Blockaden von Militäreinrichtungen zeigen, daß insbesondere Einrichtungen der Amerikaner nicht unverwundbar sind.

„Öffentlicher Dienst an Grenze der Belastbarkeit"

DW. Bonn

Die Wiedergesundung der Wirtschaft ist nach den Worten von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann für den öffentlichen Dienst „der einzige Weg, der dauerhafte Verbesserungen auch im Einkommensbereich verspricht". Wie Zimmermann in einem Interview mit der Monatszeitschrift des Deutschen Beamtenbundes (DBB) erklärte, kann im öffentlichen Dienst eine Phase finanzieller Verbesserungen mit entsprechendem Kostenaufwand erst dann in Betracht kommen, wenn der wirtschaftliche Aufschwung mehr Kraft gewonnen habe. Mit den Sparbeschlüssen sieht Zimmermann „jetzt die Grenze der Belastbarkeit des öffentlichen Dienstes erreicht".

Der Minister wies ferner darauf hin, daß „nach der gegenwärtigen Beschlußlage" für 1984 keine Erhöhungen der Bezüge, Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst vorgesehen seien. Dabei sei der Grundsatz der Gleichbehandlung „für die Bundesregierung verpflichtende Maxime ihrer Dienstrechtspolitik".

SPD gegen Rüstungsexport

hey. Bonn

Die Sozialdemokraten wollen die Rüstungskontroll- und -exportpolitik zu einem wichtigen Thema der politischen Auseinandersetzung machen. In diesen Fragen werde es demnächst zu „lebhaften Kontroversen" kommen, kündigte Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel in einem gestern veröffentlichten Brief an Bundeskanzler Helmut Kohl an. Seine Fraktion werde insbesondere allen Versuchen, Rüstungsexporte über den NATO-Bereich hinaus auch in Spannungsgebiete zu genehmigen, „entschiedenen Widerstand" entgegensetzen. In dem Schreiben beklagt sich Vogel, daß es Kohl entgegen der von seinem Vorgänger Helmut Schmidt gegebenen Zusage „ausdrücklich abgelehnt" habe, alle Fraktionsvorsitzende bei anstehenden Einzelfallentscheidungen des Bundessicherheitsrats über Rüstungsexporte vorab zu informieren. Außerdem beschwert er sich darüber, daß Kohl ihm nicht mitgeteilt habe, ob die von der früheren Bundesregierung im April 1982 beschlossenen Grundsätze zum Rüstungsexport weiterhin als verbindlich anzusehen seien.

Umweltschutz: Fraktion drängt Späth zur Eile

WELT-Gespräch mit Erwin Teufel / „Grüne Charta"

XING-HU KUO, Stuttgart

Zwischen der CDU-Fraktion im Stuttgarter Landtag und Ministerpräsident Lothar Späth ist es zu grundlegenden Meinungsverschiedenheiten im Bereich des Umweltschutzes gekommen. Dabei geht es jetzt vor allem um die Frage, ob eine japanische Technologie zur „Entstickung" (nicht Entschwefelung) von Kohlekraftwerken „sofort" oder erst in Form eines „Pilotprojektes" im Versuch angewendet werden soll.

In einem WELT-Gespräch begründete der CDU-Fraktionsvorsitzende Erwin Teufel, weshalb er und seine Parteifreunde Späth drängen, diese neue, in Japan bewährte Technologie unverzüglich einzusetzen: „Da wir in Baden-Württemberg vom Waldsterben ganz besonders betroffen sind, möchte ich mich hinter den Wunsch der Umweltpolitiker meiner Fraktion stellen, die hier eine schnelle Lösung anstreben."

Teufel, der auch Vorsitzender der CDU Südbaden ist, hat vor wenigen Tagen eine „Grüne Charta" seines Bezirksverbandes im Umfang von 74 Seiten veröffentlicht, in der weitreichende Forderungen in Sachen Umweltschutz erhoben werden. Auf die WELT-Frage, ob es zwischen dem Fraktionschef und dem Ministerpräsidenten jetzt einen „grünen Wettlauf" gebe, antwortete Teufel: „Ich habe dies zwar bisher nicht so gesehen, aber wenn es einen solchen Wettbewerb zwischen Regierung und Fraktion gibt, kommt dies dem Schutz der Landschaft und der Umwelt zugute." Die „Grüne Charta" der südbadischen CDU sei gerade für eine so „sensible Region" in Sachen Umweltschutz von besonderer Bedeutung, hob Teufel hervor. Schließlich liege dort auch der Standort für das Kernkraftwerk Wyhl.

Wenige Monate vor dem Ende der Legislaturperiode (im März 1984 wird ein neuer Landtag gewählt) ist Erwin Teufel besonders stolz auf die Erfolge seiner Fraktion im Bereich der „Entbürokratisierung" und „Verwaltungsvereinfachung". Unter Hinweis auf Aussagen führender Vertreter von Gemeinde- und Kommunalverbänden und von Amtskollegen aus anderen Bundesländern erklärte Teufel, daß heute die Kommunen und Gemeinden in Baden-Württemberg weit mehr Rechte und Zuständigkeiten bekommen hätten als anderswo üblich. Trotzdem gebe es noch immer viel zu verbessern, erklärte Teufel. Zahlreiche Zuständigkeiten von Ministerien und Regierungspräsidien seien jetzt „nach unten delegiert worden", nämlich von 830 ministeriellen Zuständigkeiten rund ein Viertel (210) und von 658 Kompetenzen der Regierungspräsidien 95.

Schließlich müsse jede Gemeinde „selber entscheiden können, wie breit eine Straße im Ort werden muß, und nicht ein hoher Beamter in Stuttgart", betonte Teufel. Auch hier habe eine klare Erweiterung der kommunalen Gremien stattgefunden: 3000 Kilometer Landesstraßen sind zu Kreisstraßen abgestuft worden, während nur 1028 Kreisstraßen-Kilometer zu Landesstraßen „aufgewertet" worden seien. Die Fraktion habe auch erreicht, daß die finanziellen Ausgaben des Landes für die Kreisstraßen künftig „pauschal" zugewiesen würden, d. h. über die Details der Verwendung können jetzt die Landkreise selber entscheiden.

Als besonders wichtige Entscheidung zugunsten der Kommunen bezeichnete es Teufel, daß seit Anfang 1983 das Land „alle Zuständigkeiten für den Linien- und Schülerverkehr" im öffentlichen Personennahverkehr an die Land- und Stadtkreise abgegeben habe. Dabei sei auch gesichert worden, daß die Kreise „die Mittel erhalten, die sie zur sachgerechten Erledigung" der neuen Aufgaben benötigten.

Dogmatische Förderrichtlinien seien dank der Initiativen der CDU-Fraktion inzwischen flexibler geworden: sie hätten, so Teufel, künftig nur noch „empfehlenden Charakter". Damit können Gemeinden oder Kreise wieder „selber über die Ausgestaltung ihrer Bauvorhaben entscheiden". In manchen Bereichen sei jedoch eine Verwaltungsvereinfachung nur auf Bundesebene durchsetzbar. Teufel hat deshalb jetzt in einem Brief an den Stuttgarter Innenminister Heinz Eyrich (CDU) die Landesregierung aufgefordert, in Bonn bei der Ausarbeitung des neuen Bundesbaugesetzbuches darauf hinzuwirken, daß die großen Kreisstädte in eigener Verantwortung entscheiden dürfen, ob Bauwerke im Außenbereich gebaut werden oder nicht. Bisher mußte dies vom Regierungspräsidium genehmigt werden.

Paris setzt sich für Unesco bei USA ein

dpa, Paris

Frankreich hat die Vereinigten Staaten gebeten, nicht aus der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kunst (Unesco) auszutreten. Wie in Paris aus Regierungskreisen bekannt wurde, unternahm die französische Regierung diesen Schritt „aus Verbundenheit mit dem Wirken der Unesco". Paris fürchtet danach außerdem, daß eine Verwirklichung der amerikanischen Austrittsdrohung das allgemeine Grundprinzip der internationalen Organisationen in Frage stellen könnte.

US-Präsident Ronald Reagan wolle, so hatte es in Washington geheißen, noch vor dem 31. Dezember über einen ihm von Außenminister George Shultz empfohlenen Unesco-Austritt der USA entscheiden. Das Ausscheiden würde am 1. Januar 1985 wirksam. Die USA kritisieren nach ihrer Ansicht zunehmend politisierte und auftragsfremde Aktivitäten sowie eine schlechte Verwaltung der in Paris angesiedelten Organisation und fühlen sich von ihr ungerecht behandelt. Mit dem Austritt Washingtons würde die Organisation den US-Beitrag in Höhe eines Viertels ihres im November gegen die Stimme der USA in Paris verabschiedeten Zweijahresetats von 374,4 Millionen Dollar verlieren. Die Unesco erwägt für diesen Fall einen Rückgriff auf den internationalen Kapitalmarkt zum Ausgleich des Verlustes.

Weniger Besucher aus den Westsektoren

AP, Berlin

Auch die Befreiung von Kindern zwischen sechs und 14 Jahren vom Zwangsumtausch hat den drastischen Rückgang bei den Weihnachtsbesuchen von West-Berlinern im Ostteil der Stadt und in der „DDR" nicht aufhalten können. Wie das Presseamt des Berliner Senats mitteilte, wurden in der Zeit vom 1. bis 19. Dezember in den fünf Besucherbüros in den Westsektoren 88 216 Anträge auf Tagesbesuche gestellt. Im gleichen Zeitraum 1979, als der Mindestumtausch von der „DDR" noch nicht rigoros erhöht worden war, hatte die Zahl bei 170 302 gelegen.

Dies bedeutet einen Rückgang von 48 Prozent – ein Wert, der auch im Vorjahr verzeichnet worden war. Nach Ansicht offizieller Stellen zeigt dies, daß die im Herbst verfügte Befreiung von Kindern vom Umtausch nicht ausreicht, um den innerdeutschen Besuchsverkehr merklich zu beleben.

Anti-Terror-Einheit für Commonwealth?

dpa, London

Die britische Anti-Terror-Einheit SAS wird nach einem Bericht der britischen Tageszeitung „Daily Telegraph" zur Zeit für den Einsatz bei politischen Unruhen, Putschversuchen und Revolutionen in kleineren Mitgliedsstaaten des britischen Commonwealth ausgebildet. Unter Berufung auf Kreise im Regierungsviertel Whitehall in London berichtete das Blatt, zu den möglichen Einsatzorten für SAS-Soldaten und Mitglieder der Marine-Elitetruppe SBS gehörten Hongkong im Falle von Unruhen sowie kleine Karibik-Inseln.

Wie es in dem Artikel heißt, ist man in London besorgt darüber, daß Söldnertruppen und Extremisten schon in geringer Anzahl mit Leichtigkeit die Herrschaft über ein kleines Commonwealth-Land übernehmen könnten. London habe in jüngster Zeit wiederholt Mitglieder der britischen Streitkräfte – oft als Touristen getarnt – in die als besonders gefährdet angesehenen Länder entsandt. Dort erforschten sie unter anderem die geographischen Voraussetzungen für eine unbemerkte Landung von kleinen Elite-Truppen.

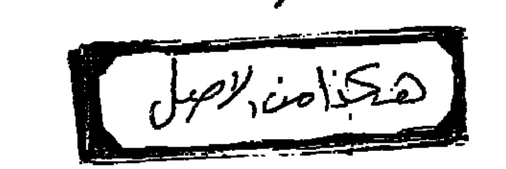
Argentinien: Weitere Generale entlassen

AFP, Buenos Aires

Die neue argentinische Regierung unter Präsident Raul Alfonsin will sechs weitere Armee-Generale in den Ruhestand versetzen und die Auslieferung von fünf in der Schweiz inhaftierten Argentiniern beantragen. Damit bleiben von 56 aktiven Generalen zur Zeit der Machtübernahme Alfonsins nur noch 18 im Amt. Diese Maßnahmen stehen in Zusammenhang mit dem „schmutzigen Krieg", wie die argentinische Armee ihren Kampf gegen Gegner ihres über siebenjährigen Regimes nannte. Alfonsin hatte nach seinem Amtsantritt zugesagt, die Fälle der in dieser Zeit Vermißten zu klären, deren Zahl von Menschenrechtsorganisationen auf 30 000 geschätzt wird, und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.

Wie aus Gerichtskreisen in der argentinischen Hauptstadt gestern verlautete, soll gestern ein weiteres Massengrab mit 24 namenlosen Leichen ausgehoben worden sein. Bereits am Montag waren 10 Leichen aus einem Massengrab exhumiert worden.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.



„Afghanische Armee schrumpfte auf ein Drittel"

rb. **Bonn**

Am 4. Jahrestag des sowjetischen Einmarsches nahm gestern in Bonn ein neu eingerichtetes Informationsbüro der afghanischen Mujahedin zur militärischen und politischen Lage Afghanistans Stellung.

Der sowjetische Aggressor habe bisher im Kampf 50 000 Mann, mehr als 5000 Panzer, gepanzerte Fahrzeuge sowie 250 Flugzeuge und Helikopter verloren. Und die dem kommunistischen Regime in Kabul unterstellte afghanische Armee sei durch Tod und Desertion von ehedem 100 000 Mann auf ein Drittel ihrer ursprünglichen Stärke geschrumpft.

Der Europa-Repräsentant der fundamentalistischen Partei Hezbi Islami von Gulbuddin Hekmatyar, A. Karim Mohajirzad, gab ferner bekannt, daß 85 Prozent aller afghanischen Städte und Dörfer durch Flugzeuge und Helikopter zerstört und mehr als eine Million Afghanen in Zuchthäusern ermordet oder bei Kampfhandlungen getötet worden seien; den Anteil aktiver Widerstandskämpfer bezifferte er dabei mit 40 000.

Der aus Pakistan angereiste Ahmadullah Niazi fügte hinzu, die militärischen Maßnahmen der Sowjets in Afghanistan entsprächen in ihrer Wirkungen jenen, die durch Atomwaffen hervorgerufen würden. Die militärische Lage aber sei für den Aggressor derart ungünstig, daß die Sowjets politische Initiativen ergriffen hätten, um ihre Interessen wahren zu können.

Dazu gehöre der Versuch, den „alten und korrupten Verräter König Zahir Schah" wieder ins Spiel zu bringen. Das islamische Volk von Afghanistan sei jedoch entschlossen, sein Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen und über die politische Zukunft selbst zu bestimmen. Die gegenwärtig laufenden Bestrebungen zur Bildung einer Sammlungsbewegung und Einheitsfront hinter dem Monarchen lehne der aktive Widerstand in Afghanistan ab, erklärte Mohajirzad.

Die anhaltende Zersplitterung und Uneinigkeit der Afghanen im Widerstand gegen den sowjetischen Aggressor kam auch am gestrigen 4. Jahrestag zum Ausdruck: Es gelang wieder nicht, eine gemeinsame machtvolle Demonstration in Bonn gegen den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan zu organisieren.

Angola schießt mit Sam-8 auf Südafrikas Luftwaffe

Pretoria: Tausend Buschkrieger sickern nach Namibia ein

rtr/dpa, **Pretoria**

Auf Flugzeuge der südafrikanischen Luftwaffe sind bei ihren jüngsten Einsätzen in Angola Luftabwehrraketen des sowjetischen Typs Sam-8 abgefeuert worden. Dies bestätigte der südafrikanische General Viljoen in Pretoria nach seiner Rückkehr von einem Besuch der Kampfgebiete entlang der Grenze zu Angola.

Nach Angaben des Generals stehen in Angola bis zu tausend Untergrundkämpfer der Südwestafrikanischen Volksorganisation (Swapo) zum Vorstoß nach Namibia (Südwestafrika) bereit. Zugleich wiesen Militärexperten in Johannesburg auf Pläne Südafrikas hin, die Swapo-Stützpunkte in Angola vor einem möglichen Großangriff auf Namibia durch umfassende Militäraktionen auszuschalten.

Viljoen betonte, die Streitkräfte Südafrikas und die Territorialtruppen Namibias würden so lange in Südangola operieren, bis ihre Aufgabe – das Abfangen größerer Swapo-Einheiten möglichst weit von der Namibia-Grenze entfernt – erfüllt sei. Sieben Swapo-Kompanien (800 bis 900 Mann) seien südlich des Ortes Jamba von einem großen Militärkonvoi abgesetzt worden, um von dort aus nach Namibia einzusickern.

Südafrikanische Truppen, so teilte General Viljoen mit, hätten die mehr als 200 Kilometer nördlich der Grenze gelegene angolanische Stadt Cassinga besetzt. Nach Angaben Angolas hat Südafrika für die Großaktion in Südangola drei motorisierte Brigaden, vier Artillerieeinheiten und hundert Flugzeuge eingesetzt. Der General erklärte, seine Truppen sollten einem Vorstoß der Swapo nach Ovambo in Nordnamibia und weiter nach Süden zuvorkommen. Die Swapo-Verbände seien mit sowjetischen Waffen ausgerüstet, die von sowjetischen Schiffen in angolanische Häfen gebracht oder die zu den Swapo-Stützpunkten geflogen würden.

Der Rundfunk Südafrikas wies auf den Tod von fünf südafrikanischen Soldaten hin, der den Streitkräften Angolas angelastet wird. An sie richtete der Sender die Warnung, eine direkte Auseinandersetzung mit der Armee Südafrikas käme einem Selbstmord der Truppen Angolas gleich.

„Anstöße" aus Rumänien

Bukarest setzt auf Konferenz von Stockholm

STEFAN HEYDECK, **Bonn**

Rumänien schließt eine Stationierung sowjetischer Raketen als Reaktion auf die westliche Nachrüstung „eindeutig" aus. Das hat Außenminister Andrej dem FDP-Bundestagsabgeordneten Olaf Feldmann in Bukarest erklärt. Feldmann, unter dessen Leitung eine Bundestagsdelegation eine Woche lang das Ostblockland besucht hatte, sagte gestern nach den Gesprächen unter anderem mit Staats- und Parteichef Ceausescu, daß Rumänien seine West- und Entspannungspolitik durch die NATO-Nachrüstungsentscheidung nicht beeinträchtigen lassen wolle. Es vertrete engagiert eine eigenständige Außenpolitik.

Bukarest wolle vor allem die internationalen Abrüstungsgespräche mit eigenen Vorschlägen „anstoßen." Dabei habe Ceausescu gegenüber der Bonner Delegation die Bedeutung der bilateralen Beziehungen für Entspannung und Zusammenarbeit hervorgehoben. So werde Außenminister Andrej Anfang Januar in die Bundesrepublik kommen, um mit Außenminister Genscher unter anderem die Stockholmer Abrüstungskonferenz (KVAE) vorzubereiten. Weiter sprach sich der Staatschef dafür aus, daß die Europäer ihre Sicherheitsinteressen gegenüber den Supermächten stärker zur Geltung bringen sollten. Dazu könne die von ihm angeregte „Konsultativkonferenz" beitragen, auf der die Mitglieder beider Blöcke bei einer Wiederaufnahme der Genfer INF-Verhandlungen die Vorschläge der USA und der Sowjetunion erörtern sollten.

Als „positives Signal" bewertete Feldmann das für Mitte Januar angekündigte erste „Inter-Balkan-Expertentreffen". Es soll dazu führen, daß die fünf Staaten dieser Region gemeinsam eine atomwaffenfreie Zone errichten.

Sozialpolitik: Was sich 1984 für die Versicherten ändern wird (II)

Anspruch auf Altersrente hat schon, wer fünf Jahre lang Pflichtbeiträge gezahlt hat

GISELA REINERS, **Bonn**

Zum 1. Januar 1984 ändern sich einige Regelungen im Zusammenhang mit der Sozialversicherung. Hier eine Fortsetzung der wichtigsten Neuerungen (WELT vom 27. 12.):

Rentenversicherung

1. Künftig hat schon einen **Anspruch auf Altersrente**, wer fünf Jahre lang Pflichtbeiträge zur Rentenversicherung gezahlt hat. Früher mußte eine Wartezeit von 15 Jahren erfüllt sein. Diese Senkung auf fünf Jahre wird für Frauen von besonderer Bedeutung sein, die schon vor Ablauf von 15 Jahren ihrer Beschäftigung aufgeben, um sich der Familie zuzuwenden. Die Anspruchsgrundlage ist jetzt nach fünf Jahren erfüllt und kann später bei Rückkehr in den Beruf aufgestockt werden.

2. Heiraten ein **Witwer** oder eine **Witwe**, die Rente aus der Sozialversicherung des verstorbenen Ehepartners beziehen, erneut, erhalten sie von 1984 an eine **Abfindung** in der Höhe von nur noch zwei Jahresrentenbeträgen. Bisher betrug die Abfindung fünf Jahresrenten. Für Beamte galt jedoch schon immer der niedrigere Satz.

3. Für Versicherungsfälle, die 1984 und später eintreten, wird der **Kinderzuschuß** ersetzt durch das Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz. Der Zuschuß lag bei etwa 150 Mark; das Kindergeld beträgt 50 Mark für das erste Kind. Die Regelungen über die Abfindung von Witwen und Witwern bei Wiederheirat, den Ersatz des Kinderzuschusses durch Kindergeld und die Anpassung der Renten entsprechend der Entgeltentwicklung des vergangenen Jahres werden auch für Renten aus der Unfallversicherung angewendet.

Mutterschaftsurlaub

Das Mutterschaftsurlaubsgeld wird auch 1984 vier Monate lang nach Ablauf der Mutterschaftsfrist gezahlt, allerdings nur noch in der Höhe von 510 Mark pro Monat oder 17 Mark pro Tag. Zuvor hatte es 750 Mark pro Monat oder 25 Mark pro Tag betragen. Die Mutterschutzfrist beträgt acht Wochen nach der Geburt, bei Früh- und Mehrlingsgeburten 12 Wochen. Verlängert sich durch Früh- und Mehrlingsgeburten die Schutzfrist, verkürzt sich der Mutterschaftsurlaub entsprechend, so daß immer ein halbes Jahr nach der Geburt die Arbeit wiederaufgenommen werden muß. Der Mutter bleibt der Anspruch auf einen Arbeitsplatz in dieser Zeit erhalten bei unveränderter sozialer Sicherung. Von 1987 an sollen alle Mütter, also auch nichtberufstätige, Mutterschaftsurlaubsgeld erhalten.

Krankenversicherung

1. Für die Krankenversicherung gilt gleiches wie für die Rentenversicherung. Von den Sonderzahlungen wie Weihnachts- und Urlaubsgeld, Treueprämien und Tantiemen müssen künftig mehr Beiträge abgeführt werden, zur Renten- und Arbeitslosenversicherung, aber auch zur Krankenversicherung. Vom Krankengeld wird schon vom ersten Bezugsmonat an Beitrag entrichtet zur Renten- und Arbeitslosenversicherung. In der Regel zahlt der Empfänger des Krankengeldes eine Hälfte, die Krankenkasse die andere. Das Krankengeld mindert sich um 11,55 Prozent, die sich zusammensetzen aus 9,25 und 2,3 Prozent für Renten- und Arbeitslosenversicherung.

2. Mit einem Übergang wird die Behandlung der Tuberkulose (Tbc) von der Renten- auf die Krankenversicherung verlagert. Bis zum 31. Dezember 1985 wird die Tbc-Behandlung in den Sanatorien der Rentenversicherungsträger und nach dem Rentenversicherungsrecht jedoch zu Lasten der Krankenversicherung vorgenommen. Dadurch wird alles von den Krankenversicherungsträgern übernommen im Rahmen der Vorschriften für die Versicherten und ihre mitversicherten Familienangehörigen. Die Rehabilitation bleibt weiterhin Aufgabe der Rentenversicherung.

Schwerbehinderte

1. Die unentgeltliche Beförderung von Schwerbehinderten auf öffentlichen Verkehrsmitteln wird stark eingeschränkt. Vom 1. Januar an ist eine kostenlose Beförderung im Nahverkehr nur noch auf S-Bahnen erlaubt. Es entfällt die Möglichkeit, im Umkreis von 50 Kilometern (von Ausnahmen abgesehen) unentgeltlich mit der Bahn zu fahren, also D-, FD-, Intercity- und TEE-Züge zu besteigen. Bahnbusse dürfen weiter im gleichen Umfang benutzt werden.

2. Vom 1. April an werden Schwerbehinderte, unabhängig vom Grad ihrer Behinderung, nur noch zum begünstigten Personenkreis gerechnet, wenn ihre Bewegungsfähigkeit erheblich eingeschränkt ist. Ausgenommen sind Kriegsbeschädigte und NS-Verfolgte.

3. Schwerbehinderten-Ausweise, mit denen der kostenlose Transport in Verkehrsmitteln beansprucht wird, müssen vom 1. April an eine Wertmarke aufweisen über eine Eigenbeteiligung an den Beförderungskosten: 120 Mark pro Jahr. Ausgenommen sind Blinde und Hilflose, Einkommensschwache und Kriegsbeschädigte sowie Verfolgte. Die Marke gibt es bei den Versorgungsämtern.

4. Vom 1. April an wird auch die Möglichkeit, gleichzeitig die Vergünstigung für den öffentlichen Nahverkehr und bei der Kfz-Steuer in Anspruch zu nehmen, eingeschränkt. Die Steuerbefreiung wird in eine Steuerermäßigung umgewandelt.

Arbeitslosenversicherung

1. **Das Arbeitslosen-, Kurzarbeiter- und Schlechtwettergeld sowie die Arbeitslosenhilfe** wird für Alleinstehende und Kinderlose gekürzt. Das Arbeitslosen- und andere Geld von 68 auf 63 Prozent, die Arbeitslosenhilfe von 58 auf 56 Prozent des letzten Nettoeinkommens. Nach einem Jahr wird die Berechnungsgrundlage entsprechend der Rentenanhebung erhöht.

2. Bei der **beruflichen Rehabilitation** wird das Übergangsgeld von 80 auf 75 Prozent gesenkt, wenn der Teilnehmer an einer Maßnahme Kinder oder einen pflegebedürftigen Ehepartner hat, sonst von 70 auf 65 Prozent. Ebenfalls gesenkt wird das **Unterhaltsgeld** Arbeitslosen, von Arbeitslosigkeit Bedrohten, Ungelernten und Umschülern für Mangelberufe. Haben sie Kinder oder einen pflegebedürftigen Partner, beträgt der Unterhalt nur noch 70 statt 75, sonst 63 statt 68 Prozent des ausfallenden Nettoentgelts.

3. Für **Behinderte**, die in anerkannten Werkstätten beschäftigt sind, wird die Berechnungsgrundlage für ihre Rentenversicherung gesenkt. Bisher wurden 90 Prozent, künftig werden nur noch 70 Prozent des durchschnittlichen Arbeitsentgelts unterstellt.

Lambsdorff: 2,5 Prozent reales Wachstum für '84

DW. **Bonn**

Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) rechnet damit, daß sich der konjunkturelle Erholungsprozeß auch 1984 fortsetzt. In einem Beitrag für die „Allgemeine Zeitung" in Mainz schrieb der Minister, er erwarte für das nächste Jahr ein reales Wachstum von rund 2,5 Prozent, weiterhin eine nur mäßige Steigerung der Verbraucherpreise, einen deutlichen Überschuß in der Leistungsbilanz und im Laufe des Jahres einen allmählichen Abbau der Arbeitslosigkeit.

Die Produktionsplanungen für die nächsten Monate seien eindeutig auf Expansion gerichtet, meinte Lambsdorff. Zugleich gebe es nicht zu unterschätzende Unsicherheiten und Risiken sowohl aus dem binnenwirtschaftlichen wie auch dem außenwirtschaftlichen Bereich.

Auch die deutsche Wirtschaft verbreitete Optimismus. Nach dem Ergebnis einer Umfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) bei Präsidenten und Vorsitzenden von Verbänden aus 20 Industriezweigen, von Handel, Handwerk, Banken und Versicherungen wird vielfach mit einem Wachstum von „gut drei Prozent" gerechnet.

Seite 9: Konjunktur 1984

Neue Spekulation über Strauß

rmc. **Bonn**

Jüngste Äußerungen des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, haben Spekulationen, daß der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß im nächsten Jahr als Minister ins Bundeskabinett kommen könnte, neue Nahrung gegeben. Dregger sagte gegenüber der „Neuen Ruhr Zeitung", Strauß habe von dem zweimaligen Angebot, in Bonn ein Ressort zu übernehmen, weder bei der Regierungsbildung im Oktober 1982 noch nach der März-Wahl 1983 „aus verständlichen Gründen keinen Gebrauch gemacht". Deswegen könne „bis auf weiteres die Einbindung des CSU-Vorsitzenden in die gemeinsame Politik in Bonn nur auf andere Weise geschehen". Strauß sei bei den Koalitionsrunden beim Bundeskanzler „jederzeit" willkommen. Zudem habe er, Dregger, angeboten, „jederzeit" zu einem Gespräch mit Strauß verfügbar zu sein.

Moskau läßt von seinem langfristigen Ziel totaler Unterwerfung Afghanistans nicht ab

US-Bericht: Vier Jahre nach dem Einmarsch ist eine Lösung nicht in Sicht / Amerika bleibt zurückhaltend

TH. KIELINGER, Washington

„Vier Jahre nach dem Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan scheint weder eine politische noch eine militärische Lösung in naher Zukunft wahrscheinlich. Der afghanische Widerstand zeigt keine Zeichen der Schwäche, auch keine nachlassende Unterstützung durch das Volk. Der landesweite Aufstand geht weiter, und die Mudjahedin hindern die Sowjets am militärischen Durchbruch."

Mit diesem Satz beginnt der offiziell erstellte Bericht des US-Außenministeriums zum vierten Jahrestag des Einmarsches. Doch die Experten geben sich keinen Illusionen hin. Daß die afghanischen Freiheitskämpfer die sowjetische Militärmaschinerie so lange haben in Schach halten können, gilt zwar als eine geschichtswürdige Tat unvorstellbaren Heldenmuts und Kampfwillens.

Doch richtet sich Moskau, so resümiert man in Washington, auf einen jahrzehntelang dauernden Prozeß der Sowjetisierung und Unterwerfung Afghanistans ein.

Einen guten Überblick über die Lage in Afghanistan, aus der Sicht amerikanischer Politiker, Forscher und geladener Gäste – darunter auch Vertreter der Mudjahedin – gab eine Konferenz, die das State Department mit dem „Center For Afghanistan Studies" der Universität von Nebraska in Owabs abhielt.

Nach einhelliger Meinung der Experten wird der Krieg in Afghanistan nur ungenügend von den Medien wahrgenommen. Als eine der wenigen Zeitungen, die ein Redaktionsmitglied mehrmals in die Kampfzonen Afghanistans und in die Flüchtlingslager in Pakistan entsandt hat, wurde die WELT zu einem zweitägigen Seminar eingeladen und gerade auch zum Publicity-Aspekt der Afghanistan-Thematik befragt.

Amerikanische Kollegen vertraten die Ansicht, daß die Aufmerksamkeit Afghanistan betreffend wegen der „unentschiedenen" militärischen und politischen Lage weiter nachlassen werde. Anders als etwa in Vietnam, wo sich außer dem Kriegsgeschehen ein paralleles politisches Drama abspielte – der allmähliche Rückzug der USA aus ihrer vietnamesischen Verpflichtung –, böte die Sowjetunion keinen vergleichbaren Ansatzpunkt.

Ihr Einsatz in Afghanistan ist das genaue Gegenteil des amerikanischen Engagements in Vietnam: langfristig angelegt, unbelästigt durch freie öffentliche Meinung im eigenen Land, brutal bis zum Äußersten, nahezu unempfindlich gegenüber eigenen Verlusten und politisch unflexibel.

Zielstrebige Vergeltung

Nach vier Jahren zeichnet sich ungefähr das folgende Bild ab:

Die Sowjets haben etwa 17 000 bis 20 000 Mann ihrer Truppen in den Kämpfen verloren (zum Vergleich: die Verluste der USA in Vietnam, zwischen 1960 und 1975 beliefen sich auf etwa 58 000; an die hundert Rotarmisten befinden sich zur Zeit als Kriegsgefangene in den Händen der Freiheitskämpfer. Die Mudjahedin gehen immer erfolgreicher gegen Nachschub-Konvois über Land vor. Die Sowjets versuchen daher, den Krieg stärker als bisher aus der Luft zu führen. Das verspricht aber keinen raschen Erfolg, da die Mudjahedin zuletzt höhere Abschußerfolge gegenüber sowjetischen Hubschraubern erzielt haben.

Die Politik zielstrebiger Vergeltung – im Oktober wurde beispielsweise der Ort Istalaf nördlich von Kabul zu 40 Prozent dem Erdboden gleichgemacht – treibt immer mehr Bewohner vom Land in die Städte (falls sie nicht außer Landes fliehen). Dies ließ die Bevölkerung Kabuls von 600 000 Einwohnern vor dem Einmarsch auf heute 1,8 Millionen Einwohner hochschnellen. Dadurch entstehen beträchtliche Versorgungsprobleme; die Städte werden dadurch immer mehr von der Sowjetunion abhängig. Die wirtschaftlichen Kosten der Afghanistan-Invasion werden immer höher. Das Land zahlt zur Hälfte mit seiner besten Ressource: Erdgas.

Zur unmittelbaren Beeinflussung der Bevölkerung wählt Moskau einen altbekannten Weg: den Aufbau eines Sicherheits- und Geheimdienstes nach sowjetischem Muster. Der afghanische KHAD (Khadamati-i-Etal'at-i-Dolati) umfaßt heute etwa 20 000 Mitglieder, die zielstrebig durch Verbreitung von Terror und Angst die Kontrolle des Staatsapparats zu fördern versuchen.

Als hemmend beim Aufbau des Geheimdienstes wirkt sich der Konflikt zwischen den rivalisierenden Gruppierungen innerhalb der regierenden Kommunistischen Partei aus, der Khalq und der Parcham-Fraktion.

Das gleiche Problem belastet auch die Konsolidierung innerhalb der ohnehin schon stark dezimierten Führungsspitze der Armee. Hinzu kommt beim Militär der völlige Mißerfolg in der Rekrutierung neuer Mannschaften. Für jeden neu eingezogenen Afghanen – die Wehrpflicht-Gesetze wurden im August drakonisch verschärft – läuft wenigstens einer zu den Freiheitskämpfern über. Die Babrak-Karmel-hörige afghanische Armee umfaßt daher heute kaum mehr als 30 000 Mann; vor dem Einmarsch waren es 90 000 Mann.

Rücksicht auf Pakistan

Auf die Frage, ob die amerikanische Regierung die Waffenlieferung an die Freiheitskämpfer erhöhen – und verbessern – wird, antworten Verantwortliche in Washington ausweichend. Aus Rücksicht auf Pakistan ist nicht an eine entscheidende Erhöhung des amerikanischen Engagements gedacht. Diese Zurückhaltung hat auch mit der ungeklärten Führung des afghanischen Freiheitskampfes zu tun. Die einzelnen Gruppen, die von gemäßigten bis hin zu fundamentalistischen reichen, sind weiterhin zerstritten. Die Amerikaner aber wollen eine Einigung der Mudjahedin, die aus ihrer Bewegung selbst kommen muß.

Von Revolution wollen die Indios nichts wissen

Aber sie drohen Opfer von Machtkämpfen zu werden

G. FRIEDLÄNDER, Miami

Die Verwirrung um Bischof Schlaefer, der nicht, wie die Sandinisten in Managua behaupteten, von „Konterrevolutionären" ermordet worden ist, sondern mit Miskito-Indianern nach Honduras ging, weil ihm die Rückkehr in das Innere Nicaraguas versperrt gewesen sei, lenkt erneut die Aufmerksamkeit auf die oft vergessenen Indios.

Nicaraguas Miskitos, Sumos und Ramas (weniger als vier Prozent der Bevölkerung) zogen sich die Feindschaft der Sandinisten zu, weil ihre soziale Ordnung nicht in das Schema der marxistischen Utopien paßt. Guatemalas Indios (mehr als die Hälfte der Bevölkerung) werden von der Guerrilla tyrannisiert. Viele fliehen in das benachbarte Mexiko, um nicht Opfer im Kampf der Regierung gegen die Rebellen zu werden. Selbst die Menschenrechtler, für die die Leiden der Indios guten Propagandastoff liefern, sprechen von ihnen verallgemeinernd als „den Indios", als ob sie eine Einheit bilden.

In den meisten Ländern Lateinamerikas wurden sie ausgerottet, und dieser Prozeß ist immer noch im Gang. Selbst wo sie in so großer Zahl überleben konnten, daß sie wie in Bolivien (79 Prozent) oder Guatemala (55 Prozent) die Mehrheit der Bevölkerung blieben, wurden sie niemals in das Leben der sich langsam entwickelnden Nationen einbezogen und blieben weitgehend im Leben vergangener Jahrhunderte gefangen. In Kolumbien lehnte ein Richter noch vor zehn Jahren den Bericht eines Augenzeugen ab, der das Gemetzel weißer Siedler unter seinem Stamm mit angesehen hatte. Der Richter hielt sich an das damals noch nicht widerrufene Gesetz, daß ein nicht getaufter Indio nicht als Mensch galt und deshalb nicht als Zeuge auftreten konnte.

Sie bestellen oft ihre Felder noch mit dem hölzernen „ägyptischen Pflug", dem Teil eines Baumes, mit dem sie den Boden aufreißen. Victor Paz Estenssoro führte in seiner Regierungszeit selbst mit einem modernen Pflug den bolivianischen Hochlandindios im Zug der Landreform vor, wie sie durch moderne Bewirtschaftung ihrer Felder den Ackerbau lohnender machen könnten.

Das Mißtrauen der Indios gegenüber den Weißen ist nur schwer zu überwinden. Sie sind oft Alkohol oder Rauschgiften verfallen. Krankheiten, die in der städtischen Bevölkerung ihrer Länder ausgewurzelt wurden, richten unter ihnen immer noch verheerende Schäden an.

Die Anthropologen streiten über die Abstammung der Indios. Sie fanden irgendwann den Weg von Asien nach Amerika und entwickelten Hochkulturen, von denen Ruinen ihrer Bauten aus der Vergangenheit ebenso wie ihr Kunstgewerbe zeugen. Sie wurden von den Spaniern zerstört, einige waren allerdings schon früher untergegangen. Aber die verschiedenen Indiovölker haben nicht viel mehr als ihren Sammelnamen gemeinsam.

Guatemalas Indios scheinen die größten Verschiedenheiten untereinander aufzuweisen. Mit Sicherheit weiß niemand, wie viele verschiedene Sprachen und Dialekte von den Indios Guatemalas benutzt werden. Es sind mindestens 20. Die größte Gruppe sind die etwa eine Million „Quiche" sprechenden Indios. Sie schufen eines der großen religiösen Bücher des Subkontinentes, das Popul Vuh, ein ergebnislos gebliebener Versuch von ihrer Seite, Berührungspunkte mit den Spaniern zu finden. Trotz ihrer oft erzwungenen Taufe haben die Indios viel von der Religion ihrer Vorfahren in einer Art Untergrund erhalten.

Anthropologen sprechen von vier großen Familien der Indios: Mayas, Quiches und Caribes. Die vierte wartet noch auf einen Eigennamen. Zu diesen Familien gehören mindestens 21 verschiedene Gruppen, aber es können auch mehr sein.

Die größte Enttäuschung der Guerrilla in allen Ländern ist, daß sie die Indio-Bauern nirgens für ihre Sache gewinnen kann. Das tief eingewurzelte Mißtrauen und die Anhänglichkeit an ihre eigene soziale Ordnung führen dazu, daß sie sich von ihren angeblichen Befreiern eher mehr ausgebeutet fühlen als bisher. Sie stehen den Machtkämpfen ihrer Länder teilnahmslos gegenüber. (SAD)

Spaniens Privatschulen verlieren an Freiraum

Das Reformgesetz sichert dem Staat mehr Mitsprache

ROLF GÖRTZ, Madrid

Spaniens bürgerliche Parteien, Eltern und Schüler protestierten und demonstrierten gegen das neue Erziehungsgesetz, das inzwischen vom Parlament verabschiedet worden ist. Bezeichnend für die Erregung in der Bevölkerung war die Initiative von Carmen Alvear, einer Mutter von acht Kindern, die – wohl auch mit Unterstützung der Kirche – eine halbe Million Menschen in Madrid auf die Beine brachte.

Mit Hinweis auf Ministerpräsident Felipe González sagte Carmen Alvear: „Hier protestieren auch viele, die Ihnen ihre Stimme gaben, deshalb aber nicht auf das Recht verzichten wollen und können, ihre Kinder nach eigener Vorstellung zu erziehen und erziehen zu lassen."

Das neue Gesetz, das erst nach einem Urteil des angerufenen Verfassungsgerichtes in Kraft treten kann, bietet drei Typen von Schulen: staatliche, private und „konzertierte", worunter man praktisch den Übergang von Privatschulen auf staatliche Schulen zu verstehen hat. Ähnlich wie in Frankreich sind auch in Spanien die privaten Lehranstalten quantitativ und qualitativ den staatlichen überlegen, nicht zuletzt auch, weil sie dem Wettbewerb unterliegen. Die Inhaber der Privatschulen bestimmen – im Rahmen allgemein gültiger Richtlinien – die Schwerpunkte des Unterrichts. Da mehr als 90 Prozent der Spanier katholisch sind, orientiert sich nicht nur der Religionsunterricht an den Glaubensgrundsätzen. Das System machte es aber auch möglich, daß beispielsweise während der Franco-Ära sogar Kommunisten Inhaber von Schulen sein konnten.

Da private Anstalten zunehmend Zuschüsse vom Staat erhielten, stand die Auswahl der Schulen praktisch jeder Familie offen. Arme Schüler erreichten oft über die Jesuitenseminare Universitätsreife und eine entsprechende Weiterbildung. Dieses System, das vor allem der christlichen Erziehung den Boden sicherte, soll jetzt – wie in der zweiten Republik – geändert werden. Symbolisch verschwanden aus Klassenräumen und Korridoren staatlicher Schulen Christuskreuze und Marienbilder.

Das neue vom Erziehungsminister José Maria Maravall ausgearbeitete Erziehungsgesetz garantiert auch privaten Schulen die Fortsetzung staatlicher Finanzhilfe, verbunden allerdings mit einer alles ändernden Auflage: Über Lehrkräfte und Lehrpläne entscheidet nicht mehr der Schulträger, sondern der Mehrheitsbeschluß des „Schulrates", eine Art Parlament, das Träger, Lehrkörper, Eltern, Schüler und Verwaltung einschließt. Die Eltern fürchten nun, daß eine marxistische Indoktrinierung an den Universitäten und pädagogischen Anstalten schon in wenigen Jahren dazu führt, daß der besondere Charakter einzelner Schulen aufgehoben wird. Da den Schulträgern angesichts der allgemeinen Verteuerung und der steigenden Gehälter oft keine andere Wahl übrigbleibt, werden sich viele bisher private Schulen dem „konzertierten" System anschließen. Dies bedeutet auch eine stufenweise Entfernung von Nonnen aus den Schulen.

Übrig bleiben somit die wenigen Schulen, die sich selber finanzieren können. Das sind außer einigen kirchlichen Anstalten die Schulen der „Reichen". Die Selbstbestimmung der Eltern wird jetzt von ihrem Geldbeutel abhängig gemacht. Danach können sich in Zukunft nur noch wohlhabende Bürger die Schule ihrer Wahl für ihre Kinder aussuchen.

Die finanzielle Unsicherheit der Kirche erschwert die Situation, Spanien war bis vor wenigen Jahren ein katholischer Staat, der somit weitgehend auch für die Finanzierung der Kirche und der von ihr geförderten Schulen aufkam. Da es deshalb auch keine Kirchensteuer gibt, erwachsen der Kirche jetzt große Schwierigkeiten. Um dennoch eigene Schulen zu erhalten, sanken die Gehälter für Priester in den letzten Jahren unter das soziale Minimum. Ein Bischof verdient nicht mehr als ein Facharbeiter. Aber alle Sparmaßnahmen reichen trotz des hohen Kirchenvermögens nicht aus, die finanzielle Unabhängigkeit der Schulen zu garantieren. (SAD)

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Galilei und das Plagiat

„Auf Galileo Galilei fallen Schatten"; WELT vom 16. Dezember

Sehr geehrte Herren,

Galileo Galilei ist wieder mal dran, mit Student und Klauen und Schatten. Warum beginnt die Wissenschaft eigentlich nicht an den „Küsten des Lichts" (Aegäis)?

Dort wirkte der Astronom Aristarch von Samos (ca. 320 bis 250 vor Christus). Jedem halbwegs kompetenten Handlexikon kann man entnehmen, daß er als erster die Bewegung der Erde um die Sonne lehrte, also die heliozentrische Betrachtungsweise.

Zur Zeit des Hellenismus wurden in den geistigen Zentren die Werke der Philosophen, Historiker, Mathematiker und Astronomen gesammelt, gesichtet und weiterverbreitet. Die berühmte Bibliothek von Alexandria soll vor ihrer Zerstörung allein rund 700 000 Rollen besessen haben. – Bekanntlich wurden diese Arbeiten später von Mönchen der christlichen Klöster weitergeführt und gelangten somit auch nach Rom. Auf welch anderen Wegen sollten die Erkenntnisse des Aristarch sonst zu uns gelangt sein?

Zwischen ihm und Galilei liegen 1860 Jahre. Aber: Seit 1559 erstellte die Römische Kurie den Index. Ahnte G. G. womöglich, was sich dahinter verbarg, ist er dort (vielleicht durch Mittelsmänner?) auf die „Heliozentrik" des A. v. S. gestoßen? Das sind m. E. die Fragen, die ergründet werden müßten.– Ein schwieriges Unterfangen ...

Mit freundlichen Grüßen
A. Eckardt,
Meckenheim

*

Der hochgelehrte frühere Schüler Benedetto Castelli bat seinen Freund Galilei eines Tages, die Venus zu beobachten, denn „wenn die kopernikanische Weltordnung wahr ist, und ich halte sie für überaus wahr, dann muß Venus ... manchmal gehörnt und manchmal ungehörnt erscheinen ..." Das weiß man seit Jahrhunderten. Galilei machte sofort 14 Tage lang Beobachtungen, fand die Vermutung bestätigt und teilte Castelli mit, er beobachte das Phänomen schon seit drei Monaten.

Das aber stimmt nachweislich nicht, da seine Notierungen aus diesem Zeitraum von neueren Astronomen, z. B. Freiesleben, als falsch erwiesen wurden. Galilei hat nach 14tägiger richtiger Beobachtung einfach Vermutungen darüber angestellt, wie die Phasen demnach in den letzten Monaten abgelaufen sein müßten und hat sich dabei gründlich vertan.

Diesen Prioritätsschwindel mit seiner Spurenverwischung, eine damals allgemein übliche Ruhmsucht, habe ich in meinem im Frühjahr erschienenen „Galileo Galilei" durch minutiöse Quellenuntersuchung auf den S. 65–69 voll aufgeklärt. Allerdings mit dem notwendigen Zusatz, daß dieser Prioritäts-Trick nicht das mindeste an der Größe und Lebensleistung Galileis ändert. (Auch Descartes und Newton lassen sich nie in die Karten sehen, Newton erlebte von einem Mitarbeiter einen bitteren Angriff betr. Priorität.)

Übrigens hat der deutsche Astronom Simon Mayr kurz vor Galilei die Venusphasen entdeckt und brieflich Kepler informiert, der den Brief in seiner „Dioptrik" abdruckte; noch vor der Veröffentlichung Galileis.

Solche angeblich neu entdeckten „Schatten" auf Galilei sind alte Hüte. Das alles ist längst erledigte Wichtigtuerei. Noch dümmer sind neuerliche „Klärungen" von Kirchenhistorikern, die von den Quellen keine Ahnung haben und die Kirche in Sachen Galilei beraten wollen. Wenn die Kirche auf das dumme Zeug hört, wird sie sich ein zweitesmal lächerlich machen. Darauf warte ich mit gespitztem Griffel.

Rudolf Krämer-Badoni,
Wiesbaden

Zweierlei Schulen

„Leserbrief: Unterschied bei Professoren"; WELT vom 14. Dezember

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Ausführungen von Herrn Sieglitz zu den Unterschieden zwischen den an wissenschaftlichen Hochschulen und an Fachhochschulen ausgebildeten Ingenieuren bedürfen meines Erachtens der Ergänzung.

- Eingangsvoraussetzung für die Fachhochschule ist die Fachhochschulreife (=12 Schuljahre) und nicht die Fachschulreife. Es ist eine besonders in sogenannten Vollakademikerkreisen beliebte Art, Fachhochschulabsolventen verbal mit „Fachschulingenieur" abzuqualifizieren.
- Die Studienmindestdauer einschl. Abschlußarbeit beträgt an Technischen Hochschulen 9 Semester, an Fachhochschulen 7 Semester (wobei ein jeder wissen sollte, daß die Semesterferien an Fachhochschulen kürzer sind).
- In den letzten 10 Jahren wurde von den Fachhochschulen immer ein Praktikum von mindestens einem Jahr verlangt.

Auch inhaltlich sind die Studiengänge an TH und FH unterschiedlich, und sie sollen es auch sein. Hier der wissenschaftlich ausgebildete Hochschulabsolvent, dort der praxisorientiert ausgebildete Fachhochschulabsolvent. Wohl zwei Gründe haben den Gesetzgeber veranlaßt, beiden denselben Grad zu verleihen: die Anerkennung im Ausland und fehlendes Prestige der früheren Ingenieurschulabsolventen. Woran lag es, daß der Ing. grad. häufig als Ingenieur 2. Klasse angesehen wurde? Der Wissenschaftlichkeit wird eben höhere Kompetenz gegenüber dem Praxisbezug eingeräumt. Dieses Vorurteil gilt es zu überwinden.

Ebenso ist es an der Zeit, die beruflichen Chancen von Fachhochschulingenieuren z. B. im öffentlichen Dienst zu verbessern. Die dort vorhandenen „Kasten" gehobener und höherer Dienst muten einen wie Relikte aus längst vergangener absolutistischer Vorzeit an. Oder was soll man sonst zu der Regelung sagen, daß ein Fachhochschulingenieur mit 60 Jahren evtl. die Stufe (A13) erreicht, in der ein Hochschulingenieur mit 30 Jahren beginnt?

Es ist verständlich, wenn sich die TH-Absolventen im Abschluß unterscheiden wollen. Was ist aber mit den FH-Absolventen?

Mit freundlichen Grüßen
J. Krämer,
Schwerte

Hiermit beenden wir die Diskussion.
Die Redaktion.

Selbstverleugnung

„Genscher: Wir müssen Anschluß gewinnen an die USA und Japan"; WELT vom 14. Dezember

Wie wahr, wenn Genscher fordert, daß die Schule nicht zum idelogischen Ausbildungsplatz für politische Veränderungen werden dürfe. Nur: wenn die Wende in den Schulen beginnen und die Schule zu Toleranz, zu Leistungs- und Verantwortungsbereitschaft erziehen können soll, muß das Problem von der Schule an die Politiker, insbesondere in der Bildungspolitik zurückverwiesen werden.

Viele meiner Kolleginnen und Kollegen in den Schulen würden lieber ihre Kraft darauf verwenden, jungen Menschen wieder mehr Werte zu vermitteln anstatt zu verhindern, daß Schüler die ihnen von „fortschrittlichen" Bildungspolitikern und -ideologen zugestandenen – sprich aufoktroyierten – Freiheiten zu mißbrauchen. Neben den landauf, landab hinlänglich bekannten Tatsachen sei hier nur noch einmal beispielhaft erwähnt, daß 14jährige Schüler reihenweise auf ihr Recht pochen und sich vom Religionsunterricht abmelden.

Nicht alle Kollegen bringen noch die Kraft auf und nehmen die Herausforderung an, mit einer an Selbstverleugnung grenzenden Demütigung vor 15jährigen Schülern eine Vertretungsstunde Religion zwei Wochen vor Weihnachten zu erteilen, wie in diesen Tagen in meinem Erfahrungsbereich geschehen.

H. L. Becker,
Mönchengladbach

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Wort des Tages

„Das Menschenleben ist eine fortgehende Sache. Der Staatsmann wie der Bauer muß jeden Morgen die Erfahrungen von gestern sammeln, das Verbrauchte umwenden und erneuern; unsere Seele muß, wenn sie nicht verkommen will, jeden Tag ihre Wäsche wechseln."

Gottfried Keller, schweiz. Autor (1819–1890)

Personalien

VERÄNDERUNGEN

Der Bischof von Hildesheim, Dr. **Josef Homeyer**, ist für die Zeit bis 1986 zum Vertreter der Deutschen Bischofskonferenz im Rat der Europäischen Bischofskonferenzen ernannt worden. Dies hat der Ständige Rat der Deutschen Bischofskonferenz beschlossen. Dem Rat der Europäischen Bischofskonferenzen gehören Vertreter von 25 nationalen Konferenzen an.

*

Dr. rer. nat. habil. **Werner Klein** leitet jetzt die Hauptabteilung Ökologie des Fraunhofer-Instituts für Toxikologie und Aerosolforschung (ITA). Damit ist die fünfköpfige Institutsleitung des erweiterten Instituts in Hannover und Grafschaft vollzählig.

*

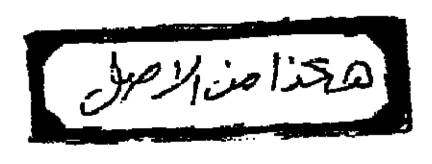
Herbert Matysik (61), Vorsitzender der dreiköpfigen Geschäftsführung der Deutschen Angestellten-Krankenkasse (DAK) und vormals Hauptgeschäftsführer, tritt nach über 18 Jahren an der Spitze der Kasse und nach über 45 Dienstjahren zu Jahresende in den Ruhestand. Zu seinem Nachfolger wurde vom Versichertenparlament **Thomas Sörensen** (45) gewählt.

*

Dr. **Harald Ganzinger**, Akademischer Rat am Institut für Informatik der TU München, wurde als Ordinarius auf den Lehrstuhl für „Übersetzer- und Programmiersysteme" der Universität Dortmund berufen.

*

Schwester **Maire Hickey**, seit 1974 Ordensfrau im Kloster Burg Dinklage, ist ab 1984 neue Äbtissin der Benediktinerinnen-Abtei. Sie löst Schwester **Agatha Rothert** ab, die sich wissenschaftlichen Aufgaben widmet.



Geschäfte mit Sehnsüchten und Ängsten: Die Folgen des Psychobooms

Im Dschungel der Seelenmasseure

So recht kennt sich eigentlich keiner mehr aus: Das Angebot des Psycho-Marktes wuchert so üppig, daß wohl nur die skurrilsten Sumpfblüten auffallen. Und es fing vor wenigen Jahren so harmlos an, als man noch mit einem Urschrei die aufgestauten Konflikte einem Psychotherapeuten entgegenbrüllen konnte oder sich in Gruppen-Meditationen nach einer schöneren, vor allem besseren Welt sehnte. Indische Gurus nutzten die abendländische Endzeitstimmung geschickt aus und lockten ganze Heerscharen vor allem junger Menschen, die mit der Rationalität gewachsener Strukturen nicht mehr zurechtkamen, in ihre Seelengemeinschaften.

Und das Geschäft blüht. Die Gründer der transzendentalen Meditation bieten tolldreist in Anzeigen ihr Know-how für den Weltfrieden an und meinen, alle Regierungen der Erde sollten sich unter den Schutz dieser inzwischen auch weltumspannenden Bewegung stellen. Aus psychologisch fundierten Lebenshilfe-Organisationen sind knallhart kalkulierende Sekten geworden, die die Sehnsucht vieler Jugendlicher nach Freundschaft, Verständnis und Liebe zur Profitmaximierung nutzen.

Inzwischen haben auch westliche Intellektuelle im großen Psycho-Geschäft mitzureden, nicht nur indische Gurus. Das bedeutet zwangsläufig, daß die Seelenmassage verwissenschaftlicht wurde. Gestalttherapeuten neben Verhaltenspsychologen, klassische Psychoanalysten neben „humanistischen Psychologen", Psychosomatiker neben klinischen Psychologen, Transpersonalisten und Hypnotiseure – wer kennt noch die Namen und vor allem: Wer kann Seriöses vom plumpen oder raffinierten Schwindel unterscheiden?

Bewußtseinserweiterung ist wohl das zugkräftigste Versprechen, das die verschiedenen Seelen-Klubs anbieten. Die Wege ins Paradies unterscheiden sich gewaltig. Traumreisen ins Vorgeburtliche, ins Jenseits, in eine kosmische Ur-Ordnung sollen es bringen. In jedem Fall gilt es, das Korsett unseres Arbeitsplatzes und Konsumdenkens rasch abzustreifen, um der Seele, dem Bewußtsein freien Lauf zu lassen.

Das Geschäft mit der Seele – III. Gemeinschaftsprogramm West/Nord, 20.15 Uhr

Eigentlich geht es um viel mehr als nur um Labsal für Großstadtneurotiker. Die neuen Psycho-Prediger sind dabei, eine heimlich-unheimliche Kulturrevolution anzuzetteln. Die gängigen Gesellschaftsideologien, das möchten sie uns einreden, haben versagt. Sie verschütten die Seelen der Menschen zu Wegwerfpaketen.

Wer aber gibt Orientierungshilfen für diesen Psycho-Dschungel? Die Werbesprüche aller Richtungen klingen gut, alle warten mit Experten auf, überall finden sich Psychologen und Ärzte. Wem kann man trauen, wo wird man nicht nur ausgenommen wie eine Weihnachtsgans? Fragen, mit denen sich bislang kaum jemand befaßt hat. Die Medien genießen voyeuristisch die Eskapaden in den verschiedenen Sekten-Festungen oder führen Jugendliche vor, die sich einer Sekte mit Haut und Haar verschrieben haben, um schließlich gebrochen, rauschgiftsüchtig und um den Verstand gebracht in die Arme einer völlig verstörten, weil doch schuldbewußten, Familie zu fallen.

Natürlich, die Kirchen kümmern sich um dieses Problem schon lange. Aber auch erfolgreich? Natürlich geben die Gesundheits- und Familienminister Aufklärungsbroschüren heraus. Was nützen sie? Und natürlich wettern die Ärzteverbände gegen irrlichternde Psychologen. Mehr als ein Revierkampf? Keinen Zweifel kann es daran geben, daß heute viele Menschen mit ihren Problemen nicht mehr zu Rande kommen. Aber wer ist der Ansprechpartner, wer führt gequälte Seelen und verführt sie nicht gleich?

Auf Inge Vohls und Karl Frankens Bericht über die Geschäfte des Psycho-Marktes darf man gespannt sein. Vielleicht liefert diese Dokumentation Anhaltspunkte für Hilfesuchende. Was nicht passieren sollte: ein Schaukampf der Wissenschaftler, die alle vorgeben, im Besitz der „einzig richtigen" Wahrheit zu sein, wie man sie so oft vorgesetzt bekommt. Eitle Gelehrtengeckigkeit wäre dem Thema nicht mehr angemessen. Die Probleme sind weitgehend bekannt, was not tut, ist Abhilfe oder zumindest Schutz vor den eloquenten Seelen-Gauklern. JOCHEN AUMILLER

KRITIK

Hunde-Halluzinationen

Der unermüdliche Herbert Reinecker hat dem „Liebespaar des Jahres", **Jakob und Adele** (ZDF), zu Weihnachten '83 wieder drei hübsche Episoden angedichtet, von denen die erste die hübscheste ist: Einem polternden Berliner Portier (vortrefflich: Manfred Krug) wird solange eingeredet, der bellende Hund, den er exmittieren will, sei eine krankhafte Halluzination, daß er schließlich überglücklich ist, ihn leibhaftig vor sich zu sehen, und keinen Einwand mehr erhebt.

Daß sich das Mustergreisenpaar nicht als Reklame-Spot für ein Vitaminpräparat vermarkten lassen will, ist auch noch einigermaßen plausibel. Vom Begriff der Tapferkeit handelt die dritte Geschichte, mit der sich der Autor für die enge Zeitspanne dann doch etwas zuviel vorgenommen hat. Der schneidige Oberleutnant vom Sommer 1942, der seinen zum Rolls-Royce-Besitzer avancierten Fahrer wiedertrifft, leugnet etwas zu edel seine Draufgängernatur von anno dazumal ab und erteilt dem feisten Erfolgsmenschen (etwas zu feist: Ernst Schröder) eine Abfuhr, indem er ihm in Gestalt eines querschnittgelähmten Monteurs ein Beispiel zivilen Mutes vorführt. Dem Regisseur Hans Jürgen Tögel gelang das berlinische Milieu bis in die letzten Kleinigkeiten, eine Labsal nach soviel Münchner Straßen, Villen und Autonummern auf deutschen Fernsehschirmen.

HELLMUT JAESRICH

STUDIO

Israel, die Palästinenser und wir Deutsche – unter diesem Titel steht die dritte gemeinsame Hörfunk/Fernseh-Programmwoche, die der Deutschlandfunk (DLF) und das Westdeutsche Fernsehen (WDF) veranstalten. Die Sendewoche wird eingeleitet mit einem Beitrag der WDF-Sendereihe „Auslandsstudio" am Sonntag, dem 8. Januar 1984, 21.00 Uhr. Höhepunkt des Programms wird eine große Debatte zum Thema der Woche sein, die am Montag, dem 9. Januar, 20.15 Uhr live vom WDF ausgestrahlt und im DLF zeitversetzt am 13. Januar ab 20.15 Uhr gesendet wird. Am Dienstag, dem 10. Januar, wird der DLF das Feature „Juden, Palästinenser und Deutsche" von Wolfgang Bergmann senden.





III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Jakob und Adele
11.10 So fing es an . . .
12.10 Report
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

14.35 Tagesschau
14.40 Der Zerrissene
Posse mit Gesang von Johann Nestroy
Mit Veit Relin, Maria Schell u. a.
Inszenierung: Veit Relin
16.10 Tagesschau
16.15 Unter dem Chapiteau
6. Zirkus in Moskau
17.00 Die Spielbude
Freizeit mit Gina Stephan
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Die Welt der Vicki Baum

Hell in Frauensee
Fernsehfilm von Manfred Bieler nach dem Roman von Vicki Baum
Mit Alan Jonas und Yolande Folliot u. a.
Regie: Wolfgang Panzer

WELT ● Videotext
täglich von 16 Uhr bis Sendeschluß (ARD und ZDF) unter den Nummern 601, 602, 603

21.50 Astrologie
Was sie verspricht und was sie hält
Dokumentation von Franz Stark
Nach dem Sekten- und dem Psycho-Boom überschwemmt seit einigen Jahren eine ausgesprochene „Astrologie-Welle" unser Land. Die Buchhandlungen verzeichnen auf dem Gebiet „Esoterik" die größten Zuwachsraten sowohl an Käufern wie an Publikationen. In den Tageszeitungen der Großstädte bieten immer mehr Astrologen gegen Honorar „Lebensberatung" an. Viele von ihnen sind beschäftigungslose Psychologen, die die Attraktivität der Astrologie entdeckt haben.
22.30 Tagesthemen
23.00 Der Tiger
Amerik. Spielfilm, 1950
Mit Humphrey Bogart, Zero Mostel u. a.
Regie: Bretaigne Windust
0.25 Tagesschau

ZDF

13.30 Wie der Grashüpfer zum Hofmusiker wurde
Chinesischer Zeichentrickfilm
13.50 Ben Hur
Amerik. Stummfilm, 1924/25
in zwei Teilen
1. Verrat und Verfolgung
Mit Ramon Novarro, Francis X. Bushman u. a.
Regie: Fred Niblo
15.05 heute
15.07 *Mathias Sandorf (2)*
2. Die Verschwörer auf der Flucht
Mit Istvan Bujtor, Amadeus August, Marie Christine Demarest, Jacques Breuer
16.35 Der singende Bambus
Über ungewöhnliche Musik, einen „Philippinischen Orff" und seine Kinder
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Anschl. heute-Schlagzeilen
17.55 Nesthäkchen
4. Annemaries erste Schulnoten
19.00 heute
19.30 Der Sport-Spiegel
Ein Riese unterwegs
Chinas „Langer Marsch" nach Olympia
„Unsere Statistik ist noch nicht soweit – und wenn Sie mich nach der Anzahl der Chinesen fragen, die Sport treiben, so kann ich nur schätzen. Also ich glaube . . . 300 Millionen treiben Sport, zumindest für die Gesundheit", sagt Li Menghua, der Sportminister Chinas.
20.25 ZDF Magazin
Berliner S-Bahn wieder auf Westkurs / Symbole des demokratischen Staates / Ist Bio-Nahrung wirklich gesünder?
Moderation: Gerhard Loewenthal
21.00 heute-journal
21.20 mittwochslotto – 7 aus 38
21.25 Der Denver-Clan
Der Tag vor der Hochzeit
22.10 Pfarrer Kuhn antwortet
22.40 Das ausgefallene Sport-Studio
Sport '83 mit Werner Schneyder
24.00 heute

Ramon Novarro spielt die Titelrolle in dem Stummfilm-Zweiteiler „Ben Hur" von 1924/26 (ZDF, 13.50 Uhr).
FOTO: ROHNERT

III.

WEST/NORD
18.00 Der Regenbogenprinz
Bildergeschichten und Zeichentrickfilme
18.30 Turnier der Schachgroßmeister (8)
Kindermann – Miles
Nur für West
19.00 Aktuelle Stunde
Nur für Nord
19.00 Wagner (6)
Gemeinschaftsprogramm
20.00 Tagesschau
20.15 Das Geschäft mit der Seele
Gefahren des Psychobooms
Bericht von Inge Vohl und Karl Franken
21.00 Unterhaltung '83
Ein Jahresrückblick auf die Entertainment-Szene
21.45 Wanderungen durch die „DDR"
Zwischen Rheinsberg und Neuruppin
Auf Fontanes Spuren
Von Olrik Breckoff,
22.30 Mord in Cotswold
Engl. Fernsehfilm von Tony Bicât
Mit Ian Richardson, Timothy Spall u. a.
23.30 Letzte Nachrichten

HESSEN
18.00 Marco
18.25 Ludwig
Die Kuckucksuhr
18.30 Ikonen in Deutschland (5)
Hessen
19.00 Sport '83 (5)
Leichtathletik
20.00 Tagesschau
20.15 *Auf du und du mit dem Stöckelschuh*
Von und mit Maren Kroymann
21.15 Drei aktuell
21.30 Die Herausforderung
Die Deutschen in Australien
22.15 Halbzeit
22.40 H. Fischer-Karwin präsentiert H. J. Kulenkampff

SÜDWEST
18.30 Gartengeschichte(n)
Ein chinesischer Garten für München
18.45 Briefmarken – nicht nur für Sammler
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm
19.25 Nachrichten
19.30 Kino oder Fernsehen
20.15 Unterhaltung '83
21.00 Bellissima
Italien. Spielfilm, 1951
22.50 Galerie des Jahres
Porträt des ungarischen Fotografen André Kertész

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Geschichte eines fehlgeschlagenen Feldzugs
Fernsehfilm nach Mark Twain
20.25 Meine Lieblingsgeschichte
20.45 Rundschau
21.00 Münchner Maler
Wilhelm von Kobell
21.45 Z. E. N.
21.50 Der Seeräuber
Amerik. Spielfilm, 1942
23.10 Rundschau

An Maos 90. Geburtstag taucht Hua Guofeng auf

Mausoleum nun Gedenkhalle für vier Revolutionsführer

Kl. Bonn

An den Pekinger Feierlichkeiten zum 90. Geburtstag des 1976 verstorbenen Staatsgründers Mao Zedong nahm auch Hua Guofeng teil, den Mao selbst zu seinem Nachfolger ernannt hatte. Dem heute einflußreichsten chinesischen Politiker Deng Xiaoping war es jedoch im Juli 1981 gelungen, Hua zu entmachten und ihm außer der Mitgliedschaft im Zentralkomitee der Partei alle Ämter zu nehmen.

Bei den Mao-Feiern ist auch erstmals seit dem Ende der „Kulturrevolution" Li Na, die einzige Tochter Mao Zedongs und seiner zu lebenslanger Haft verurteilten Frau Jiang Qing, wieder in der Öffentlichkeit aufgetreten. Li Na war zu Beginn der „Kulturrevolution" Chefredakteurin der „Jiefangjun Bao" (Zeitung der Volksbefreiungsarmee). Außer Li Na nannte das Parteiorgan „Volkszeitung" als Teilnehmer der Feiern noch weitere Mitglieder der Familie Maos: seinen Sohn aus zweiter Ehe, Mao Anyin, dessen Frau Shao Hua und deren Sohn Mao Qinyu. In Peking hatten sich hartnäckige Gerüchte gehalten, wonach die 40jährige Li Na seit der Verhaftung ihrer Mutter unter geistigen Störungen leide und in einer psychiatrischen Klinik untergebracht worden sei.

Im Mao-Mausoleum, das am 26. Dezember als Gedenkhalle für mehrere führende Politiker der Volksrepublik wiedereröffnet wurde, defilierten am Montag Deng Xiaoping, Parteichef Hu Yaobang, Ministerpräsident Zhao Ziyang und andere Persönlichkeiten an dem Kristallsarg mit dem Leichnam Maos vorüber. Die bisherigen Wartesäle neben dem Aufbahrungsraum sind in Ausstellungshallen für Mao selbst, den früheren Ministerpräsidenten Zhou Enlai, den ehemaligen Staatspräsidenten Liu Shaoqi und den prominenten Heerführer Marschall Zhu De umgewandelt worden.

Unmittelbar neben dem Raum für Mao Zedong liegt der Liu gewidmete Raum. Liu, der von Mao das Amt des Staatspräsidenten übernommen hatte, war dessen mächtigster Gegenspieler und wurde während der von Mao entfesselten „Kulturrevolution" im Gefängnis zu Tode gefoltert. Deng Xiaoping – er selbst fiel unter Mao zweimal in Ungnade – rehabilitierte Liu Shaoqi bereits kurz nach seiner endgültigen Rückkehr an die Macht.

In den Ausstellungsräumen fehlen die Fotos aller heute nicht genehmen Politiker, so Bilder des Verteidigungsministers Marschall Lin Biao, den Mao noch zu seinen Lebzeiten zum Nachfolger erkoren hatte, dessen Flugzeug dann aber angeblich nach einem Putsch gegen Mao auf der Flucht in die Sowjetunion über der Mongolischen Volksrepublik abgeschossen wurde. Man vermißt in der Gedenkhalle auch jeglichen Hinweis auf Maos Witwe Jiang Qing, die nach dessen Tod alle Macht in ihrer Hand zu konzentrieren versuchte und nun als Mitglied der sogenannten „Viererbande" lebenslang im Gefängnis sitzt.

Am Vorabend von Maos Geburtstag nannte Parteichef Hu Yaobang den Staatsgründer „Chinas größte Persönlichkeit des Jahrhunderts". Maos Leistungen seien „unsterblich", und seine Ideologie werde „ewig leuchten". Unter Anspielung auf die katastrophalen Folgen der „Kulturrevolution" (1966–76) und auf den nicht weniger verhängnisvollen „Großen Sprung" in der Wirtschaftspolitik nach 1957 meinte Hu jedoch, Mao habe „gegen Ende seines Lebens schwere Irrtümer begangen, die unsere Partei in große Schwierigkeiten brachte". Als Folge des „Großen Sprungs" waren mindestens zwölf Millionen Chinesen verhungert.

Sinkt 1984 die Zahl der Wehrdienstverweigerer?

Geißler weist auf neues Zivildienstgesetz hin

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Bundesjugendminister Heiner Geißler rechnet damit, daß die Zahl der Antragsteller für die Anerkennung als Verweigerer des Kriegsdienstes mit der Waffe aus Gewissensgründen im kommenden Jahr abnehmen wird. Am 1. Januar 1984 tritt für sie ein verändertes Recht in Kraft. Mit ihm entfällt, wie Geißler gestern vor Journalisten hervorhob, für alle ungedienten Wehrpflichtigen das bisherige mündliche Prüfungsverfahren vor einem Ausschuß des Kreiswehrersatzamtes. Auch die sogenannte „Gewissensprüfung" findet nicht mehr statt. Statt dessen wird der Zivildienst auf zwanzig Monate verlängert, so daß der anerkannte Verweigerer einen um ein Drittel längeren Dienst leisten muß als der wehrpflichtige Soldat, der den 15 Monate dauernden Grundwehrdienst absolviert.

Der Minister wies weiter darauf hin, daß über die Anerkennungsanträge künftig das Bundesamt für den Zivildienst in Köln entscheiden wird. Dabei habe das Bundesamt „von der Wahrheit der Angaben des Antragstellers auszugehen", so daß dessen vom Gewissen beeinflußte Motivation anders als früher nicht mehr in Frage steht. Voraussetzung für die Anerkennung ist lediglich, daß der Antragsteller sich in der Begründung seines Antrages auf einen Gewissensgrund im Sinne des Artikels 4, Absatz 3 des Grundgesetzes beruft und einen Lebenslauf sowie ein polizeiliches Führungszeugnis beibringt.

Zum Verhältnis von Wehrdienst und Zivildienst meinte der Minister, zwischen beiden gebe es kein verfassungsrechtlich geschütztes Wahlrecht. Vom Grundgesetz geschützt werde ausschließlich die Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen und damit „die intimste und letzte persönlich-moralische Instanz". Sie dürfe nicht politisch mißbraucht werden. Als konkretes Beispiel nannte Geißler einen Anarchisten. Dieser könne nicht für sich das Recht in Anspruch nehmen, den Waffendienst zu verweigern. Der Minister sagte weiter, es habe keinen Sinn, Soldaten und Zivildienstleistende gegeneinander „auszuspielen". Beide stünden in einem „verfassungsrechtlichen Zusammenhalt". Die Bundesrepublik Deutschland sei das einzige Land, in dem der Schutz des Gewissens Verfassungsrang habe. Dies hebe die Verfassungsordnung und mache sie verteidigungswert. Dies werde aber erst durch diejenigen möglich, die ihren Dienst in den Streitkräften leisteten.

Der Jugendminister gab einen eingehenden Bericht über die Verwaltungsvorbereitungen zur Umsetzung des von der CDU/CSU-FDP-Koalition verabschiedeten neuen Rechts zum Zivildienst. Auch künftig werden sich die Plätze im Zivildienst auf den sozialen Bereich konzentrieren und damit der Betreuung und Pflege von Alten, Kranken und Behinderten gewidmet sein. Zusätzlich sollen aber rund zehn bis 15 Prozent der Gesamtzahl der Plätze, die bis 1987 auf rund 80 000 gesteigert werden soll, in den Bereichen Umwelt- und Landschaftsschutz sowie beim Technischen Hilfswerk hinzukommen. Die Träger für sie werden die Bundesländer und Gemeinden sein.

Von den heute vorhandenen 53 000 Dienstplätzen sind nach Angaben Geißlers nur 40 000 besetzt. Dennoch ist die Steigerung der Zahl auf 80 000 nötig, weil knapp hunderttausend anerkannte Kriegsdienstverweigerer nach altem Recht ihren Dienst noch leisten müssen. Dieser „Überhang" soll mit Hilfe der erhöhten Zahl in den nächsten Jahren schrittweise abgebaut werden.

GALOPP / Lutz Mäder wurde zum dritten Mal Champion-Jockey

Vergangenheit abgehakt – jetzt läßt er lieber Siege sprechen

KLAUS GÖNTZSCHE, Köln

Lutz Mäder, 32 Jahre alt, in Langhennersdorf im Erzgebirge geboren, wird nach 1979 und 1980 zum dritten Mal Champion der deutschen Jokkeys. Nach seinen zwei Erfolgen am 26. Dezember auf dem Raffelberg in Mülheim (Ruhr) hat er insgesamt vier Siege Vorsprung vor Titelverteidiger Manfred Hofer (28), der 88 Rennen gewonnen hat, Mäder schaffte 92 Siege. Da Lutz Mäder am Silvester-Renntag in Neuss auch noch vier chancenreiche Ritte hat, ist die Jokkey-Meisterschaft 1983 praktisch entschieden.

Daß es überhaupt noch einmal Zweifel am erneuten Championat von Lutz Mäder gab, lag an einem Rennen am 23. November 1983 in Köln. Mäder vergab dort mit dem 10:10-Favoriten Wonder Star leichtfertig einen Sieg und wurde für drei Renntage gesperrt. Manfred Hofers Ehrgeiz wurde noch einmal angestachelt. Mäder mußte tatenlos zusehen, wie der gelernte Goldschmied aus Kärnten immer näher kam.

Die Lebensgeschichte des Lutz Mäder ist ganz eng mit seinen Erlebnissen in der „DDR" verbunden. Am liebsten schweigt er sich aber über dieses Thema aus. Wenn schon unumgänglich, dann so kurz wie möglich: 1974 kam Mäder in die Bundesrepublik. Beim zweiten Versuch, denn beim erstenmal wurde er gefaßt, als er durch die Donau nach Jugoslawien schwimmen wollte. Neun Monate Gefängnis in Cottbus folgten. Auch Ehefrau Erika verbrachte ein Jahr in Haft. Sie hatte vergeblich versucht, im Kofferraum des Autos eines Fluchthelfers über die deutsch-deutsche Grenze zu kommen. Am 8. Juni 1975 klappte es dann.

Lutz Mäder hat sich vor drei Jahren bei einem Empfang nach einem Renntag in Hannover im Casino am Maschsee mit dem damaligen Minister für innerdeutsche Beziehungen, Egon Franke (SPD), eingehend unterhalten. Mäder möchte gern seine Heimat häufiger besuchen. Vor drei Jahren durfte er zur Beerdigung seines Jockey-Kollegen Klaus Otto einreisen, die letzten Anträge wurden stets abgelehnt. Derzeit ist die Krankheit der Großmutter das Hauptmotiv, wieder einmal in die „DDR" fahren zu wollen. Zur Mäder-Familie zählen neben Ehefrau Erika (die auch 43 Rennen im Sattel gewann) die Söhne Michael und Mike. Der fünfjährige Mike muß im Herbst 1984 noch einmal in einer Londoner Spezialklinik am Herzen operiert werden.

Lutz Mäder ist einer der wenigen Sportler aus dem anderen Teil Deutschlands, deren Karriere nach der Übersiedlung eine ausschließlich positive Wende nahm. Er ist auch nicht der einzige Jockey, der kam. Aber der ehemalige „DDR"-Champion Klaus Neuhaus ist heute ebenso in einem anderen Bereich tätig wie der Hindernis-Jockey Bernd Theophil.

Mäder gehört dagegen zu den wenigen Etablierten der deutschen Jokkey-Gilde. Er ist am Stall des Spitzentrainers Hein Bollow in Köln-Weidenpesch engagiert, hier sind Erfolge per Garantieschein vorgegeben. Bollow, der wohl populärste Aktive des deutschen Galopp-Rennsports, ist zwar nach Mißerfolgen oft aufbrausend, aber seine schlechte Laune ist dann ebensoschnell wieder verflogen. Mäder kennt Bollows Eigenarten, aber er weiß auch zu genau, daß er damit zu leben hat, wenn er vom Erfolg Bollows profitieren will. So zog sich Lutz Mäder auch relativ schnell aus dem Sprechertrio des Jockey-Clubs zurück, den Stellenwert der Reiter innerhalb des rennsportlichen Gefüges zu verbessern. Ein paar einflußreiche Besitzer (und wohl auch Bollow) hatten ihren Unmut über die Jockey-Initiative geäußert.

Aus dem Stall von Hein Bollow kam dann auch das mit Abstand beste Pferd Lutz Mäders: Nebos. Mit ihm hat er fast alle großen Rennen in Deutschland gewonnen. Nur zwei Einschränkungen müssen gemacht werden: das Deutsche Derby 1979 in Hamburg und der Aral-Pokal in Gelsenkirchen. Das Derby verlor er gegen Königsstuhl. Auch deshalb, weil Lutz Mäder im Endkampf alles hinwarf, ohne Verstand, nur noch mit Verzweiflung ritt. Mäder heute: „Jetzt würde ich auf eigene Kappe eine andere Taktik wählen. Königsstuhl war unterwegs zu weit weg. Ich sehe ein, daß mein Endkampf sehr hektisch geritten war." Auch in der Siegerliste des Aral-Pokals fehlt der Name Nebos. 1980 trat er als 11:10-Favorit an, verlor aber um Nasenspitze gegen Wauthi. Mäder verlor 250 m vor dem Ziel, die Niederlage vor Augen, die Nerven. Er versetzte Wauthi einen Peitschenhieb und wurde deshalb drei Wochen gesperrt.

Nun ist er deshalb kein Flegel im Rennsattel. Zweimal wurde er auch selbst das Opfer spektakulärer Fouls: 1975 zog sich Peter Remmert in Gelsenkirchen an der Satteldecke des Mäder-Pferdes Compte Lionel ins Ziel. Im Endkampf um das Championat 1979 drängte Georg Bocskai eingangs der Neusser Zielgeraden den Kollegen Mäder an die Außenseite.

Seoul: Begrenzte Kontakte mit den Sowjets

AP, Seoul

Südkorea will im kommenden Jahr wieder begrenzte Kontakte mit der Sowjetunion aufnehmen, wie Beamte des Außenministeriums in Seoul gestern mitteilten. Die Gewährsleute, die um Wahrung ihrer Anonymität baten, räumten ein, daß es noch Probleme wegen der geforderten Entschädigung für den Abschuß eines südkoreanischen Verkehrsflugzeuges durch sowjetische Jagdflugzeuge gebe. Ein ranghoher Beamter sagte jedoch, nichtpolitische Kontakte mit der Sowjetunion würden allmählich wiederaufgenommen.

Sükorea, das keine diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion unterhält, hat seit dem Flugzeugzwischenfall internationale Treffen in der Sowjetunion boykottiert. Der Gewährsmann betonte, an der grundlegenden Politik der südkoreanischen Regierung gegenüber der Sowjetunion habe sich nichts geändert. Es sei wünschenswert, unpolitische Kontakte von der Frage der Regelung des Luftzwischenfalls getrennt zu halten. Die Regierung werde weiterhin auf eine Entschuldigung und auf Entschädigungsleistungen seitens Moskaus dringen.

Genscher ins Wirtschaftsressort?

● Fortsetzung von Seite 1

logiepolitik in den Mittelpunkt ihrer künftigen Arbeit stellen.

Die Gesprächspartner der WELT bezeichneten die Planungen für das Revirement als perspektivisch und als nicht abgeschlossen. Es handelt sich um eine Eventual-Strategie, die für die Freien Demokraten den Rang einer Pflicht-Überlegung angenommen hat. Der Parteivorsitzende und die Führungsgremien der FDP sind von der Unschuld Lambsdorffs in der Flick-Spendenangelegenheit nach wie vor voll überzeugt. Es steht jedoch in den Sternen, ob das Bonner Landgericht nach dem Studium der Anklageschrift, dem Studium der Gegenanträge von Lambsdorffs Verteidiger Egon Müller und der anschließenden Stellungnahme der Staatsanwaltschaft die Hauptverhandlung gegen den Minister eröffnet oder nicht. Würde sie eröffnet, müßte der Minister entsprechend den Grenzen, die Bundeskanzler Kohl gesetzt hat, den Hut nehmen.

Im März finden in Baden-Württemberg Landtagswahlen und in Bayern Kommunalwahlen statt. Für den 17. Juni sind die Europa-Wahlen anberaumt. Die Freien Demokraten sehen in einem guten Abschneiden bei diesen Wahlen ein wichtiges Kriterium für die Überlebensfähigkeit ihrer Partei. Sie sind deshalb intern entschlossen, eine überzeugende Repräsentation im Bundeskabinett aufzubieten, sollte der Abschied Lambsdorffs vom Amt aufgrund der Entscheidung des Bonner Landgerichts unabwendbar werden.

Helmut Schäfer (FDP)
FOTO: JUPP DARCHINGER

Dollinger spendet der Koalition gedämpftes Lob

dpa, Fürth

Einen „insgesamt positiven Eindruck" hat Bundesverkehrsminister Werner Dollinger von der Arbeit der Bonner Regierungskoalition. Einschränkend meinte Dollinger, der auch stellvertretender CSU-Vorsitzender ist, vor Journalisten in Fürth: „Man soll nicht so tun, als wenn alles schon in Ordnung wäre." Es sei zu berücksichtigen, daß in einer Koalition nicht alle eigenen Vorstellungen durchgesetzt werden können. Zur Frage, ob der CSU-Vorsitzende Strauß einen Platz innerhalb der Bundesregierung einnehmen soll, sagte Dollinger, Strauß habe mit ihm darüber seit längerem nicht mehr gesprochen.

Bei der Bundesbahn gehe es ohne Aus- und Neubaustrecken nicht weiter, betonte Dollinger. Reisegeschwindigkeiten von etwa 120 Kilometern, wie sie gegenwärtig die Intercity-Züge ermöglichten, entsprächen nicht einer modernen Bahn. In finanzieller Hinsicht müsse ein „klarer Strich" gezogen werden. 1983 seien 11 000 Posten nicht neu besetzt worden. In der Personalplanung sei es entscheidend, auf Dauer nicht mehr Leute als nötig zu beschäftigen.

FUSSBALL / Magath auf dem fünften Platz

Michel Platini – erst 1984 soll sein großes Jahr werden

sid, Paris

Wie reich oder – besser – wie arm ist der internationale Fußball geworden? Diese Frage ist durchaus keine Beleidigung für Michel Platini, „Europas Fußballer des Jahres" 1983, denn der schwarzgelockte Franzose zählt fraglos zum immer seltener werdenden Typus der kreativen und zuweilen genialen Fußballspieler. Doch Michel Platini gewann die von „France Football" durchgeführte Abstimmunqg obwohl er 1983 nur den italienischen Pokal gewann, ansonsten aber mit Juventus Turin in der Meisterschaft scheiterte.

Besonders am 25. Mai wurde Platini als Verlierer gehandelt, denn während er selbst im Endspiel von Athen im Schatten seines Sonderbewachers Wolfgang Rolff stand, wurde Hamburgs Spielmacher Felix Magath nicht nur wegen seines entscheidenden Tores beim 1:0-Sieg zum absoluten Superstar. „Es ist wohl mein Schicksal, nie einen großen Titel gewinnen zu können", klagte der 28jährige. Und als Platini sich in den Katakomben des Olympiastadions so enttäuscht äußerte, wollten einige Beobachter sogar ein paar Tränen in seinen Augenwinkeln entdeckt haben.

Michel Platini mag spüren, daß er keineswegs als unumschränkter Herrscher gelten kann. „1984 soll mein großes Jahr werden", lautet sein spontaner Ausblick nach der Wahl, „da will ich mit Juventus Turin italienischer Meister und mit der französischen Nationalelf Europameister werden." Er selbst hält die Abstimmung allerdings für „gerecht" und führt zwei Indizien an: „In Italien hätte man es als Skandal empfunden, wenn ich nicht gewählt worden wäre. Und Hansi Müller hat mir kürzlich versichert, ich würde viel effektiver spielen als Zico und Falcao, die auch in Italien unter Vertrag stehen. Insofern war ich von der Wahl auch nicht überrascht."

Im Sommer läuft sein hochdotierter Vertrag aus, ursprünglich wollte er dann in die USA wechseln. Doch Turin will ihn halten, und auch in der französischen Nationalelf soll er bis zur WM 1986 in Mexiko bleiben. Da viele Werbeverträge mit dem Trikolore-Team gekoppelt sind, wird die EM im eigenen Land wohl noch nicht den Abschluß der internationalen Karriere bilden.

Auch bei der EM-Endrunde wird Michel Platini wieder jeden Morgen eine eigene Rundfunksendung moderieren – das hat im radsportbegeisterten Frankreich nicht einmal Bernard Hinault geschafft.

Das Ergebnis der Wahl: 1. Platini (Juventus Turin) 110 Punkte, 2. Dalglish (Liverpool) 26, 3. Simonsen (Vejle BK) 25, 4. Strachan (Aberdeen) 24, 5. Magath (Hamburg) 20, 6. Dassajew (Spartak Moskau), Pfaff (Bayern München) je 15, 8. Olsen (Ajax Amsterdam), Rummenigge (München) je 14, 10. Robson (Manchester United) 13.

NACHRICHTEN

Entscheidung heute

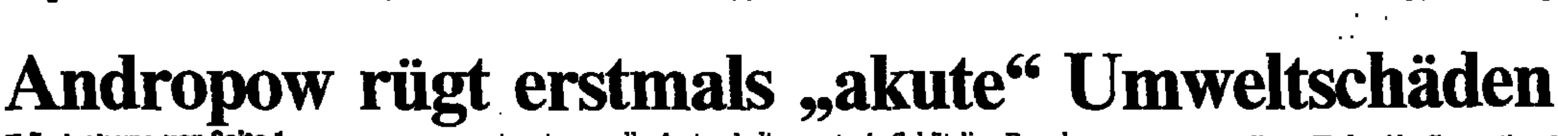
Nürnberg (sid) – Der abstiegsbedrohte Fußball-Bundesligaklub 1. FC Nürnberg will heute den Nachfolger des entlassenen Trainers Rudi Kröner vorstellen. Die Entscheidung fällt zwischen Heinz Höher und dem früheren Bayern-Trainer Pal Csernai, der beim griechischen Erstligaklub PAOK Saloniki noch bis Sommer 1984 unter Vertrag steht.

Gießen entließ Trainer

Düsseldorf (sid) – Der Basketball-Bundesligaklub MTV Gießen hat seinen Trainer Hannes Neumann nach sieben Niederlagen in Folge entlassen. Nachfolger wurde der ehemalige Nationalspieler Klaus Jungnickel.

Becker zweimal Zweiter

Miami Beach (sid) – Der 16 Jahre alte Boris Becker (Leimen) gewann beim „Orange Bowl"-Turnier, der inoffiziellen Weltmeisterschaft der Tennis-Junioren, in Miami Beach in Florida zweimal die Vize-Weltmeisterschaft. Nach seiner Niederlage im Einzel verlor er mit François Errard (Frankreich) auch das Finale im Doppel.



Andropow rügt erstmals „akute" Umweltschäden

■ Fortsetzung von Seite 1

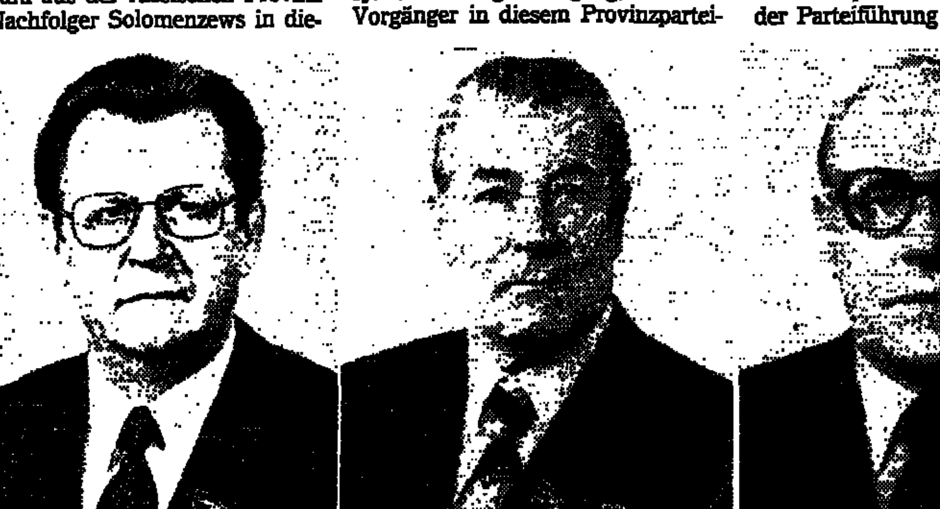
rücken, so daß es jetzt wieder aus 13 Mitgliedern besteht. Der eine, Michail Solomenzew, mußte volle zwölf Jahre im Wartestand verbringen, weil ihn Breschnew nicht noch weiter aufsteigen lassen wollte. Als zweiter Parteisekretär der Sowjetrepublik Kasachstan war er zu Beginn der sechziger Jahre in Rivalitätskämpfe verwickelt, die damals noch zu Lasten Breschnews gingen. Doch wurde er 1971 sogar Regierungschef der dominierenden Russischen Sowjetrepublik. Aber erst Andropow berief ihn in ein hohes Parteiamt: Im Juni übertrug er ihm die Leitung der wichtigen Parteikontrollkommission.

Der Aufstieg des 57jährigen Witalij Worotnikow zum Vollmitglied des Politbüros kam überraschend früh, wie schon seine Beförderung zum Regierungschef der Russischen Sowjetrepublik. Worotnikow war erst im Juni aus der russischen Provinz als Nachfolger Solomenzews in dieses verantwortungsvolle Amt geholt und dabei auch zum Kandidaten des Politbüros gemacht worden. Nun gehört auch Worotnikow zum obersten Führungskreis der Partei.

An seinem Karriereverlauf zeigt sich am deutlichsten, daß Parteichef Andropow seinen früheren Rivalen Tschernenko weiterhin politisch zu schwächen vermag: Worotnikow mußte 1979, als Tschernenko seine Machtposition als enger Vertrauter Breschnews voll zur Geltung brachte, seinen Posten als Stellvertretender Ministerpräsident der Russischen Sowjetrepublik räumen und geriet als Botschafter in Kuba auf das politische Abstellgleis. Aber im Sommer 1982, noch zu Lebzeiten Breschnews, sorgte der bereits um die Nachfolge kämpfende Andropow dafür, daß Worotnikow zurückkehren und die Parteileitung im Gebiet von Krasnodar übernehmen konnte. Das war ein symbolträchtiger Vorgang, denn der Vorgänger in diesem Provinzparteiamt, ein Schützling Breschnews, war zuvor auf Betreiben Andropows wegen Korruption entfernt worden. Westliche Diplomaten sehen in Worotnikow neben den Politbüromitgliedern Michail Gorbatschow, Grigorij Romanow und Geidar Alijew einen der möglichen Nachfolger des erkrankten Andropows.

Die dritte Beförderung, die von der Plenarsitzung des Zentralkomitees ausgesprochen wurde, hat gleichfalls einen Andropow-Schützling aufgewertet: Jegor Ligatschow war, nachdem er 18 Jahre als Gebietsparteichef von Tomsk in der Provinz verbracht hatte, im Juni zum Leiter einer der einflußreichsten Abteilungen des Zentralkomitees berufen worden. Offiziell ziemlich nichtssagend als Abteilung für „organisatorische Parteiarbeit bezeichnet, hält sie die gesamte Personalpolitik der Partei in der Hand und wurde deshalb schon einmal fast poetisch „Hirn und Herz" der Parteiführung genannt. Als Leiter dieser Kader-Abteilung stieg der 63jährige Ligatschow jetzt zu einem von zehn ZK-Sekretären auf. Sie bilden eine Art Überregierung der Partei im Sowjetstaat und sorgen dafür, daß die Entscheidungen des Politbüros in praktische Politik umgesetzt werden.

Schließlich ist der Chef des Staatssicherheitsdienstes KGB, der 60jährige Wiktor Tschebrikow, in den Rang eines Politbüro-Kandidaten erhoben worden. Andropow, selbst langjähriger KGB-Chef, hatte mit ihm schon seit 1967 eng zusammengearbeitet und verspricht sich von ihm eine wirksame Fortsetzung des geheimdienstlichen Überwachungs- und Säuberungskurses, den er selbst so erfolgreich praktiziert hat. Tschebrikows nun erlangte hohe Parteiposition unterstreicht den anhaltenden politischen Einfluß des Sicherheitsapparates einschließlich seiner militärischen Komponente im Sowjetstaat.









W. I. Worotnikow FOTO: CAMERA-PRESS

M. S. Solomenzew FOTO: DPA

V. M. Tschebrikow FOTO: DPA

J. K. Ligatschow FOTO: AP

TENNIS

Australien führt mit 2:1

dpa, Melbourne

Auf den Tag genau drei Monate nach dem Segel-Triumph im America's Cup bereiten sich die australischen Sportfans auf die nächste große Feier vor: den 25. Sieg im Daviscup. Den Grundstein dafür legte am Dienstag in Melbourne das Doppel Paul McNamee und Mark Edmondson durch ein 6:4, 6:4, 6:2 über die Schweden Anders Jarryd und Hans Simonsson. Im 72. Daviscup-Finale führen die Australier nun mit 2:1 gegen die favorisierten Schweden.

Die Entscheidung fällt heute in den beiden letzten Einzeln zwischen Pat Cash und Joakim Nyström sowie John Fitzgerald und Mats Wilander.

Die knapp 14 000 Zuschauer im „Kooyong Stadium" bejubelten bei Temperaturen um 37 Grad Celsius eine Glanzleistung ihrer 29 Jahre alten Landsleute: Der ehemalige Gebäudereiniger Mark Edmondson war der ruhende Pol, Paul McNamee der clevere Taktiker. McNamee: „Man wartet seine ganze Karriere lang auf ein Daviscup-Endspiel. Das war das Spiel unseres Lebens, besser geht es einfach nicht mehr." Der bullig wirkende Edmondson vertraut auf die Kampfkraft seiner Teamkollegen: „Wir haben unsere Arbeit getan. Die beiden anderen werden sie auch gut tun."

STAND ● PUNKT

Umdenken

Alle Jahre wieder rutscht der Kölner EC auf dem rutschigen Eis der Eishockey-Bundesliga aus, fällt unsanft auf die Nase. Doch diejenigen, die Schmerzen verspüren müßten, werden nicht klug. In Köln versuchen sie es immer wieder nach dem gleichen Strickmuster: Kaufe dir für viel Geld eine Mannschaft zusammen, dann kann am Ende nur die Meisterschaft herausspringen. Die Rechnung ging nie auf, der Nasenstüber folgte so sicher wie die Meisterschaft nach Bayern ging.

Mit dem CSSR-Trainer Jozef Golonka besitzen die Kölner einen Trainer, dem eine harte Hand nachgesagt wird. Was er aber auch macht, die Spieler scheinen es nur als Samtpfötchen zu empfinden. Jetzt haben sie gegen Iserlohn mit Hängen und Würgen nur 3:3 gespielt. Dem Trainer platzte der Kragen: „Wir befinden uns in der Nähe einer Katastrophe. Ich ziehe Konsequenzen, und die werden schmerzhaft sein."

Wenn er es nur endlich täte, damit den satten Stars mal der Hintern weh tut vom ständigen Sitzen auf der harten Bank. So etwas kann nicht mit einer einmaligen Angelegenheit abgeschlossen sein. Vielleicht merken dann einige, worum es geht.

Die Zeit für den Vorstand ist ohnehin längst gekommen, um einmal umzudenken. Ein Blick nach Bayern kann nicht schaden.

ZAHLEN

LEICHTATHLETIK

Silvesterlauf von Zürich, Herren, 8 km: 1. Deleze (Schweiz) 23:22,19 Std., 2. Herle (Deutschland) 23:34,96, 3. Knight (England) 23:49,59, 4. Wessinghage 23:53,16, ... 6. Eckert 23:59,54, ... 8. Zahn (alle Deutschland) 24:04,06. – **Damen:** 1. Teske 26:32,75, 2. Wessinghage (beide Deutschland) 27:05,45, 3. Buerki (Schweiz) 27:49,58, 4. Michalek (Deutschland) 28:12,17.

FUSSBALL

Erste englische Division, 19. Spieltag: Birmingham – Nottingham 1:2, Coventry – Manchester United 1:1, Everton – Sunderland 0:0, Ipswich – Wolverhampton 3:1, Leicester – Queens Park 2:1, Notts – Louton 0:3, Stoke – Norwich 2:0, Tottenham – Arsenal 2:4, Watford – Aston 3:2, Bromwich – Liverpool 1:2, West Ham – Southampton 0:1. – **Tabellenspitze:** 1. Liverpool 33:14 Tore/40 Punkte, 2. Manchester United 35:20/37, 3. Luton 36:27/35, 4. Southampton 21:14/34.

TENNIS

72. Daviscup-Finale in Melbourne: Australien – Schweden 2:1, – Doppel: McNamee/Edmondson – Jarryd/Simonsson 6:4, 6:4, 6:2.

EISHOCKEY

Bundesliga, vorgezogene Spiele vom 30. Spieltag: Köln – Iserlohn 3:3, Rießersee – Kaufbeuren 1:6.

1. Mannheim	30	19	3	8	152:88	41:19
2. Landshut	32	19	3	10	144:98	41:23
3. Rosenheim	30	16	8	6	119:96	40:20
4. Kölner EC	30	16	5	9	122:98	37:23
5. Schwenn.	31	14	4	13	108:92	32:30
6. Kaufbeuren	30	12	5	13	118:134	29:31
7. Freiburg	30	12	5	13	94:116	29:31
8. Iserlohn	31	9	4	18	97:114	22:40
9. Düsseldorf	29	8	3	18	80:131	19:39
10. Rießersee	31	6	2	23	89:165	14:48

Europapokal der Landesmeister, Hinspiel, 3. Runde: Dynamo Ost-Berlin – Helsinki 7:3.

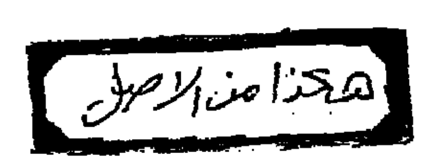
Junioren-Weltmeisterschaft in Schweden, zweiter Spieltag: Deutschland – UdSSR 1:9, Finnland – CSSR 8:7, USA – Kanada 2:5, Schweden – Schweiz 5:2. – **Tabellenspitze:** 1. UdSSR 23:4/4:0, 2. Schweden 9:4/4:0, 3. Finnland 12:9/4:0, ... 7. Deutschland 2:15/0:4.

„Spengler-Cup" in Davos: Schwenningen – Davos 4:8.

GEWINNZAHLEN

Toto, Elferwette: 0, 0, 1, 2, 2, 2, 0, 0, 2, 1, 2. – **Auswahlwette „6 aus 45":** 1, 2, 20, 33, 37, 43, Zusatzspiel: 28. – **Rennquintett:** Rennen A: 12, 14, 8. – Rennen B: 28, 30, 34.

(Ohne Gewähr)



Dienst am Feiertag

kr. – Ein geruhsames Weihnachtsfest beging auch die Deutsche Lufthansa. Der Fluggast, der am 1. Weihnachtsfeiertag von München nach Köln zu gelangen hatte, war mit einem Ticket nach Düsseldorf ausgestattet, denn die Hansa mied an dem Feiertag die Landebahn Wahn. Die Frage des Gastes an einem Münchner Schalter, ob denn vielleicht von Frankfurt aus eine Maschine Wahn anfliege, wurde mit dem Hinweis beschieden, der Computer arbeite heute nicht.

Wer Computer hat, ist ohne Computer nichts. Daher gelang es dem Gast auch nicht zu erfahren, ob der berühmte gelbe Lufthansa-Zug von Frankfurt aus sich in die Rheinlande bewege. Was die normalen Zugverbindungen von Düsseldorf nach Köln angehe, müsse der Gast sich im Reisebüro „drüben, hinter der Ecke" kundig machen. Dort aber stand der Gast vor verschlossenen Türen.

Die vom Lufthansa-Personal beschaffte Telefonnummer des Düsseldorfer Flughafens, wo ein Leihwagen angemietet werden sollte, erwies sich bei Anruf aus der Zelle als falsch. Nach Bemühung der Auskunft endlich mit Düsseldorf verbunden, erklärte die dortige Stewardeß, die Verbindung zu einer Leihwagenfirma sei wegen der widrigen Feiertagsumstände nicht herstellbar. Durch die Friedensermahnungen des Jahres innerlich ruhiggestellt, begab sich der Gast daraufhin zur Abflughalle Inland. Bis ein Polizist ihn fragte, worauf er eigentlich warte, heute werde hier doch nicht abgefertigt.

Der Gast dankte für den amtlichen Hinweis und begab sich in die Auslandshalle zur Inlandsabfertigung. Sein Übergepäck wurde nicht registriert. Da es beim Gast vor ihm aber registriert worden war, führte er sein Glück nicht auf Geschenklaune der Lufthansa zurück.

Schlimm

adh. – Die vielbeklagte Versicherungsmentalität ist um eine Nuance reicher geworden: Die in vielen Fällen zu Recht und hilfreich aktiv gewordene „Interessen- und Schutzgemeinschaft unterhaltspflichtiger Väter und Mütter" in München ist auf die Idee gekommen, daß eine Scheidungsversicherung her muß. Wie wahr, wie wahr. Denn allzuoft, da hat die Schutzgemeinschaft durchaus recht, weiß der unterhaltspflichtige Teil der Ex-Verbindung nicht woher nehmen, was zu zahlen (und dabei auch selbst noch im bisherigen Standard weiterleben). Aber ins Groteske gerät der Vorschlag durch die Anregung, die Scheidungsversicherung obligatorisch zu machen, sozusagen wie Kranken- und Rentenversicherung. Denn so argumentiert die Schutzgemeinschaft, schließlich endeten gut ein Drittel aller bundesdeutschen Ehen vor dem Scheidungsrichter. Schlimm genug. Noch schlimmer ist freilich, die restlichen zwei Drittel, die ein langes (Ehe-)Leben beieinander bleiben, für die (Ehe-)Sünden anderer zur Kasse zu bitten.

KONJUNKTUR 1984 / Umfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft

Unternehmen und Verbände sind wieder zuversichtlich geworden

GISELA REINERS, **Bonn**

Die deutsche Wirtschaft geht zuversichtlich in das neue Jahr. Nach einer Umfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln bei Präsidenten und Vorsitzenden von Verbänden aus 20 Industriezweigen, von Handel, Handwerk, Banken und Versicherungen wird vielfach mit einem Wachstum von „gut drei Prozent" gerechnet. Dabei wird es voraussichtlich auch schon Auswirkungen auf die Beschäftigung geben: Die Hälfte der Befragten rechnet mit einer Stabilisierung und teilweise mit einer leichten Erhöhung der Mitarbeiterzahl.

Voraussetzung für die „Erfüllung der Wachstumshoffnungen", so das Institut, seien allerdings kostenneutrale Tarifabschlüsse. Deshalb wird einhellig die Gewerkschaftsforderung nach der 35-Stunden-Woche abgelehnt. Kollektive Arbeitszeitverkürzungen seien „utopisch und undenkbar" (Maschinenbau), zwinge zu „verstärkter Rationalisierung" (Bergbau), führe zur „Verlagerung der Produktion ins kostengünstigere Ausland" (Bekleidung). Das Handwerk spricht von Untauglichkeit und Überforderung mittelständischer Unternehmen und verweist mit der Textilindustrie außerdem darauf, daß eine Herabsetzung des Rentenalters von ihren Branchen „nicht zu finanzieren" sei.

Der Bankenverband mißt den Tarifvereinbarungen für 1984 „eine Schlüsselrolle" zu für die weitere Ertragsentwicklung. Eine harte Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche, gemeint ist ein Arbeitskampf, würde nach seiner Ansicht die Wirtschaftsentwicklung „erheblich belasten". Flexiblen und individuellen Arbeitszeitverkürzungen, „wenn gesetzliche Hemmnisse abgebaut würden" (Einzelhandel), wird der Vorzug gegeben.

Dennoch gibt es, so das Institut, „Lichtblicke", was die Beschäftigung angeht. Die Elektroindustrie könnte bei dreiprozentigem Wachstum 10 000 neue Arbeitsplätze schaffen. In der Kunststoffverarbeitung wurde schon im Herbst ein kleiner Beschäftigungsanstieg gemeldet. Handwerk und Versicherungsgewerbe rechnen mit einer positiven Entwicklung. Andere Branchen wie Chemie, Bau und EBM-Industrie melden einen Stopp ihrer Entlassungen. Fast alle Branchen sichern laut Umfrage ein bleibendes Lehrstellenangebot zu – auch diejenigen mit schrumpfender Beschäftigung. Es wird dabei betont, daß in manchen Zweigen wie Bau, Gießerei- und Textilindustrie nicht alle angebotenen Lehrstellen besetzt wurden. Bei den Bau- und EBM-Industrieberufen wird über Mangel an Fachkräften geklagt.

Die Konjunkturerwartungen sind in den einzelnen Branchen noch unterschiedlich. Sie schwanken zwischen „gut drei Prozent", mit denen der Groß- und Außenhandel rechnet und „Zurückhaltung" in der Ernährungsindustrie, weil die Nachfrage unelastisch auf die Konkunktur reagiere. Drei Prozent Wachstum erscheinen jedoch der Elektroindustrie, dem Maschinenbau und der Energiewirtschaft sowie bei EBM realisierbar. Das Handwerk sieht 2,5 Prozent, Steine–Erden und Kautschuk zwei Prozent als erreichbar an. Der Einzelhandel hält 1,5 bis zwei Prozent für möglich; die Bauindustrie geht von einem „realen Plus" aus. Die Automobilindustrie hat nach eigenen Angaben „Tritt gefaßt". Bergbau, Eisen und Stahl rechnen mit einer „leichten Belebung", die Gießereien immerhin noch mit einem „bescheidenen Wachstum". Chemie, Metall und Mineralölwirtschaft sind „zuversichtlich" und setzen auf eine weitere Stabilisierung, ebenso wie Feinmechanik und Optik. Die Versicherungswirtschaft signalisiert: „In der Autohaftpflicht bleiben die Prämien stabil."

Die Investitionen werden 1984 laut Umfrage vorwiegend der Rationalisierung und Modernisierung dienen. Vor allem Bekleidung, Textil und Ernährungsindustrie nehmen den Lohnkostendruck als Anlaß für Innovationen. Dabei scheint man mit dem Ausbildungsstand der Mitarbeiter zufrieden zu sein; er habe sich ständig erhöht. Der Maschinenbau spricht bereits von „Verwissenschaftlichung". In 15 Jahren sei die Zahl der Ingenieure um 36 Prozent gestiegen.

PAUSCHALTOURISMUS

Reiseveranstalter hoffen auf Belebung im nächsten Jahr

DW. **Hamburg**

Der zu Beginn des Jahres von vielen Beobachtern und auch von der Branche selbst befürchtete Einbruch der Pauschalreise ist ausgeblieben. Die deutschen Reiseveranstalter haben – gemessen am Teilnehmeraufkommen – im Touristikjahr 1982/83 (1. November 1982 bis 31. Oktober 1983) ihr Geschäftsvolumen halten können und werden sich damit voraussichtlich einen großen Anteil am Gesamtreisemarkt gesichert haben. Das wirtschaftliche Ergebnis der Unternehmen hat jedoch durch kürzere Reisedauer, durch ein Ausweichen der Kunden auf preiswertere Angebote und durch einen auf den Preis abgestellten Wettbewerb eine deutliche Verschlechterung erfahren.

Wie aus einer Untersuchung der Touristikfachzeitschrift FVW International hervorgeht, konnten 16 deutsche Reiseveranstalter im abgelaufenen Touristikjahr 5 685 022 Reisende registrieren. Das sind 0,08 Prozent weniger als im Vorjahr. Da das Aufkommen der von der Zeitschrift erfaßten Veranstalter etwa 65 Prozent des Marktes ausmachen, dürfte der Gesamtmarkt der Veranstalterreisen mit einem Volumen von etwa 8,75 Millionen Reisen im vergangenen Jahr unverändert geblieben sein. Der Umsatz blieb mit 5,65 Milliarden Mark praktisch konstant.

Das Gesamtergebnis wird entscheidend durch eine leichte Erholung bei den Charterflugreisen im Mittelstreckenbereich und die Wiederbelebung des Pkw-Tourismus der Veranstalter bestimmt. Während das gesamte Flugergebnis (Charter und Linien auf Mittel- und Langstrecke) praktisch stagnierte, konnte das Aufkommen im Charterverkehr auf der Mittelstrecke um 1,2 Prozent auf 2 980 300 Teilnehmer gesteigert werden. Das gesamte Fernreisegeschäft einschließlich der Charterflüge nach Nordamerika hingegen nahm um 7.7 Prozent auf 294 939 Reisende ab.

Im Bahnreiseverkehr mußten die Firmen erneut ein Minus von 3,8 Prozent auf 570 163 Reisen hinnehmen. Der Pkw-Tourismus hingegen konnte im Gegensatz zu einem Vorjahresminus von 3,4 Prozent mit einem Zuwachs von 1,1 Prozent ein Aufkommen von 1 481 438 Teilnehmern erreichen.

Zwischen den einzelnen Veranstaltern hat es Verschiebungen in den Marktanteilen nach Teilnehmern gegeben. Die erklärte Absicht der NUR Touristic, im Touristikjahr 1982/83 Marktanteil zu gewinnen, ist zwar aufgegangen; aber mit einem Plus von 0,58 Prozentpunkten auf 18,86 Prozent konnte der zweitgrößte deutsche Pauschalreiseanbieter nicht einmal sein Minus aus dem Vorjahr ausgleichen. Die Touristik Union International (TUI) bleibt mit 38,50 Prozent unangefochtener Marktführer. ITS konnte seinen Marktanteil mit 8,95 Prozent praktisch verteidigen. Zu den Gewinnern gehören das DER, Tjaereborg, Hetzel und Jet Reisen.

Fragt man die Veranstalter nach ihrer Einschätzung des laufenden Touristikjahres, so erhält man durchweg zurückhaltende Antworten. Nach der Erhebung der FVW gehen die Unternehmen von einer Teilnahmesteigerung um 1,2 Prozent aus und hoffen auf eine leichte Erhöhung ihrer Einnahmen um etwas mehr als ein Prozent.

Prüfer im Test

Von JOACHIM WEBER

Das Geschehen um den Zusammenbruch des Baumaschinenkonzerns IBH hat die Aufmerksamkeit wieder einmal auf eine Berufsgruppe gelenkt, der sonst eher an dezenter Unauffälligkeit liegt: die Wirtschaftsprüfer. Auch die Herstatt-Bank hatte sich vor ihrem Kollaps noch einer Sonderprüfung ohne Beanstandungen unterzogen.

Wo waren die Prüfer? Was haben sie eigentlich geprüft und wie? Was ist ihr Testat überhaupt wert? Alles Fragen, die sich die Institution Wirtschaftsprüfung nach solchen Fällen gefallen lassen muß. Freilich, etliche (aber längst nicht alle) Vertreter des ehrbaren Berufsstands, der so viel Wert auf gutes Benehmen legt, reagieren auf derlei Fragen geradezu beleidigt.

Die Antwort vor allem aus dem konservativen Lager: Wir prüfen nur die rechtliche Korrektheit eines Abschlusses, seine Übereinstimmung mit formalen Vorschriften, mit Satzung und Gesetz. Und der Bestätigungsvermerk erlaubt also keine Rückschlüsse auf die wirtschaftliche Lage oder die Führung des Unternehmens.

Mit dem Rückzug auf wohldefinierte und abgegrenzte, nicht zuletzt aber fast risikolose Formal-Positionen laufen die Prüfer aber Gefahr, daß nicht nur die Fragen nach einer Überqualifikation der überwiegend akademischen Berufsvertreter und nach der Höhe ihrer Honorare gestellt werden. Denn die formale und gesetzliche Richtigkeit eines Rechenwerks kann auch ein gut ausgebildeter Buchhalter prüfen.

Sehr schnell wird zudem die Frage nach Aussage und Wert des Testats und damit nach dem Sinn der Wirtschaftsprüfung überhaupt auftauchen. Nun soll nicht übersehen werden, daß der „Job" des Wirtschaftsprüfers keineswegs problemlos ist. Da ist zunächst einmal der ewig unlösbare Dauerkonflikt zwischen möglichst intensiver Prüfung und vernünftigem Kostenniveau: Wo liegt der „richtige" Kompromiß?

Hinzu kommt gerade in weniger erfreulichen Zeiten die wachsende Neigung der „anderen Seite", negative Entwicklungen zu verschleiern, auch, dem Prüfer gewisse Unterlagen vorzuenthalten. Und der Prüfer selbst steht ebenfalls im verschärften Gewissenskonflikt: Versagt er sein Testat oder schränkt er es auch nur ein – beides hat ausgeprägte Alarmwirkung –, so kann das bereits den Zusammenbruch eines Unternehmens auslösen.

Als Druckmittel kann der Prüfer die Verweigerung aber auf jeden Fall einsetzen, wenn er sich vom Unternehmen nicht ausreichend informiert fühlt. Doch auch solcher Kollisionskurs bedeutet einen Prüfstein für die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers: Geht er seinen Mandanten zu hart an, verliert er ihn womöglich im nächsten Durchgang.

Immerhin: Im Falle der IBH-Holding wurde der Bestätigungsvermerk verweigert, und das allem Anschein nach auch aus inhaltlichen Gründen. Ganz anders im Falle Wibau: Sie erhielt von einem anderen Prüfer ihr Testat, obwohl das Rechnungswesen, so der Konkursverwalter, bei weitem nicht den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung genügte.

Doch die gesetzlichen Grundlagen der Wirtschaftsprüfertätigkeit lassen solche Widersprüche zu. Zwar gibt es Vorgaben im Aktiengesetz und auch im Kreditwesengesetz. Dennoch bleibt ein beneidenswerter Ermessensspielraum. Die eigene Standesorganisation Wirtschaftsprüferkammer hat es nämlich verstanden, beim Entwurf der Wirtschaftsprüfer-Ordnung (WPO) und der Richtlinien für die Berufsausübung der Wirtschaftsprüfer zwar die Moral hochzuhalten, aber jeder Andeutung eines „Pflichtenhefts" für die eigentliche Arbeit aus dem Weg zu gehen.

Eingehenderes findet sich erst in den Fachgutachten und Stellungnahmen des Instituts der Wirtschaftsprüfer, die einerseits nur Empfehlungscharakter haben, andererseits aber im Streitfall die Maßstäbe setzen. Der Ansatz ist gut. Es muß ja nicht immer gleich ein Gesetz sein, wenngleich den Prüfern eine EG-Richtlinie ins Haus steht, die ihre Tätigkeit und vor allem die Haftung europaweit regeln soll.

Die Wirtschaftsprüfer sollten sich überlegen, ob sie nicht ihre Mindestanforderungen an die eigene Arbeit etwas höher ansetzen, ihre „Spielregeln" verfeinern sollten. Auch im ureigensten Interesse des Berufsstands: Etwas weniger Ermessensspielraum gäbe auch den schwarzen Schafen geringere Chancen, die es hier wie in jeder anderen Branche gibt.

AUF EIN WORT



„Führungskräfte sollten nicht vergessen: Ein guter Abgang ist die Basis für einen gelungenen Anfang. Wem gekündigt wurde, der darf sich nicht hängenlassen, wer gehen muß, darf sich nicht gehenlassen."

Wolfram Hatesaul, geschäftsführender Gesellschafter der P&M Personal & Management Beratung, Bonn
FOTO: DIE WELT

Sparhaushalt für Japan

rtr, **Tokio**

Die japanische Regierung wird nach einer Ankündigung von Ministerpräsident Yasuhiro Nakasone bis zum 20. Januar den Entwurf für ein Sparbudget für das am 1. April beginnende Haushaltsjahr 1984/85 ausarbeiten und einen Überbrückungshaushalt am Beginn des Fiskaljahres vermeiden. Einen Tag nach der Vorstellung seines neuen Kabinetts sagte Nakasone gestern, die ausstehenden, also noch rückzuzahlenden Staatsanleihen im Gesamtvolumen von rund 110 000 Milliarden Yen (1300 Milliarden Mark) Ende März 1984 würden sehr große Einschränkungen im Budget unvermeidlich machen. Das Budget 1983/84 hat ein Ausgabevolumen von 50 379 Milliarden Yen, einschließlich der Bedienung der Staatsanleihen und der Zuwendungen an lokale Stellen, über die die Regierung keine Kontrolle hat.

VERTRAGSFORSCHUNG

Bonn erhöht den Kreis der Anspruchsberechtigten

HEINZ HECK, **Bonn**

Das Bonner Forschungsministerium (BMFT) wird die externe Vertragsforschung im nächsten Jahr deutlich stärker fördern als bisher. Im Haushalt 1984 sind 40 (1983: 13,8) Millionen Mark vorgesehen. Ziel dieser 1978 eingeführten indirekten Forschungsförderung ist es, kleinen und mittleren Unternehmen den Zugang zu technischem Wissen zu erleichtern.

Antragsberechtigt sind Unternehmen mit einem Jahresumsatz bis zu 200 Millionen Mark, die zur Lösung eigener technischer Probleme Forschungs- und Entwicklungsaufträge an Dritte vergeben. Die Unternehmen können einen Zuschuß von 30 Prozent der Projektkosten, höchstens jedoch 120 000 Mark je Unternehmen und Jahr, erhalten. 1984 soll die Umsatzgrenze von 200 auf voraussichtlich 500 Millionen Mark erhöht werden.

Mit der Abwicklung dieses Programms ist die Arbeitsgemeinschaft Industrieller Forschungsvereinigungen (AIF) in Köln beauftragt, deren unbürokratische Bearbeitung von den Empfängern gelobt wird. Das BMFT hat die Erfahrungen mit diesem Förderinstrument auswerten lassen. Dazu wurden die in der Zeit von April 1978 bis Dezember 1980 geförderten 909 Forschungs- und Entwicklungsvorhaben (bei 627 Unternehmen) untersucht. Die staatlichen Zuschüsse erreichten 22, das insgesamt angeregte Auftragsvolumen 73 Millionen Mark. Rund 80 Prozent der geförderten Aufträge entfielen auf Unternehmen mit weniger als 500 Mitarbeitern.

Die Fördermaßnahmen werden vor allem in Anspruch genommen, wenn Forschungspersonal fehlt, oder die Vergabe nach außen kostengünstiger erscheint.

ENTWICKLUNGSLÄNDER

USA gegen zinsgünstige Kredite für Stahlprojekte

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Innerhalb der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), der 24 Industriestaaten angehören, dringen die USA auf ein generelles Verbot weicher Kredite, mit denen in der Dritten Welt Stahlwerke finanziert werden. Auf diese Weise soll der Zustrom von subventioniertem Billigstahl eingedämmt werden. Erste Gespräche in Paris werden als ermutigend bezeichnet; wegen der anhaltenden Stahlkrise soll das Verhandlungstempo jedoch beschleunigt werden.

Unter weichen Krediten versteht das Büro des Handelsbevollmächtigten in der amerikanischen Hauptstadt alle Darlehen, die Entwicklungsländern zur Förderung des Exports von Maschinen und anderen industriellen Anlagen unter Kosten gewährt werden. Großbritannien wird vorgeworfen, in den letzten Monaten Mexiko und Indien sogar zinslose Kredite für die Errichtung von Stahlwerken eingeräumt zu haben, um die Aufträge zu erhalten. Im vergangenen Sommer einigte sich die OECD auf einheitliche Konditionen, die nur für Finanzprojekte gelten.

Wie berichtet, möchte das US-Handelsministerium die Finanzierung zusätzlicher Stahlkapazitäten grundsätzlich verbieten. Es forderte vor Weihnachten die staatliche Export-Import Bank in Washington auf, einen Kredit über 100 Millionen Dollar für die südkoreanische Pohang Iron & Steel Co. nicht zu genehmigen. Die Entscheidung fällt Anfang Januar. Die Marschrichtung scheint am Potomac in jedem Fall abgesteckt: Um die eigene Stahlindustrie abzuschotten, soll der Technologietransfer in die Dritte Welt erschwert werden. Die Entwicklungsländer erzeugen bereits ein Zehntel des Weltstahls.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Handel zwischen arm und reich

Export der Industrieländer in Entwicklungsländer 1982: 172,2 Milliarden $
Export der Entwicklungsländer in Industrieländer 1982: 157,9 Milliarden $
in Milliarden $

Export der Industrieländer: Maschinen und Fahrzeuge 67,9; Sonstige Geräte und Anlagen 15,1; Chemische Erzeugnisse 20,6; Textilien und Bekleidung 6,3; Sonstige Industrieerzeugnisse 24,1; Nahrungsmittel 19,6; Rohstoffe, Erze, Energie 12,9; Sonstiges 5,7

Export der Entwicklungsländer: Nahrungsmittel 30,5; Geräte und Maschinen 21,7; Textilien und Bekleidung 18,1; Andere Industrieerzeugnisse 24,1; Rohstoffe, Erze, Energie 63,5

Drei Viertel der von den Industrieländern an die Entwicklungsländer verkauften Waren sind Maschinen und Fahrzeuge, chemische Produkte und andere Industrieerzeugnisse. Umgekehrt exportieren die Entwicklungsländer zu 60 Prozent Rohstoffe und Nahrungsmittel. QUELLE: GLOBUS

Gesunkene Rohölrechnung

Frankfurt (rtr) – Die deutschen Rohöl-Einfuhren sind in den ersten elf Monaten 1983 gegenüber dem Vorjahresvergleichszeitraum um zehn Prozent auf rund 60 Millionen Tonnen gesunken. Die dafür gezahlte Summe ging um 16 Prozent auf 34,3 Milliarden Mark zurück. Dies geht aus vorläufigen Berechnungen des Bundesamtes für gewerbliche Wirtschaft hervor, die gestern veröffentlicht wurden. Der stärkere Rückgang der Rohölrechnung ist auf den gesunkenen Durchschnittspreis von 575,53 Mark je Tonne nach 615,67 Mark im Vorjahr zurückzuführen. Eindeutig an der Spitze aller Lieferländer der Bundesrepublik lag im bisherigen Jahresverlauf Großbritannien mit einer Menge von 13,5 Millionen Tonnen.

Ende der Doppelberechnung

Düsseldorf (Py.) – Ab 1. 1. 1984 dürfen Krankenhäuser den Privatpatienten keine gesonderten Rechnungen mehr für die Sachkosten ambulanter Behandlungen durch leitende Krankenhausärzte ausstellen. Das ist das Ergebnis von Beratungen des Bundesrates zur Gebührenordnung für Ärzte. Die mit dem Chefarzthonorar schon beglichenen Kosten für Sachaufwand und nichtärztliches Personal können damit nicht länger doppelt berechnet werden. Für die stationäre Behandlung soll nach Angaben des Verbandes der privaten Krankenversicherungen diese Doppelberechnung erst ab 1. 1. 1985 abgeschafft werden.

Ermittlungen gegen Esch

Mainz (dpa/VWD) – Ein Ermittlungsverfahren wegen verspäteter Stellung des Konkursantrages hat die Zentralstelle für Wirtschaftsstrafsachen in Koblenz gegen den früheren Vorstandsvorsitzenden der Mainzer IBH-Holding AG, Horst-Dieter Esch (40), eingeleitet. Nähere Angaben lehnte ein Sprecher der Staatsanwaltschaft gestern ab. Die Höchststrafe für dieses Delikt liegt bei drei Jahren.

Appell an die Regierung

Bonn (DW.) – Der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) appelliert vor Beginn der französischen EG-Präsidentschaft an die Bundesregierung, richtungweisend für Europa zu sein und nationalstaatlichen Eigeninteressen zugunsten möglicher Fortschritte in Europa hintenzustellen. Dabei müsse die Kur der europäischen Krise an den Ursachen ansetzen: mit einer Kurskorrektur im System der Agrarpolitik. Zur Neuorientierung der EG-Agrarpolitik schlägt der DIHT im einzelnen vor, die Preis- und Abgabengarantien an die Weltmarktpreise anzunähern, den Grenzausgleich für Agrarprodukte abzubauen und die Selbstbeteiligung der Bauern an den Kosten der Überschußfinanzierung auszubauen und Produktionsquoten einzuführen. Erst nach einer befriedigenden Reform der Agrarpolitik werde die sogenannte Süderweiterung der Gemeinschaft finanzier- und realisierbar.

Japans Rekordergebnis

Tokio (dpa/VWD) – Die japanische Leistungsbilanz hat im November mit einem Überschuß von 868 Millionen Dollar (2,35 Milliarden Mark) abgeschlossen. Gegenüber Oktober mit einem Plus von knapp 2,3 Milliarden Dollar bedeutet das zwar eine drastische Verringerung, bringt aber den Überschuß in der Leistungsbilanz – Außenhandel, Dienstleistungen und Übertragungen – für die ersten acht Monate des laufenden Fiskaljahres (April bis November) auf ein Rekordergebnis von 16,3 Milliarden Dollar.

DeTeWe: Besser als erwartet

Berlin (dpa/VWD) – Die Deutsche Telephonwerke- und Kabelindustrie-AG (DeTeWe) in Berlin hat 1983 besser als erwartet abgeschnitten. Der Umsatz wurde mit 530 Mill. DM auf Vorjahreshöhe gehalten, die Bestellungen nahmen aufgrund der Nachfragen nach neuentwickelten elektronischen Telefonanlagen um ein Prozent auf 525 Mill. DM zu.

Flughafen im Aufwind

Düsseldorf (Py.) – Der Düsseldorfer Flughafen zieht für 1983 eine positive Bilanz: Die in den letzten Monaten spürbare Konjunkturbelebung hat Fluggastzahlen und Transportaufkommen wieder steigen lassen. Im Personenverkehr rechnet die Flughafen GmbH wie im Jahr zuvor mit etwa 7,35 Millionen Passagieren, wobei die Entwicklung im Linienverkehr, besonders im Inland, im Gegensatz zum Urlauberverkehr positiv war. Das Luftfrachtaufkommen verzeichnete mit 53 000 Tonnen erstmals seit 1980 wieder eine Steigerung um 7,7 Prozent. Auch der Luftpostumschlag hat sich um 1,3 Prozent auf 4800 Tonnen erhöht.

VEREINIGTE STAATEN

Bankenaufsicht soll in einer Behörde vereinigt werden

H.-A. SIEBERT, **Washington**

In den USA werden die staatlichen Vorschriften für alle Finanzinstitute stark vereinfacht; außerdem soll eine wirksamere Bankenaufsicht geschaffen werden. Wenn der Kongreß zustimmt, verliert das Federal Reserve Board, Amerikas Zentralbank, die ihm vor 50 Jahren übertragenen Kontrollfunktionen. An der Reform arbeitet eine „Task Force" unter Leitung des Vizepräsidenten George Bush. Die Gruppe hat sich bereits auf etwa 30 Vorschläge geeinigt. Präsident Reagan wird sie in Kürze dem Kongreß übermitteln.

Die regulative Reform soll den weitreichenden Veränderungen Rechnung tragen, die vor allem in den letzten zehn Jahren der US-Finanzwirtschaft ein neues Gesicht gegeben haben. So sind die Banken, Sparkassen und Brokerhäuser in immer neue Geschäftsbereiche vorgedrungen. Eine einzige Aufsichtsbehörde löst vermutlich das jetzige Überwachungssystem ab, in das sich das „Fed", der Comptroller of the Currency, die Federal Deposit Insurance Corp. sowie – für Hypothekenbanken – das Federal Home Loan Bank Board teilen.

Vorgesehen ist zum Beispiel, daß sich künftig die Prämien für die Einlagenversicherung nach dem tatsächlichen Risiko der Ausleihungen richten. Die Kapitalbasis der Sparkassen soll überdies ähnlichen Vorschriften unterliegen wie die der Geschäftsbanken. Der „Fed"-Vorsitzende Paul Volcker läuft gegen die Beschneidung der Notenbank-Macht mit dem Hinweis Sturm, eine erfolgreiche Geldsteuerung setze die gleichzeitige Überwachung der Banken voraus. Offen ist, wie sich der Kongreß entscheidet.

BROT FÜR DIE WELT / Ein Vierteljahrhundert private Entwicklungshilfe

Fast eine Milliarde Mark gesammelt

KAREN SÖHLER, **Bonn**

Bilder hungernder Menschen in der Dritten Welt sind zwar gegenwärtig, jedoch die Orte, in denen dieses Elend herrscht, befinden sich in weiter Ferne. Daher muß gerade die private Entwicklungshilfe, die ausschließlich von freiwilligen Spenden lebt, oft an die Phantasie potentieller Geldgeber appellieren. Der Aktion „Brot für die Welt" ist es seit 25 Jahren offenbar gelungen, den Deutschen das nötige Vorstellungsvermögen zu entlocken. Seit Gründung der Institution 1959 sind immerhin rund 950 Millionen Mark in der Bundesrepublik Deutschland gesammelt worden. Daß während der 24. Aktion 1982/83 mit 79,5 Millionen Mark das bisher höchste Spendenergebnis erzielt worden ist – 4,5 Prozent mehr als im Vorjahr –, krönt das erste Vierteljahrhundert der Entwicklungshilfe der evangelischen Landes- und Freikirchen.

Das Kapital ist im vergangenen Jahr in 567 Entwicklungsprojekte und Nothilfemaßnahmen in 74 Ländern der Dritten Welt geflossen. Dabei entfielen 26,5 Prozent auf Förderungen in Afrika, 30 auf Asien und 29 Prozent auf Lateinamerika, wie aus dem Jahresbericht hervorgeht. Die Schwerpunkte lagen nach wie vor auf Wirtschafts- und Sozialeinrichtungen (39,9 Prozent), wobei die Landwirtschaft eine besondere Rolle spielt, auf dem Bereich Gesundheit (14,7), Katastrophenhilfe (14,7) und Bildung/Ausbildung (11,7).

Aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre hat sich die Hilfe für Brot für die Welt etwas geändert. Grundeinsicht ist, daß den Menschen auf Dauer nur geholfen werden kann, wenn sie lernen, sich durch eigene Anstrengungen selber zu entwickeln. Das übergeordnete Motto lautet also: Hilfe zur Selbsthilfe. Denn die Organisation glaubt nicht an die exportorientierten Modelle, wie sie von zahlreichen Regierungen propagiert werden. Die Förderung der Exporte in den Entwicklungsländern habe nicht zu einem Ausbau der einheimischen Industrien geführt. Im Gegenteil: Aufgrund der gesunkenen Rohstoffpreise auf der einen Seite und der gestiegenen Preise für Industrieprodukte und technische Anlagen auf der anderen Seite sei das ursprünglich angestrebte Ziel bei weitem verfehlt.

Die für das Jahr 2000 errechneten Zahlen – ausgehend von den jetzigen Voraussetzungen – untermauern diese Kritik: Die Zahl der in absoluter Armut lebenden Menschen steigt von gegenwärtig 750 bis 800 Millionen Menschen auf 1300 Millionen. Dies würde dann einem Anteil an der Gesamtbevölkerung auf der Erde von 20,5 Prozent entsprechen. Im Augenblick liegt dieser Prozentsatz ohnehin schon bei 15,7.

ALTGLAS / Neue Anlage zur Metallausscheidung

Große Erfolge beim Recycling

HANS BAUMANN, Essen

In Essen wurde jetzt in einer großen Glasrecycling-Anlage der Rhenus-WTAG AG, Dortmund, die allein 10 Prozent des bundesdeutschen Altglases verarbeitet, eine Altmetallausscheideanlage in Betrieb genommen. Sie gestattet es, alle nichtmagnetischen Metalle aus dem Glasabfall zu beseitigen und so die Qualität des aus den Scherben gewonnenen Neuglases zu heben und die Schmelzwannen vor zum Teil großen Schäden zu bewahren. Jetzt werden Metalle wie Blei (Weinverschluß), Aluminium, Zinn, Stanniol (Bierflaschen-Halsschmuck) in einer Vorschmelze dem Altglas entzogen.

Das Altglasrecycling hat sich voll durchgesetzt. In der Bundesrepublik stieg die Gesamtmenge des wiederverwerteten Altglases von 150 000 Tonnen in 1974 auf 750 000 Tonnen 1982, davon allein 640 000 Tonnen aus Haushalts-Abfallglas.

Dieses Haushaltsglas wird in 30 000 Altglas-Sammelcontainern der Glasindustrie zugeführt. Die Behälterglasindustrie strebt bis 1985/86 den Einsatz von rund einer Million Tonnen Altglas an. Die Industrie benötigt künftig mehr und mehr farblose Scherben, also „weißes" Glas, da sich weiße und farbige Scherben nur zu Grünglas verarbeiten lassen.

Die Produktionskapazitäten für Weißglas sind aber so groß (etwa die Hälfte der gesamten Behälterglaserzeugung), daß wesentlich mehr Weißglasscherben benötigt werden. In einigen der 22 Altglasaufbereitungsanlagen in der Bundesrepublik wird daher schon farbiges Glas von Hand aussortiert. Zur Rationalisierung sollen mehr Container aufgestellt werden, die farbiges und Weißglas getrennt aufnehmen.

Nicht nur in der Bundesrepublik ist das Glasrecycling ein voller wirtschaftlicher Erfolg. An der Spitze der Wiederverwertung stehen die Niederlande mit 47 Prozent am Behälterglasverbrauch, es folgt die Schweiz mit 42 Prozent, Belgien mit 32 Prozent, die Bundesrepublik mit 28 Prozent, Italien mit 21 Prozent, Frankreich und Österreich mit je 20 Prozent, Dänemark mit 10 Prozent, Irland mit 8 Prozent und Großbritannien mit 6 Prozent. Trotz der großen Erfolge beim Glasrecycling ist die Bundesrepublik immer Netto-Importeur von Scherben geblieben. 1982 waren es rund 70 000 Tonnen, im Spitzenjahr 1976 sogar fast 75 000 Tonnen. Ein großer Teil der Importe kommt aus dem Ostblock.

Der Einsatz von Scherben für die Behälterglasproduktion ist wirtschaftlich interessant, obwohl Glasrohstoff (Quarzsand, Kalkstein und Steinsalz) für Jahrtausende vorhanden ist. Zudem mindert Altglas den Energieeinsatz um 10 Prozent.

Anläßlich der Einweihung der Essener Anlage wurde auch die Frage diskutiert, ob es sinnvoll ist, die Einwegebinde mit einer Steuer zu belegen. Bundestagsmitglied Peter Reuschenbach (SPD) erinnerte daran, daß von 1974 bis 1981 die Abfallmengen aus Getränkeverpackungen um 100 000 Tonnen abgenommen haben. Der Behälterglasabsatz habe 1982 rund 2,7 Mill. Tonnen betragen, ebensoviel wie 1974.

Zur Sorge, daß dem Mehrwegsystem durch die Einwegebinde die Gefahr des „Umkippens" droht, meint Reuschenbach, daß die Mehrwegflaschen immer häufiger umlaufen, 1974 habe jede Flasche 27 Umläufe gehabt, 1981 seien es bereits 42 gewesen. Die Getränkeabfüllungen in Mehrwegflaschen seien von 1974 bis 1981 um 1,7 Milliarden Liter gestiegen, ein Plus von 15,6 Prozent.

REIFENMARKT / Die Überkapazitäten in Europa sind noch immer nicht bereinigt

Wachstum vor allem mit Spezialitäten

HARALD POSNY, Düsseldorf

Trotz stagnierender Märkte und grassierender Überkapazitäten hat die Continental Gummi-Werke AG, Hannover, Nr. 2 auf dem europäischen Reifenmarkt, 1983 in allen Bereichen Marktanteile hinzugewonnen. Vor der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung in Düsseldorf bezifferte das für Reifen-Marketing zuständige Conti-Vorstandsmitglied Wilhelm Schäfer das Plus der Lieferungen an die europäische Lkw-Industrie mit fast 40 Prozent, bei den Ersatzmärkten mit 11 Prozent.

Angesichts des Markt-Nullwachstums nehmen sich die Zuwachsraten bei Conti direkt üppig aus: im Pkw-Sektor wird der Absatz 1983 um 2 Prozent, 1984 um 5 Prozent, 20,3 Mill. Stück, steigen, im Lkw-Sektor um 8 Prozent auf fast 2,4 Mill. Stück, wobei die großen Abmessungen wesentlich stärker wachsen werden. Diese Absatzbeurteilung läßt nach den Worten Schäfers die Prognose zu, daß 1984 wie 1983 in Menge und Erlös für Conti ein gutes Reifenjahr wird. Bei Lkw-Reifen dürfte danach der Umsatz um über 10 Prozent, bei Pkw-Reifen um rund 7 Prozent steigen.

Im Pkw-Sektor lassen sich Spezialitäten und überdurchschnittlich gute Qualitäten besser verkaufen. Dazu gehört nicht zuletzt der erst 1983 eingeführte Hochgeschwindigkeitsreifen (über 190 km/h), mit dem Conti eine Absatzsteigerung von 50 Prozent auf 3,3 Mill. Stück erzielt hat: für 1984 wird ein weiteres Plus von 20 Prozent erwartet. Einen Erfolg verzeichnet das Unternehmen, der zwar nicht von der Stückzahl wohl aber vom Prestige spektakulär ist: Conti liefert für einen japanischen Autohersteller ein paar tausend Reifen monatlich nach Japan. Der hohe Transportpreis der Reifen schreckt die Japaner nicht davon ab, die Autos mit Contireifen wieder auf die europäischen Märkte zu exportieren.

Auch in der traditionellen Conti- und Uniroyal-Englebert-Domäne, den Winterreifen, hat sich der Marktanteil von 25 auf 40 Prozent erhöht. Umweltbewußtsein (salzfreie Straßen und spikesfreie Autos) sowie eine neue Reifengeneration seien der Grund dafür, daß heute 3 (1976: nur 2) von 10 – in Österreich und in der Schweiz 7 bzw. 8 von 10 – Autofahrern Winterreifen benutzen. Schäfer: „Im Winterreifengeschäft 1983/84 ist Conti ausverkauft. Mit runderneuerten Reifen, die die Conti-Tochter Vergölst, zugleich zweitgrößte deutsche Reifenhandelskette, herstellt, wurden allein in Deutschland 1,7 Mill. Stück verkauft."

Vom deutschen Pkw-Reifenabsatz entfallen zwei Drittel auf das Erst- und ein Drittel auf das Ersatzgeschäft, im Konzern liegt das Verhältnis 60 zu 40 Prozent.

Zwischen 1977 und 1983 ist, so Schäfer, in Europa eine Kapazität von 103 000 Reifen täglich stillgelegt worden, 12 Prozent der europäischen Gesamtkapazität oder die gesamte Kapazität von Conti. Bei den Reifen-Marktanteilen in Europa liegt nach Umsatz Michelin/Kleber mit 38 Prozent an der Spitze vor der Conti-Gruppe mit 13, Veith-Pirelli mit 12, sowie Goodyear und Dunlop mit jeweils gut 10 Prozent.

Westeuropäischer Reifenmarkt

Mill. Stück	1981	1983[1]	1984[2]
Pkw-Reifen			
Erstausrüstung	47,9	52,7	53,7
dav. Deutschland	17,2	17,9	18,1
Ersatzausrüstung	6,0	5,5	5,5
dav. Deutschland	2,2	2,3	2,3
Lkw-Reifen			
Erstausrüstung	11,2	10,8	10,8
dav. Deutschland	1,9	2,0	2,0
Ersatzausrüstung	76,6	78,6	79,1
dav. Deutschland	17,0	16,4	16,9

Quelle: Continental; [1] z. T. geschätzt, [2] Prognose.

ENERGIE-AGENTUR / Raffinerien nicht ausgelastet

Kapazitäten stark abbauen

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Kapazität der Mineralölraffinerien in den westlichen Industriestaaten (OECD) wird bis 1985 weiter zurückgehen. Bei der Rohöldestillation der ersten Verarbeitungsstufe, dürfte sie 1985 rund 39 MBd (Milliarden Barrel täglich) erreichen nach 41 MBd Ende 1982 und 47 MBd Ende 1979. In der zweiten Verarbeitungsstufe wird sie dagegen von 11 über 12 auf 13 MBd leicht zunehmen. Damit würden aber immer noch bedeutende Überkapazitäten bestehen, meint die Internationale Energie-Agentur (IEA) in Paris.

Vor allem in Westeuropa dürfte die Ausnützung der Raffinerien weiterhin nur 60 Prozent erreichen. Um auf eine vernünftige Ausnützungsrate von 85 Prozent zu kommen, müßte hier bis 1985/86 etwa ein Drittel der derzeitigen Kapazitäten stillgelegt werden. Dazu zwinge das verhältnismäßig schwache Wirtschaftswachstum und die starken europäischen Ölproduktimporte aus Drittländern, insbesondere aus den Opec-Ländern.

Für die USA ist die Lage wesentlich günstiger. Höheres Wachstum und damit stärkerer Ölverbrauch sowie geringere Produktenimporte lassen dort eine Zunahme der Kapazitätsausnutzung von gegenwärtig 75 auf 90 Prozent erwarten. In der pazifischen Zone der OECD könnte dank der Stillegung von japanischen Kapazitäten für 1 MBd mit einer Zunahme der Ausnutzung von 65 auf 75 Prozent gerechnet werden, heißt es in einer IEA-Studie. Darin ist unterstellt, daß die Nachfrage der OECD-Zone nach Ölprodukten von 32 MBd 1982 auf 34 MBd 1985 steigt, um dann allerdings wieder auf 32 MBd 1990 zurückzufallen (Bunkeröl eingeschlossen). Die IEA erwartet insbesondere einen erneuten Rückgang des Naphta- und Benzinverbrauchs, während die Regierungen ihrer Mitgliedsstaaten durchweg mit einem leichten Verbrauchszuwachs bei den Mitteldestillaten und einem rückläufigen Schwerölverbrauch rechnen.

Die Netto-Importe der OECD-Zone an Raffinage-Produkten aus den Opec-Staaten würden dagegen nach IEA-Schätzung von 1,2 MBd 1982 auf 2 MBd 1985 steigen, während die Importe aus anderen Drittländern (insbesondere Ostblock) bei 2 MBd konstant blieben. Die Studie soll jetzt zu einem detaillierten Bericht ausgearbeitet werden. Denn die IEA ist der Auffassung, daß die derzeitigen Investitionspläne der Raffinerien sich nicht in voller Übereinstimmung mit dem Ölnachfragetrend befinden. Die Pläne würden nicht genügend dem Erfordernis Rechnung tragen, einen höheren Ausstoß an leichten und Mitteldestillaten zu erzielen.

FRANKREICH / Unternehmer-Umfrage

Produktion geht zurück

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

In den letzten beiden Monaten hat sich die französische Wirtschaft von dem allgemeinen Konjunktureinbruch etwas erholt, zu dem es infolge der im März eingeleiteten Austerity-Politik gekommen war. Dank verstärkter Exporte nahm die Industrieerzeugung insgesamt etwas zu. Sie dürfte aber in den nächsten Monaten erneut zurückgehen. Zu diesem Ergebnis kommt die jüngste Unternehmerbefragung des Nationalinstituts für Statistik (Insee).

Wichtigster Grund für diesen Pessimismus ist die Abschwächung der Exportaufträge. Jedoch wird angegeben, daß ihr Bestand global stabil geblieben sei. Auch hätten sich die Vorräte an Fertigerzeugnissen wenig verändert. In den einzelnen Industriezweigen zeigte sich aber eine sehr unterschiedliche Entwicklung, heißt es in dem Insee-Bericht.

Verhältnismäßig gut behauptete sich noch die Investitionsgüterindustrie. Vor allem die Elektronik konnte ihre Produktion steigern. Inzwischen aber schwächten sich die Aufträge einschließlich der ausländischen ab. Dies ist der wichtigste Grund für den Tendenzumschwung bei der gesamten Industrieerzeugung. Denn in der Konsumgüterindustrie wird sich nach der Umfrage der Abwärtstrend weiter fortsetzen, ausgenommen nur die Arzneimittelindustrie. Die Auslandsnachfrage schwächte sich ab. So plant insbesondere die Automobilindustrie Produktionseinschränkungen und Entlassungen.

Die Hersteller von Zwischenfabrikaten (Stahl, Chemie, Glas und so weiter) schließlich wollen zunächst ihre Produktion auf dem derzeitigen Niveau halten. Sie konnten ihre Vorräte abbauen und in jüngster Zeit eine leichte Auftragsbelebung verbuchen. Spätere Produktionseinschränkungen werden aber auch hier nicht ausgeschlossen.

ERLAU

Warten auf Schneefälle

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Die Eisen- und Drahtwerke Erlau AG, Aalen/Württ., einer der führenden Hersteller von Schneeketten, wünscht sich nach Angaben der Verwaltung „natürlich sehnlichst ergiebige und lange Schneefälle". Noch ordere der Handel, der aus dem Vorjahr gut bevorratet sei, zurückhaltend. Von Produktneuheiten, die auf eine leichtere Montage abzielen, erhofft sich das Unternehmen zusätzliche Umsatzimpulse. Erlau bezeichnet sich für das laufende Geschäftsjahr 1983/84 (30. 4.) als gut beschäftigt. Die Auslastung sei für die nächsten drei Monate gesichert.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr verringerte sich der Umsatz als Folge des schneearmen Winters und der ungünstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen um 12,3 Prozent auf 39 Mill. DM. Zwar gab es in einigen anderen Produktbereichen Umsatzsteigerungen, doch reichten sie nicht aus, die Absatzeinbußen beim Saisonprodukt Schneeketten auszugleichen. Gleichwohl wurde ein Jahresüberschuß von 0,67 (1,14) Mill. DM erzielt, das sind 1,5 Prozent der Gesamtleistung.

Nach Stärkung der Rücklagen wird ein Bilanzgewinn von 0,34 (0,58) Mill. DM ausgewiesen, der zur Ausschüttung einer von 13 auf 11 Prozent gekürzten Dividende verwendet wird. Am Grundkapital von 3,1 Mill. DM hält die Baden-Württembergische Bank AG eine Schachtelbeteiligung. Investiert wurden 1,4 (2,3) Mill. DM und abgeschrieben 1,6 (1,8) Mill. DM. Die Eigenkapitalquote des Unternehmens, die in 1970 noch bei 25,8 Prozent lag, hat sich inzwischen auf 37,4 Prozent erhöht. Über die Umsatzentwicklung in der Produktgruppe der Reifenschutzketten äußert sich Erlau „zufrieden". Im Sektor der Rundstahlketten zum Anschlagen, Heben, Fördern und Verzurren habe man neue Absatzbereiche erschlossen. Auch in der Sparte der Garten- und Parkmöbel, die Erlau seit 1957 im Zuge von Diversifikationsbemühungen im Programm führt, arbeite das Unternehmen nach eigenen Angaben „zunehmend international erfolgreich".

OSTASIEN-HANDEL / Zuwachs im Chinageschäft

Defizit ist stark gestiegen

dpa, VWD, Hamburg

Der deutsche Ostasienhandel hat in der Zeit von Januar bis September 1983 im Vergleich zum gesamten Außenhandel befriedigende bis gute Ergebnisse erzielt. Während der Gesamtimport in den ersten neun Monaten gegenüber der Vorjahresvergleichszeit um drei Prozent zu- und der Export um zwei Prozent abnahm, stiegen die Ostasienexporte nach Angaben des Ostasiatischen Vereins (OAV) in Hamburg um fast vier Prozent auf 16 Milliarden Mark und die Importe um nahezu neun Prozent auf 24 Milliarden Mark. Damit stieg auch das Handelsbilanzdefizit mit der OAV-Region um über 21 Prozent. An der Spitze der bundesdeutschen Bezüge steht weiter Japan mit 10,33 Milliarden Mark (plus elf Prozent) vor Hongkong 2,76 Milliarden Mark (plus 8,5), Taiwan 1,90 Milliarden (plus neun) sowie Südkorea 1,66 Milliarden Mark (plus fünf). Aus China nahmen die Bezüge um fast 14 Prozent auf 1,43 Milliarden Mark zu. Lediglich aus Indien – Anpassungsprobleme zum Beispiel bei Textilien – und den Philippinen – Lieferschwäche bei Fertig- und Rohwaren – sanken die Importe.

Auf der Exportseite nach Ostasien verzeichnet das Chinageschäft mit knapp zwei Milliarden Mark in den ersten neun Monaten einen Rekordzuwachs von über 30 Prozent. China liegt damit auf Platz zwei hinter dem traditionell führenden Japan mit 3,94 Milliarden Mark (plus vier Prozent). Auf dem dritten Platz folgt Indien mit 1,54 Milliarden Mark und ebenfalls einer leichten Zunahme. Lediglich für Indonesien – Auslaufen oder Streckung von Großprojekten – und Singapur – Schwankungen durch Ausflaggungen von Schiffen – sanken die Raten. Dem steht eine außergewöhnliche Zuwachsrate von über 60 Prozent der Lieferungen nach Malaysia – Auslieferung von Industrialisierungsprojekten – gegenüber.

ITALIEN / Fiskal- und Lohnpolitik bremsten Kaufkraft

Schwache Textilnachfrage

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Im italienischen Textil- und Bekleidungsexport wird neuerdings wieder eine leichte Aufwärtstendenz registriert, die – wenn sie anhalten sollte – nach Ansicht von Branchenexperten in den Wintermonaten zu einer Trendänderung im Auslandsgeschäft führen könnte. Im Inland halten dagegen, wie aus der letzten Prognose des von dem Chemiefaserunternehmen Snia Fibre und dem Zentralverband der italienischen Textilindustrie (Federtessele) geführten Textil-Barometers hervorgeht, die Schwächetendenzen trotz saisonalbedingter leichter Besserung noch immer an. Mit einer Rückkehr zu Wachstumsraten wird in diesem Fall daher nicht vor Sommer/Herbst kommenden Jahres gerechnet.

Als Bremsklötze auf dem Wege aus dem textilen Konjunkturtal wirken derzeit vor allem noch die fiskal- und lohnpolitischen Maßnahmen, mit denen Italien den Kampf gegen die Inflation begonnen hat. Offiziellen Erwartungen zufolge wird diese Stabilisierungsaktion zusammen mit den seit Jahresbeginn mit großem Nachdruck betriebenen Rationalisierungsbemühungen der Industrie den Verbrauch der privaten Haushalte im Jahre 1983 gegenüber dem vergangenen Jahr um real 0,8 Prozent zurückgehen lassen.

Noch stärker dürfte den Berechnungen der Verbände der italienischen Bekleidungs- und Mascheninindustrie zufolge die Abnahme im textilen Bereich ausfallen. In diesem Fall erwarten die beiden Verbände einen Binnenverbrauch in laufenden Preisen von 20 970 Milliarden Lire (34,6 Milliarden Mark). Das entspricht einer Verminderung gegenüber 1982 von fünf Prozent, bei Zugrundelegung der Inflationsrate, die im Gesamtjahr voraussichtlich bei etwa 15 Prozent liegen wird, dagegen einer realen Verminderung von ungefähr zehn Prozent. Dieser Einbruch ist vor allem den schlechten Verkaufsergebnissen in den ersten zwei Quartalen zuzuschreiben, in denen ein großer Teil der Industriebeschäftigten noch mitten in den Arbeitskämpfen um die Erneuerung der Manteltarifverträge steckte. Eine Besserung trat dagegen in den Monaten darauf ein, so daß der September gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat nur noch mit einem Einzelhandelminus von vier Prozent abschloß, und die Monate Oktober und November sogar mit plusminus null.

Was die Produktion angeht, so haben die bisherigen Monate durchweg Minusraten gebracht. Eine Ausnahme bilden die Faserhersteller, bei denen in jüngster Zeit eine leichte Aufwärtsbewegung in Gang gekommen ist. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß das vergangene Jahr in diesem Fall besonders schlechte Resultate aufwies. Ein untrügliches Zeichen für den bisher negativen Verlauf der Produktion ist die Arbeitszeitentwicklung in der Lombardei, wo nicht nur die meisten Seidenbetriebe zu Hause sind, sondern auch zahlreiche Baumwoll- und Synthetikverarbeiter und eine ganze Reihe von Konfektionsunternehmen. Hier stieg die Zahl der Kurzarbeitsstunden in den ersten neun Monaten um 18 Prozent, während die Zahl der ausgefallenen Arbeitsstunden, die zur Fortzahlung an die staatliche Lohnausgleichskasse überstellt wurden, um 80 Prozent zunahm.

Die Krise der Bekleidungs- und Maschenwarenindustrie wird durch die Voraussagen der zwei zuständigen Verbände bestätigt: Für diese beiden Bereiche wird in diesem Jahr mit einem Umsatz von zusammen 17700 Milliarden Lire gerechnet – 1400 Milliarden Lire oder neun Prozent weniger als im Jahr zuvor.

BERLINER BEKLEIDUNGSINDUSTRIE

Deutlicher Aufwärtstrend

INGE ADHAM, Frankfurt

In der Berliner Bekleidungsindustrie geht es wieder aufwärts: Auf rund 900 Mill. DM veranschlagt Bruno Mattull, Vorsitzender des Verbandes der Berliner Bekleidungsindustrie, den Jahresumsatz der Berliner Modemacher. Das wären real gut 5 Prozent mehr als im vergangenen Jahr. Dies liegt deutlich über dem Bundesdurchschnitt.

Besonders erfolgreich waren die Betriebe im Auslandsgeschäft, das fast ein Drittel mehr brachte als im Jahr zuvor. Auch beim Auftragseingang liegt das Ausland mit einem Plus von 32 Prozent vorn, insgesamt gingen in diesem Jahr ungefähr 13 Prozent mehr Aufträge nach Berlin als im vergangenen Jahr. Die positive Entwicklung hat auch auf die Produktion (Index plus 1 Prozent) und die Beschäftigung durchgeschlagen, die erstmals seit langem wieder steigende Tendenz zeigt (plus 1,8 Prozent auf knapp 4100 Beschäftigte).

Die Anstrengungen der Firmen, qualitativ hochwertige und modische Waren anzubieten, werden honoriert, folgert Mattull und erinnert an das günstige Messegeschäft im Herbst. Als besonders erfreulich wertet er die zahlreichen Neugründungen in den letzten beiden Jahren, die zwar wegen geringer Größe noch nicht in der Statistik erfaßt sind, im hochmodischen Bereich aber fühlbar Akzente setzen und international Beachtung finden.

Trotz der positiven Entwicklung dieses Jahres konnte bisher nur ein Teil der Einbrüche bei Produktion und Beschäftigung aus den Vorjahren ausgeglichen werden, erinnert der Verband. Sorgen mache in diesem Zusammenhang die Forderung nach einer Arbeitszeitverkürzung. Sie würde die Kosten, die man gerade „wieder einigermaßen in den Griff bekommen" hat, zum Nachteil der internationalen Wettbewerbsfähigkeit erneut in die Höhe treiben.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Alfa erhöht Preise

Düsseldorf (Py.) – Alfa Romeo Deutschland wird die Preise seiner Sportwagen und Limousinen ab 2. Januar 1984 um durchschnittlich 2 Prozent erhöhen. Danach wird z. B. der „Alfa 33/1,3" 16 999 (16 640) DM kosten, der „Alfetta 1,6" 22 950 (22 450) DM, der „Alfa 6" 41 500 (40 000) DM.

Großauftrag

Düsseldorf (DW.) – Ein internationales Konsortium unter Federführung von Mannesmann Demag hat von der Pohang Iron & Steel Ltd. (Posco) den Auftrag zur Lieferung von zwei Brammenstranggießanlagen erhalten. Der Auftragswert beträgt rund 210 Mill. DM. Diese Anlagen, die für das Posco-Hüttenwerk in Kwang Yang, Republik Korea, bestimmt sind, werden eine Kapazität von 2,5 Mill. Jahrestonnen haben. Die Inbetriebnahme ist für 1986 vorgesehen.

Wieder negatives Ergebnis

Frankfurt (der.) – Trotz leichter Erholungstendenzen, Lagerabbau und Personaleinsparungen erwartet der Gesamtverband Deutscher Musikfachgeschäfte für das Gros seiner Mitglieder auch 1983 wie in den beiden Vorjahren ein negatives betriebswirtschaftliches Ergebnis. Vor allem die Erhöhung der Mehrwertsteuer zur Jahresmitte, die entgegen den Vorstellungen des Gesetzgebers weitgehend zu Lasten der Rendite des Handels gehe, habe gebremst. Bemerkenswerte Ausnahme: Bei den elektronischen Orgeln profitiert der Absatz gerade der teuren Instrumente ab 10 000 DM von der vehement fortschreitenden Digitaltechnik.

Verkauf an Böhler

Düsseldorf (J. G.) – Die Fried. Krupp GmbH, Essen, und die Klöckner-Draht GmbH, Hamm, haben die ihnen je zur Hälfte gehörende Schweiß-Elektroden-Werk GmbH, Essen, an die zum österreichischen Montankonzern Vöest-Alpine AG gehörende Düsseldorfer Böhler AG verkauft. Böhler will den Betrieb (120 Beschäftigte mit 20 Mill. DM Umsatz) unverändert fortführen.

Wachstum nur im Export

München (dpa/VWD) – Die Südfleisch GmbH, München, hat 1983 vor allem beim Export stark zugelegt. Während der Gesamtumsatz sich auf etwa 2,3 bis 2,4 (2,2) Mrd. DM beläuft, erhöhen sich die Exporte auf 800 (710) Mill. DM. Dabei stieg die Tonnage um knapp 20 Prozent. Ein Großauftrag von 40 000 Schweinehälften an die UdSSR hat einiges dazu beigetragen. Südfleisch plant eine Dividendenzahlung „nicht unter dem Vorjahressatz" von 5 Prozent, die zur Aufstockung des Stammkapitals (26,5 Mill. DM) verwendet werden soll. Die Gesellschafter sind vorwiegend Landwirte.

Höherer Auftragseingang

Heidenheim (dpa/VWD) – Der Maschinen- und Anlagenbaukonzern J. M. Voith GmbH, Heidenheim/Brenz, weist im Geschäftsjahr 1982/83 (30. September) einen um 10 Prozent auf 1,23 Mrd. DM gestiegenen Auftragseingang aus. Der Konzernumsatz des Herstellers von Papiermaschinen, Wasserturbinen, Antrieben, Werkzeugmaschinen und Getrieben lag weltweit mit 1,05 Mrd. DM unter dem Vorjahresvolumen von 1,21 Mrd. DM.

FOKKER-WERKE / Seit 25 Jahren ist die F-27 im Einsatz

Nachfolgemodell ist in der Planung

BODO RADKE, Amsterdam

Volle 25 Jahre war es in diesen Tagen her, daß die erste F 27 „Friendship" der niederländischen Fokker-Werke unter den Farben der irischen Luftverkehrsgesellschaft Air Lingus zu ihrem Jungfernflug im regelmäßigen Liniendienst startete. Inzwischen hat sich dieser zweimotorige Turboprop-Hochdecker zum kommerziell erfolgreichsten Zivilflugzeug der Welt für kurze und mittlere Entfernungen entwickelt. In den Fokker-Montagehallen am Ostrand des Amsterdamer Flughafens Schiphol wird am 753. Exemplar dieses Maschinentyps gearbeitet, dessen Robustheit auch die Bedienung extrem primitiver Landeplätze in Staaten der Dritten Welt erlaubt.

Zum 25. Geburtstag der „Friendship" hat Fokker-Generaldirektor Frans Swarttouw nun angekündigt, daß für dieses alte Schlachtroß der internationalen Zivilluftfahrt ein Nachfolgemodell unter der Typenbezeichnung Fokker 50 entwickelt wird, das im Sommer 1986 erste Testflüge absolvieren soll. Allerdings wird es sich äußerlich kaum von der vertrauten Form der „Friendship" unterscheiden. Die Verbesserungen betreffen in erster Linie die elektronische Ausstattung des Cockpit sowie eine Verlängerung von Rumpf und Flügeln. Der Stückpreis dürfte nach derzeitigen Erwartungen bei sieben Millionen Dollar liegen.

Aber die Todesstunde der guten alten „Friendship" ist damit keineswegs eingeläutet. „Wir werden sie so lange weiterbauen, wie auf dem Weltmarkt für dieses Modell noch Käufer zu finden sind", erklärte Generaldirektor Swarttouw.

Weltweit sind zur Zeit 591 „Friendships" im Einsatz, für 177 Luftverkehrsgesellschaften, Regierungen oder Wirtschaftsunternehmen. 147 „Friendships" fliegen in Nord- und Südamerika, 135 in Europa, 108 in Asien, 99 in Afrika, 63 in Australien und 39 im Nahen oder Mittleren Osten.

Für das Nachfolgemodell Fokker 50 rechnet Frans Swarttouw mit einem Gesamtmarkt für etwa 1250 Flugzeuge solchen Typs, um den allerdings neben dem holländischen Hersteller auch mehrere Konkurrenten anderer Länder kämpfen werden. „Aber in den nunmehr 25 Jahren der ‚Friendship'-Produktion", konstatiert der Generaldirektor, „hatten wir stets mindestens zwei vollwertige Konkurrenten und behaupteten dennoch niemals weniger als 50 Prozent des Marktes."

Auch für die zweimotorige Düsenmaschine F 28 „Fellowship" als jüngere Schwester der „Friendship" bereiten die Fokker-Konstrukteure eine Nachfolgerin vor, deren Rollout für April 1987 geplant ist. Sie soll unter der Typenbezeichnung Fokker 100 angeboten werden und voraussichtlich um 14 Millionen Dollar kosten. Nach Amsterdamer Darstellung ist das Interesse auf dem betreffenden Marktsektor ebenso groß wie für die projektierte Fokker 50 auf dem ihren.

Als sicher wird vorausgesetzt, daß sich der niederländische Staat trotz angespannter Finanzlage kräftig an der Vorfinanzierung beteiligt. Als die Fokker-Werke vor zwei Jahren mit McDonnell Douglas als amerikanischem Partner die gemeinsame Entwicklung eines neuen Verkehrsflugzeuges mit 150 Passagierplätzen unter der Bezeichnung MDF-100 planten, hatte die damalige holländische Regierung eine Mitfinanzierungssumme von umgerechnet etwa 700 Millionen Mark in Aussicht gestellt. Fokker hatte sich wenig später aus dem Projekt zurückgezogen, weil nach Überzeugung der Direktion für eine solche Maschine in absehbarer Zeit kaum ein Markt zu finden gewesen wäre. (SAD)

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bochum: Laboratoriumsbedarf u. Chemikalien Dr. Heinrich Trilling Nachf. GmbH; Walter Nolff GmbH & Co. KG; **Celle:** Siegfried Dorin, Holzbearbeitung GmbH, Hambühren; S. Dorin Holzhandel GmbH, Hambühren; **Coesfeld:** Käthe Uphues, Kauffrau, Heek; **Detmold:** BLW Polstermöbel GmbH, Blomberg; **Hamburg:** Joachim Wilhelm Georg Fechner, Kaufmann; Nachl. d. Brigitte Anni Erdmann; **Krefeld:** Maschinenfabrik Carl Zangs Aktiengesellschaft; **Landshut:** Nachl. d. Helmut Georg Sonnleitner, Landau/Isar; **Mainz:** Compact Bau GmbH, Mainz-Weisenau; Wonbau am Lerchenberg Bauträger u. Baubetreuungsges. mbH; **Mönchengladbach:** Bernh. Heinemann GmbH; **Nürnberg:** Rudolf Bernklau; **Plön:** Nachl. d. Wilhelm Paul Kölln.

Vergleich eröffnet: Freudenstadt: Hans Mäder K. G. Möbelfabrik, Dornstetten.

Vergleich beantragt: Bitburg: GmbH und KG d. Holzmarkt Kurt Vegelahn GmbH & Co. KG, Birgel; **Celle:** Willi u. Helmut Schepelmann, Klein-Eicklingen, Inh. Bautechniker Helmut Schepelmann; **Duderstadt:** Franz Borchardt GmbH, Bauunternehmen; **Hagen:** KG i. Proll & Lohmann; **Neunkirchen:** Kaiserslauterner Fahrzeug- u. Maschinenbau AG, KFM; **Schwäbisch Gmünd:** KG i. Gebr. Kühn.

NAMEN

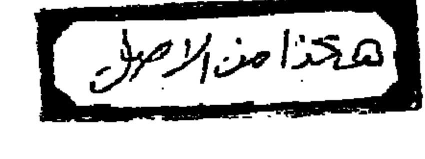
Frank Heide beendet zum Jahreswechsel in freundschaftlichem Einvernehmen seine Tätigkeit als persönlich haftender Gesellschafter von Hauck & Sohn Bankiers KGaA. Er bleibt der Bank verbunden durch Vertretung in Aufsichtsgremien von Tochter- und Beteiligungsgesellschaften und als persönlich haftender Gesellschafter der Grundstücksgesellschaft M. G. Hauck & Co.

Ernst Ellsiepen, von 1948 bis 1976 Mitglied der Geschäftsführung der Rheinischen Kalksteinwerke GmbH und Dolomiotwerke GmbH in Wülfrath, ist im Alter von 74 Jahren gestorben.

Dieter Fastenrath, bislang Vertriebs- und Marketingdirektor der Saab Deutschland GmbH, wird zum Jahresbeginn 1984 Nachfolger des aus Gesundheitsgründen ausscheidenden Vertriebsdirektors **Gerhard Andler** bei der Citroën Automobil AG Deutschland, Köln.

Dr. Peter Genschler, Geschäftsführer der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung (GfW) des Landes Nordrhein-Westfalen, ist zum Geschäftsführenden Vorstandsmitglied der Deutsch-Japanischen Gesellschaft am Niederrhein gewählt worden.

Dr. Raimund Rämisch, seit Jahresbeginn einer der persönlich haftenden Gesellschafter der Pfeiffer + Langen KG, Köln, hat von dem ausscheidenden persönlich haftenden Gesellschafter **Günther Tintelnot** (65) den Geschäftsbereich Verkauf übernommen. Tintelnot übernimmt den Vorsitz im Gesellschafterausschuß von **Joachim Pfeiffer**.



Renten wenig verändert

Am Rentenmarkt kamen größere Umsätze noch nicht wieder zustande. Die vor den Weihnachtstagen freundliche Tendenz fand keine Fortsetzung. Im öffentlichen Bereich gab es aber Kursbesserungen von durchschnittlich 0,10 Prozentpunkten; in Einzelfällen jedoch auch Abschläge bis zu 0,25. DM-Auslandsanleihen lagen gut behauptet. Am Pfandbriefmarkt wurden die Renditeangleichungen fortgesetzt, ohne daß darin schon Kursbegradigungen im Hinblick auf den Jahresultimo gesehen werden müssen. Ohne Zweifel besteht aber die Tendenz, die Kurse nach Möglichkeit noch nach oben zu bringen.

	27. 12.	23. 12.
M 5½ Bayer.Habe Pf 14	90,5G	90,5G
6 dgl. Pf 20	82G	82G
6½ dgl. Pf. 2	84G	84G
7 dgl. Pf 3	93,5G	93,5bG
7 dgl. Pf 27	100,1G	100,1G
5½ dgl. KS 14	85,75G	85,75G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	123,75G	123,75G
5½ dgl. Pf 11	130,5G	130,5G
6 dgl. Pf 34	78G	78G
6 dgl. KO Pf 50	99,7G	99,7G

	27. 12.	23. 12.
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	117G	117G
6 dgl. 14	88,75	88,75
6 dgl. 47	78G	77G
10 dgl. IS 46	102,25G	102,25G
F 5 Helaba Pf 8	110G	110G
6 dgl. Pf 80	92,85G	92,85G
8 dgl. Pf 73	100G	100G
4 dgl. KO 5	102	102
H 6 Hyp.l.Hbg. Pf 96	79,75G	79,5

	27. 12.	23. 12.
M 5 Verbank Nbg. Pf 55	117G	117G
6 dgl. Pf 95	77G	77G
7 dgl. Pf 100	99G	99G
D 8 WestLB Pf 350	100,3G	100,3G
6½ dgl. Pf 403	95,9G	95,9G
9½ dgl. Pf 1007	104,45G	104,45G
8 dgl. Pf 1015	97,55G	97,55G
7 dgl. KO 558	99,2G	99,2G
6½ dgl. KS 420	94,25G	94,25G
9½ dgl. KO 1301	104,1G	104,1G

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

	27. 12.	23. 12.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	81G	81G
6½ dgl. Pf 5	86G	86G
7 dgl. Pf 2	99G	99G
F 7½ Bakola Pf 104	99,75G	99,75G
9 dgl. Pf 106	102,1G	102,1G
10 dgl. Pf 108	106,8G	106,8G
7 dgl. KS 132	94,25G	94,25G
8 dgl. KS 155	97,75G	97,75G
9 dgl. KS 168	101,85G	101,85G

Bundesbahn

		27. 12.	23. 12.
7¼ dgl. 83 S.39	6/88	96,75G	96,75
7½ dgl. 83 S.40	6/88	97,65	97,55
8 dgl. 83 S.41	6/88	99,15	99,1
8 dgl. 83 S.42	9/88	99,15	99,15bG
4 Abl. 57*	4/84	100,3G	100,3G
7½ Bdbahn 72	2/84	100,1	100,05G
8 dgl. 72	8/84	100,8	100,8
8½ dgl. 76	9/84	101G	101
6 dgl. 78 III	11/84	99,3	99,3bG

Optionsscheine

Sonderinstitute

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Industrieanleihen

Wandelanleihen

Ausländische Aktien

Warenpreise – Termine

Einbußen in allen Sichten verzeichneten am Freitag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Zumeist stetig wurde Kupfer bewertet. Während Kaffee fester schloß, ging Kakao leicht abgeschwächt aus dem Markt.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	23. 12.	22. 12.
März	361,00	358,75
Mai	357,75	355,50
Juli	345,00	341,50

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	23. 12.	22. 12.
St. Lawrence 1 CW	248,10	248,30
Amber Durum	259,60	260,20

Hafer Winnipeg (can. $/t)	23. 12.	22. 12.
Dez.	129,00	129,40
März	133,70	133,80
Mai	135,40	135,20

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	23. 12.	22. 12.
März	142,10	141,80
Mai	138,20	137,75
Juli	135,95	135,40

Kakao New York ($/t)	23. 12.	22. 12.
Terminkontr. März	2615	2630
Mai	2585	2590
Juli	2580	2565
Umsatz	1179	5323

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Jan.	6,85	6,97
März	8,26	8,33
Mai	8,65	8,66

Zucker London (£/t)		
Rohzucker Dez.	–	–
März	145,00	148,00–148,25
Mai	–	154,25–155,00
Umsatz	559	735

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	23. 12.	22. 12.
schw. Sarawak spez.	430,00	430,00
weißer Sarawak	672,50	667,50
weißer Muntok	680,00	680,00

Öle, Fette, Tierprodukte

Wolle, Fasern, Kautschuk

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	23. 12.	22. 12.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	23. 12.	22. 12.
Jan.	14 049	14 063
Febr.	14 040	14 075

Kautschuk London (p/kg)	23. 12.	22. 12.
Nr. 1 RSS loco	83,00–84,50	–
Jan.	–	82,50–82,60
Febr.	84,10–84,20	83,90–84,00
Jan./März	–	84,00–85,10
Tendenz: –		

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Westdeutsche Metallnotierungen

NE-Metalle

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller.

Messingnotierungen

	27. 12.	23. 12.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	–	365–379
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	–	414–416
MS 63	–	411–415

Edelmetalle

Internationale Edelmetalle

	23. 12.	22. 12.
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	102 600	102 600
Silber (p/Feinunze) London Kasse	–	617,85
3 Monate	–	631,45
6 Monate	–	647,45
12 Monate	–	679,70
Platin (£-Feinunze) London fr. Markt	–	270,70
Palladium (£-Feinunze) London	–	–
1. Händlerpr.	118,05	118,60

New Yorker Metallbörse

Londoner Metallbörse

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn, Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheiba (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav

Stahl- und Maschinenbauaktien gefragt

Trotz schleppender Umsätze allgemein gut behauptete Aktienkurse

DW. – Der Aktienhandel kam nach den Feiertagen nur zögernd wieder in Gang. Zum Teil wird dies auf die laufenden Jahresabschlußarbeiten zurückgeführt. Doch trotz der geringen Umsatztätigkeit blieb der freundliche Grundton erhalten. Dies wurde besonders bei einigen Stahl- und Maschinenbauwerten sichtbar. In den Augen vieler Börsianer hat die Stahlkrise ihren Höhepunkt überschritten, so daß jetzt die Aktien der Stahlkonzerne neu bewertet werden müssen. Ähnliches gilt für den Maschinenbaubereich.

Im Stahlbereich erwiesen sich die Hoesch-Aktien mit einem Anstieg um 4,50 DM auf 110 DM weiterhin als Spitzenreiter. Die holländischen Hoogovens-Aktien wurden sogar mit Plus angekündigt. Klöckner-Werke nahmen mit einem Anstieg um 3 DM auf 43 DM jetzt an der Aufwärtsbewegung der Stahlpapiere teil, während Thyssen auf der Stelle traten. Die US-Tochter Budd mit ihren hohen Verlusten erweist sich als Hemmschuh. Bei den Maschinenbaupapieren machten GHH-Stämme mit einem Anstieg um 4,50 DM auf 18 DM von sich reden. Ebenso wie die MAN-Stämme (plus 5 DM), obwohl beide Unternehmen unabhängig vom Konjunkturverlauf noch eine längere Durststrecke vor sich haben.

Düsseldorf: Gerresheimer Glas erhöhten sich um 5 DM auf 114,50 DM, Leffers befestigten sich um 3 DM auf 402 DM, und Neckermann konnten sich um 4 DM auf 119 DM verbessern. Pegulan St. fielen um 9 DM auf 257 DM, Bilfinger gaben um 3 DM auf 205 DM nach, und Dykerhoff St. verminderten sich um 4 DM auf 230 DM.

Frankfurt: Das Börsengeschäft zu Beginn der letzten Woche des Jahres zeigte bei minimalen Umsätzen kaum Veränderungen. Lediglich bei Stahl- und Maschinenbauwerten kam es zu einigen Umsätzen. So stiegen GHH-Stämme um 5,50 DM auf 157 DM, Hoesch um 4 DM auf 110 DM so wie Klöckner um 2,50 DM auf 44 DM.

Hamburg: Triton wurden mit 140 DM plus 3 DM und Bremer Vulkan mit 38,50 DM plus 1,50 DM gehandelt. Zu unveränderten Kursen gingen HEW mit 1000 DM und NWK-Vz. mit 177,50 DM aus dem Markt. Abschläge erlitten Markt und Kühlhallen bei 319 DM minus 2 DM sowie Haller Meurer bei 210 DM minus 8,90 DM.

München: Agrob Vz. befestigten sich um 10 DM auf 315 DM, Augsburger Kammgarn konnten sich um 1 DM auf 99 DM verbessern, und Grünzweig stiegen um 2 DM auf 168 DM. Gehe AG fielen um 2 DM auf 228 DM, Otto Stumpf St. verminderten sich um 4 DM auf 124 DM.

Berlin: Orenstein zogen um 9,50 DM an und Concordia Chemie wurden um 5 DM höher taxiert. Bekula lagen um 1,20 DM, DUB-Schultheiss, Rheinmetall und Schering um je 1 DM freundlicher.

Nachbörse: freundlicher

WELT-Aktienindex vom 27. 12.: 151,2 (150,8); WELT-Umsatzindex vom 27. 12.: 2868 (3829)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

DM-Anleihen

Ausland

New York

	23.12.	22.12.		23.12.	22.12.
Continental Group	52,50	53,25	Nat. Semiconductor	16,25	16,50
Control Data	44,25	44,625	National Steel	34,125	34,75
CPC Int.	38,375	38,375	NCR	125,375	124,75
Curtiss Wright	48	48	Newmont	50,75	51,25
Deere	38,125	38,50	PanAm World	8,375	8,625
Delta Airlines	40	40,25	Pfizer	35,25	35,375
Digital Equipm.	71,75	70,875	Philbro	30,50	30,375
Dow Chemical	30,375	31	Philips Petroleum	33,125	33,25
Du Pont	51,25	51,125	Philip Morris	72	72
Eastern Gas-Fuel	23,125	23,125	Pittston	14	13,875
Eastman Kodak	75,50	75,25	Polaroid	31,75	31,25
Exxon	37,125	37,375	Prime Computer	17,125	17,25
Fabergé	25,25	24,75	Procter & Gamble	57	57
Firestone	22,25	22,375	RCA	34	31,875
Fluor	45,625	18	Revlon	32,50	32,25
Ford	15,625	43,50	Reynolds Ind.	59,625	59,75
Foster Wheeler	44,50	15,625	Rockwell Int.	33,25	33,75
Fruehauf	16,75	43,875	Rorer Group	29,50	29,25
GAF Corp.	57,75	16,375	Schlumberger	47,875	48,125
General Dynamics	58,125	57,375	Sears, Roebuck	36,25	36,875
General Electric	58,125	58,50	Shell Oil	37,75	38,125

Toronto

	23.12.	22.12.
Abitibi Price	–	24,625
Alcan Alu.	48,125	48
Bk. of Montreal	27,50	27,50
Bk. of Nova Scotia	44,50	44,50
Bell Cdn. Enterpr.	32,875	32,75
Bluesky Oil	3,85	4
Bow Valley Ind.	25	25
Brenda Mines	–	15,75
Brunswick M. & Sm.	21,875	21,50
Cdn. Imperial Bk.	30,50	30,625
Cdn. Pacific Ltd.	50,125	50,125
Cdn. Pacif. Enterpr.	24,25	24
Cominco	59,50	59,50
Conwest Res.	4,20	4,10
Denison Mines	45,875	45,75
Dome Petroleum	4,25	4,25
Domtar	–	30,875
Falconbridge Ltd.	71	72
Great Lakes Forest	–	63,50
Gulf Canada	16,50	16,50
Gulfstream Res.	0,98	0,94

London

All. Breweries	141	142
Anglo Am. Corp. $	16,00	15,87
Anglo Am. Gold $	111,25	109,25
Babcock Int.	155	–
Barclays Bank	489	489
Beecham	318	321
Bowater	265	269
B. A. T. Industries	172	174
Br. Leyland	61	–
British Petroleum	395	396
Burmah Oil	175	175
Cadbury Schweppes	118	–
Charter Cons.	–	–
Cons. Gold. Fields	494	–
Cons. Murchison	825	800
Courtaulds	126	127
De Beers $	737	733
Distillers	236	234
Driefontein $	32,62	–
Dunlop	40	39

Mailand

Finsider A	47	45
Generali	33890	33400
IFI Vz.	4755	4740
Italcementi	38800	39450
Italgas	1075,50	1070
Lepetit St.	24220	24200
Magneti Marelli	860	860
Mediobanca	51400	51000
Mondadori	2420	2350
Montedison	223	220
Olivetti Vz.	3498	3630
dgl. St.	3885	3871
Pirelli SpA	1475	1450
Rinascente	349,75	352,5
RAS	49400	50400
S. A. I.	16680	16000
SIP	1694	1695
Snia Viscosa	1288	1285
STET	1720	1718
Index	–	190,31

Amsterdam

Index: ANP/CBS	126,70	124,1

Wien

Creditanstalt-Bkv.Vz.	213	210
Gösser-Brauerei	320	318
Länderbank Vz.	213	212
Österr. Brau AG	296	295
Perlmooser	309	307
Reininghaus	384	384
Schwechater Br.	154	154
Semperit	–	–
Steyr-Daimler-P.	164	162
Universale HochTief	207	–
Veitscher Magnesit	–	210
Index	56,02	55,43

Tokio

Sumitomo Bank	502	500
Sumitomo Marine	243	245
Takeda	739	737
Teijin	399	390
Tokyo Marine	549	535
Tokyo El. Power	1120	1090
Toray	419	414
Toyota Motor	1470	1460
Index	728,74	712,9

Kopenhagen

Den Danske Bank	347	359
Jyske Bank	665	675
Kopenh. Handelsbk.	317	330
Novo Industri	2875	2920
Privatbanken	325	337
Ostasiat. Komp.	179	183
Dan. Sukkerfabr.	671	669
For. Bryggerier St.	1215	1235
Kgl. Porc. Fabr.	400	480

Brüssel

Arbed	1222	1222
Brux. Lambert	2345	2355
Cockerill Ougrée	180	178
Ebes	2510	2520
Gevaert	3000	3070
Kreditbank	–	–
Petrofina	6010	6040
Soc. Gén. d. Belg.	1700	1710
Sofina	5540	5530
Solvay	3495	3505
UCB	4400	4305
Index	136,77	134,44

Singapur

Cycle + Car.	4,20	4,10
Cold Storage	5,00	5,10
Dev. Bk. of Sing.	9,95	9,95
Fraser + Neave	6,50	6,60
Kl. Kepong.	3,16	3,18
Mal. Banking	9,15	9,25
Nat. Iron	4,35	6,35
OCBC	11,20	11,20
Sime Darby	2,48	2,45
Singapur Land	5,85	5,95
Un. Overs. Bank	5,75	5,75

Sydney

ACI	geschlossen	1,88
Ampol. Explor.		3,90
Bk. New S. Wales		3,88
Brok. Hill. South		–
Brok. Hill. Prop.		13,90
Coles		3,90
CRA		5,80
CSR (Theiss)		3,97
Metals Expl.		0,48
MIM-Holdings		3,85
Myer Emporium		2,05
North Broken Hill		3,16
Oakbridge		1,13
Peko Wallsend		4,10
Poseidon		4,68
Thomas Nat. Tr.		2,78
Waltons		–
Western Mining		4,35
Woodside Petr.		1,15
Index		762,4

Optionshandel

Frankfurt: 27. 12.: 1018 Optionen = 51 525 (57 400) Aktien, davon 119 Verkaufsoptionen = 6300 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 1-80/3,6, 1-85/1,4, 4-80/7, 4-85/7, 7-85/10, 7-90/9, 7-95/6, BASF 1-444,3/24, 1-54,3/14, 1-160/9,6, 1-170/3, 4-170/9,7, 4-180/5,9, 7-180/9,65, 7-200/5, Bayer 1-150/18, 1-160/9,6, 1-170/3, 4-180/6, 7-170/18,6, 7-180/11, BBC 1-220/8, BHF 4-290/11,7, Bekula 4-100/3,9, BMW 7-460/25, Bay. Vereinsbank 1-320/8,6, Commerzbank 1-160/10,5, 1-170/3,6, 4-170/12,6, 4-180/6,5, 7-170/16,4, 7-180/13, Conti 1-100/18,6, 1-110/9,6, 1-120/2,5, 4-110/16, 4-120/10, 4-130/4,6, 7-120/14,9, 7-130/10,9, Daimler 1-592,8/53,5, Dt. Babcock St. 4-190/12,6, Deutsche Bank 1-320/14, 1-330/6, 1-340/4, 4-310/35, 4-340/14,6, 4-350/9,5, 7-330/24,8, 7-380/9,7, Dresdner Bank 1-156/16, 1-170/5, 4-170/13,6, 4-180/8, 4-190/6, 7-180/14, 7-190/9,4, GHH St. 4-140/18, 4-156/10,5, 7-150/11, GHH Vz. 7-150/6, Hoechst 1-170/10,6, 1-180/2,1, 4-180/10,1, 7-180/17,1, 7-190/12, Hoesch 1-90/16, 1-100/8, 4-100/12,8, 7-110/11, Karstadt 4-300/7,45, Kaufhof 1-270/4, 4-280/10, Klöckner 1-35/7,2, 1-40/2,6, 7-40/6,5, 7-45/5,2, Lufthansa St. 4-140/12, M.A.N. 1-140/5,50, Mannesmann 4-130/14,6, 4-140/7,30, 4-150/5, 4-160/3, 7-140/13,95, 7-150/7,6, RWE St. 1-170/6,5, 1-180/1, 4-180/8, Schering 4-380/15, Siemens 1-340/40, 1-350/30, 1-360/21, 1-380/5, 4-370/24,5, 7-400/19,4, 7-420/10,7, Thyssen 1-80/3,45, 1-85/1,6, 4-75/12,1, 4-80/7,5, 4-85/5,5, 7-85/7,5, 7-90/6,5, Veba 1-170/2,5, 4-180/4,5, 7-170/14,9, 7-180/8,4, VEW 4-130/4,5, VW 1-190/23,8, 1-200/16, 1-210/8, 4-210/22, 4-220/16,5, 4-230/10, 7-210/28, 7-220/25, 7-230/16, Chrysler 1-80/1, 7-85/7,7, ELF 7-60/5,2, Norsk Hydro 4-180/8, Royal 7-120/12,4. – **Verkaufsoptionen:** AEG 4-80/3, 4-85/6,4, 7-75/2,55, 7-80/4,4, BASF 7-170/5,6, Bayer 7-170/5, BHF 4-270/4, BMW 4-420/8, Conti 4-120/3, 7-120/5, Daimler 4-630/5, Deutsche Bank 4-320/4, Dresdner Bank 4-170/4,5, GHH St. 1-150/3,5, Hoesch 7-100/4, KHD 4-280/16,5, Klöckner 4-35/2, 4-40/2,85, 7-40/3, Lufthansa St. 4-140/3,8, 7-140/5, Mannesmann 7-130/4,95, Thyssen 4-75/2,3, 7-75/2,6, Veba 1-170/3, 4-170/4,6, 7-160/2,4, 7-170/5,5, VW 4-200/1,5, 7-200/3, 7-210/4,5, Chrysler 1-75/0,90, 1-85/9, 7-75/5,5, Royal Dutch 7-120/6,5 (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 23. 12.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	10¼–10⅜	6⅛–6⅜	4⅜–4⅝
3 Monate	10½–10¾	6⅛–6⅜	4¼–4½
6 Monate	10¼–10⅜	6¼–6½	4¼–4½
12 Monate	10½–10¾	6⅜–6⅝	4⅛–4½

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 27. Dezember folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1490,00	1812,60
10 US-Dollar (Indian)**)	1188,00	1388,86
5 US-Dollar (Liberty)	455,00	609,90
1 £ Sovereign alt	243,00	299,82
1 £ Sovereign Elizabeth II	237,00	292,98
20 belgische Franken	187,00	240,54
10 Rubel Tscherwonez	253,00	315,78
2 südafrikanische Rand	238,00	292,98
Krüger Rand, neu	1088,00	1255,14
Maple Leaf	1086,00	1255,14
Platin Noble Man	1097,00	1290,48
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	257,00	324,90
20 schweiz. Franken „Vreneli"	208,00	265,62
20 franz. Franken „Napoléon"	203,00	259,92
100 österr. Kronen (Neuprägung)	984,00	1185,60
20 österr. Kronen (Neuprägung)	197,00	247,38
10 österr. Kronen (Neuprägung)	101,00	132,24
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	462,00	566,58
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	110,00	148,20

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

27. 12. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Wechs. Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurse 4)	Ankauf	Verkauf
New York 3)	2,7552	2,7632	2,7324	2,71	2,80
London 1)	3,944	3,958	3,919	3,87	4,02
Dublin 1)	3,094	3,108	3,058	3,03	3,18
Montreal 3)	2,2115	2,2195	2,1853	2,16	2,25
Amsterd.	88,880	89,100	88,89	87,75	89,75
Zürich	125,650	125,850	125,75	124,75	127,00
Brüssel	4,895	4,915	4,846	4,71	4,93
Paris	32,615	32,775	32,095	32,00	33,75
Kopenh.	27,545	27,665	27,325	26,50	28,50
Oslo	35,420	35,540	34,88	35,00	36,75
Stockh.**)	34,100	34,260	33,72	33,00	34,75
Mailand 2) **)	1,643	1,653	1,603	1,61	1,71
Wien	14,180	14,200	14,173	14,00	14,32
Madrid**)	1,743	1,763	1,69	1,66	1,78
Lissabon**)	2,075	2,095	1,98	1,60	2,40
Tokio	1,1800	1,1830	–	1,14	1,20
Helsinki	46,970	47,170	46,97	46,00	47,75
Buen. Air.	–	–	–	–	10,00
Rio	–	–	–	0,05	0,45
Athen*) **)	2,743	2,797	–	2,10	2,90
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,4850	2,5040	–	2,40	2,51
Johannesbg.*)	2,2530	2,2720	–	2,13	2,38

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Mit Befriedigung wurde am 27. 12. der Rückgang der amerikanischen Geldmenge M 1 um 2 Milliarden Dollar am Freitag zur Kenntnis genommen. Der Handel beschränkte sich erneut auf die Ausführung von kommerziellen Orders bei einer Schwankungsbreite von 2,7540 bis 2,7610. Die Deutsche Bundesbank glich durch eine Abgabe von 3,15 Millionen Dollar die vorhandene Nachfrage zur Notiz von 2,7592 aus. Die Mehrzahl der übrigen amtlich notierten Währungen wies geringe Kursverluste gegenüber der D-Mark aus. Dollar in: Amsterdam 3,1005; Brüssel 56,39125; Paris 8,4400; Mailand 1675,00; Wien 1944,90; Zürich 2,1942; Ir. Pfund/DM 3,101; Pfund/Dollar 1,4319; Pfund/DM 3,951; FF/DM 32,695.

Ostmarkkurs am 27. 12. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,00; Verkauf 21,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Die Terminmärkte lagen am 27. Dezember nahezu unverändert gegenüber Vorwochenschluß.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,00/0,90	2,73/2,63	5,20/5,10
Pfund/Dollar	0,14/0,17	0,31/0,35	0,50/0,55
Pfund/DM	1,00/0,20	3,50/2,20	6,70/5,20
FF/DM	25/9	67/51	128/112

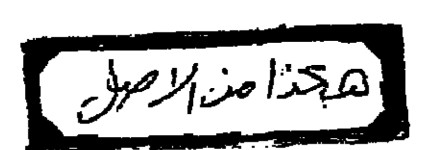
Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 27. 12.: Tagesgeld 5,5–5,6 Prozent; Monatsgeld 6,45–6,6 Prozent; Dreimonatsgeld 6,4–6,55 Prozent.

Privatdiskontsätze am 27. 12.: 10 bis 29 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 27. 12.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. September 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/13 (Typ A) 5,50 (5,50) – 8,00 (6,71) – 8,00 (7,11) – 8,50 (7,42) – 8,50 (7,60) – 10,00 (7,98), Ausgabe 1983/14 (Typ B) 5,50 (5,50) – 8,00 (6,74) – 8,00 (7,18) – 8,50 (7,69) – 10,00 (8,06) – 10,00 (8,35). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 6,21, 2 Jahre 7,52. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,25, Kurs 100,80, Rendite 8,10.



Wo du hingehst, da will ich auch hingehen; wo du bleibst, da bleibe ich auch.
Ruth. 1, 16

Gerda Gassmann

geb. Isenhagen

8. 10. 1922 14. 12. 1983

In tiefer Trauer
Hans Isenhagen
im Namen aller Angehörigen

Die Beisetzung hat in aller Stille stattgefunden.

Wir haben es uns nicht vorstellen können, und dennoch ist es geschehen. In der Nacht zum 25. 12. 1983 ist unser geliebter Ehemann, Vater, Bruder, Schwiegervater und Großvater

Günter Rieck

Bildhauer

Kupferkanne, Kampen/Sylt
geboren am 5. 7. 1910 in Stettin

nach kurzer, schwerer Krankheit in Düsseldorf verstorben. In unserer Bestürzung bleibt uns der Trost, daß er ein glückliches, erfülltes Leben gehabt hat. Wir behalten ihn mit Liebe und Stolz in unserem Gedächtnis.

Ruth Rieck, geb. Wellner

Edith Setzke, geb. Rieck
Gunther Rieck

Cornelia Köster, geb. Rieck
und Reimer Köster
Doris Hühnerbein, geb. Rieck
und Lothar Hühnerbein
Andreas Rieck
Randolf Rieck
und ihre Mutter Ursula Rieck
geb. Beitzen

Jochen Wagner

Christel Gießel, geb. Rieck

und 8 Enkelkinder

Kupferkanne, Kampen/Sylt

Familienanzeigen und Nachrufe

können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden

Telefon:
Hamburg
(0 40) 3 47–43 80,
–39 42 oder –42 30
Berlin
(0 30) 25 91–29 31
Kettwig
(0 20 54) 1 01–5 18
und 5 24

Telex:
Hamburg
2 17 001 777 as d
Berlin 1 84 611
Kettwig 8 579 104

Für alle, die abgelegen wohnen...

Erhalten Sie die WELT erst im Laufe des Vormittags per Post? Gehen Sie aus dem Haus, bevor die Zeitung in Ihrem Briefkasten ist? Vielleicht wäre es für Sie einfacher, sich auf dem Wege in die Stadt an einem Kiosk täglich Ihr WELT-Exemplar abzuholen. Das Scheck-Abonnement der WELT ist dafür vorteilhaft.

Für alle, die viel unterwegs sind...

Heute in München, morgen in Hamburg, übermorgen in Frankfurt, Bonn oder Berlin... Sieht so Ihr Terminkalender aus? Dann ist das Scheck-Abonnement der WELT wie geschaffen für Sie.

Für alle, die im Inland Urlaub machen...

Planen Sie für die nächste Zeit eine Reise? Eine einfache und preisgünstige Art, auch unterwegs die gewohnte Zeitung zu bekommen, ist das Scheck-Abonnement der WELT.

Für alle, die eine Geschenk-Idee suchen...

Wollen Sie einem Studenten, einem tüchtigen Lehrling, einem Soldaten, einer Jugendgruppe oder irgendeinem jungen Verwandten eine Freude machen? Das Scheck-Abonnement der WELT ist auch hierfür hervorragend geeignet.

Das Scheck-Abonnement der WELT

Es ist eine moderne, einfache und preisgünstige Art, eine Zeitung zu beziehen. Es bietet die Vorteile des Kaufs an einem beliebigen Kiosk zu den Bedingungen des Abonnements: Sie kaufen von der WELT Gutscheinhefte zum Preis von je DM 25,60. Jedes Gutscheinheft enthält 21 Werktags- und 5 Samstags-Gutscheine. Die Gutscheine sind mehrere Monate gültig und können an jeder der rund 20 000 inländischen WELT-Verkaufstellen eingelöst werden. Sie erhalten die WELT also dann und dort, wann und wo Sie wünschen.

Hinweis für den neuen Abonnenten
Sie haben das Recht, Ihre Abonnements-Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum genügt) schriftlich zu widerrufen bei:

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36, Telefon: 347 42 05

Bestellschein

Bitte ausfüllen und einsenden an:

DIE WELT, Vertriebsabteilung
Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

○ Bitte schicken Sie mir ab ______ bis auf Widerruf monatlich ______ Expl. des Gutscheinheftes für ein Scheck-Abonnement der WELT zum Preis von je DM 25,60.

Für die Bezahlung warte ich Ihre Rechnung ab, die meine Kunden-Nummer sowie alle Angaben über die Zahlungsweise bzw. das Lastschrift-Einzugsverfahren enthält.

Name: ______

Straße: ______

PLZ/Ort: ______

Beruf: ______ Telefon: ______

Datum: ______ Unterschrift: ______

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Unterschrift: ______

01–873

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Stahlhandel

konzernfrei, Vertragshändler in allen Produktbereichen, sucht

freie Mitarbeiter

mit Kontakten zu Großverbrauchern der Stahlverarbeitung (Walzstahlprodukte, Profile, Flacherzeugnisse, Qualitäts- und Edelbaustähle) für den Lager- und Streckenbezug auf Provisionsbasis.

Gewünschte Diskretion wird selbstverständlich zugesichert. Wenn Sie sich angesprochen fühlen, nehmen Sie bitte Kontakt auf unter U 3087 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Der Tägliche Submissions-Compaß aus Köln
bringt täglich die neuesten Ausschreibungen der Baubehörden des Bundes, der Länder und der Kommunen. Probenummern kostenlos vom Verlag Ewald Schawe, Beobachter vom Bau seit 1918.
Postf. 800 166, 5000 Köln 80, Tel. 02 21/61 31 81

● Steuerspezialisten ●

auf Erfolgsbasis, nehmen noch Mandanten – Gewerbeunternehmen – an. Duch sinnvolle Steuerplanung werden erhebliche Liquiditäts- und Nettoertragssteigerungen planmäßig realisiert.
Anfr. u. U 2823 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

44jähr. Allround-Mann

für besondere Einsätze, auch international. Jeder Auftrag auf Erfolgshonorar
Angeb. an
General Consulting
Postfach 285, 1000 Berlin 62

Ideen - Patente - Verwertung vermittelt. Zschr. u. L 3080 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen, oder Tel. 04 21/89 00 67

Bei Antworten auf Chiffreanzeigen immer die Chiffre-Nummer auf dem Umschlag vermerken!

LAGO MAGGIORE

Offriamo:
Gestione in complesso Turistico Residenzale (120 Appartamenti, 2 Piscine, Sauna, 2 Tennis) Servizi - Ristoranti - Bar, Manutenzione parti comuni ed assistenza agli appartamenti. Parziale affitanza Turistica.
Chiediamo:
Ottima reputazione e moralita'. Esperienza nel Ramo, disponibilita' finanziaria per eventuale Acquisto. Dimora fissa in Luogo.
Interessati Scrivere:
ALTAFIDE SA.
Piazza Borromini 15
CH-6816 Bissone
Tel. 00 41 91 / 68 56 23

Wir kaufen

fast jeden Warenposten aus dem Food-Non-food-Bereich.
Angebote:
Tel. 06 81 / 5 78 11, FS: 4 421 282.

Vertrieb

für neuartiges kosmetisches Produkt gesucht. Wir befassen uns mit der Herstellung von Depilator-Pulver Neu in Deutschland. Es wird die Zusammenarbeit mit einer Vertriebsfirma für die gesamte Bundesrepublik gesucht.
KEYLAB-Kosmetik,
Postfach 12 53
6908 Wiesloch

STELLENGESUCHE

Industriemeister Metall und Schweißfachmann (DVS)

mit guten Kaufm.-Kenntnissen, 39 Jahre, mit Erfahrung in Betr.-Leitung, Schweißaufsicht, Montage und Baustellenleitung auf dem Gebiet Stahl-Anlagen-Rohrleitungsbau, sucht Stellung oder festen Arbeitsvertrag als Baustellen- oder Betr.-Leiter im Ausland.

Aussagefähige Angebote bitte an J. Reuter, 4720 Beckum, Sudhoferweg 55, Tel. 0 25 21 / 40 95

Biochemiker (47), Frührentner

sucht interessantes Arbeitsgebiet (gegen Unkostenvergütung), 25 Publikationen in namhaften Fachzeitschriften. Langjährige Forschungserfahrung in Max-Planck-Institut, Universitätsklinik sowie multinationalem pharmazeutischem Konzern.

Angebote unter T 3086 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Montagearbeit – Ausland

2 Facharbeiter, Baumaschinist/Kfz-Mech., Stahlbauschl./Blechner.
Auslandserfrg. S.A. (Orient oder Asien)
Angebote unter N 3082 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Export-Verkaufsleiter

dynamisch, vollengagiert m. nachweisbaren Exporterfolgen sucht neue herausfordernde Aufgabe bei expandierendem Unternehmen.
Zuschr. u. M 3081 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kaufmann, 37 J., sucht kurzfr. Außendiensttätigkeit im Angestelltenverhältnis. (Keine Versicherung). Angeb. erb. u. PG 47 427 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

IMMOBILIEN/KAPITALIEN

See- und Alpenblick mit Steuervorteilen:
Konstanz/Bodensee · Bauherrengemeinschaft · Haus Halm

Das historische Haus Halm als neues attraktives Wohn- und Geschäftszentrum mitten in Konstanz-Altstadt, 130 m vom See ● Zweigeschossige Passagen mit 2000 m^2 Geschäftsraum hinter Arkaden (u. a. Restaurant, Café, Treffs) ● 2000 m^2 Wohnungen unterschiedlicher Größe, z.T. Balkone, Dachterrassen, Wintergärten ● Alle steuerlichen Vorteile des Bauherrenmodells ● Zusätzlich 10 Jahre jährlich 10 % Sonderabschreibung nach § 82 i EStDV für denkmalgeschützte Bauten ● Schließungsgarantie per 31.12.83 ● Garantierte Bezugsfertigkeit per 31.12.84 ● Hohe Rendite ● Liquiditätsüberschuß in Bau- und Mietphase möglich ● Erfahrene Vertragspartner.

gps GESELLSCHAFT FÜR PROJEKTSTEUERUNG IM BAUWESEN MBH
GEBHARDPLATZ 30 7750 KONSTANZ
07531 · 63018

Telefonische Beratung auch samstags und sonntags.
Letzter Notartermin 29. 12. 83, 11 Uhr.

An alle Anleger und Aufteiler!

Wir sind eine Spezialvermittlung für Wohnanlagen, Wohn-/Geschäftshäuser. Unsere Mitarbeiter stehen Ihnen im gesamt. Bundesgebiet zu jeder Zeit zur Verfügung. Bei uns stimmen die Zahlen, man kann es gut für alle Teile rechnen. Bitte füllen Sie untenstehende Zeilen aus, und wir machen Ihnen im kommenden Jahr entsprechende Angebote. Wir vermarkten bei Aufteilung innerhalb kurzer Zeit.
Immobilien Kampling
Bachstr. 15–17, 4330 Mülheim/Ruhr, Ruf 02 08/38 06 39, Telex 856 11 32

Angebot-Gesuch ......
Name, Vorname ......
Anschrift ......
Kaufpreis bis ...... Rufnummer ......

SCHAYK, Noord-Brabant, HOLLAND

Reizende FERIEN-BUNGALOWS, sehr schöne Lage, nahe Autobahn, in ruh. Park „Laytenbroek" od. im Ferienort „Parcival", für 6 Pers. u. kpl. Einrichtung. Bereits ab DM 45 000,–. Besicht. n. tel. Vereinb. (auch i Wochenend.
P. COOLEN VASTGOED B.V., Smidse 29, SCHAYK (Holland), Telefon 00 31 - 88 66 23 49



Ingrid Vahle ab 15% p.a. Vermögensberatung
Zuschriften unter S 92 14 an WELT-Verlag, Postfach 100864, 4300 Essen



Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft e. V.
– Präsidium –
Alfredstraße 73
4300 Essen 1

MIETSHAUS

in Gießen, Bj. 73, Wfl. 320 m^2, 5 Wohneinh., von Privat: 650 TDM.
Zuschr. erb. u. E 3009 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Einmalige Kapitalanlage

Hausgrundstück in NRW-Großstadt, Wertgutachten 5,3 Mio., mit günstiger übernehmbarer Finanzierung, für 3,3 Mio. zu verk.
Tel. 02 09/4 40 71, Mo.–Fr. 8–17 Uhr.

– Das Sonderangebot des Jahrhunderts –

Fredeburg-Schmallenberg/Hochsauerland

Luxus-Villa – Bj. 1978, mit allem Komfort, Fußbodenheizung, 3 Einbauküchen, 3 komf. Bäder, Weinkeller, Gartenhaus mit Grill, Schwimmhalle 4×8, 28 %, Sauna, 2 Solarien, Kneippbad, Trimm-/Tischtennisraum, Hanglage, unverbaubare Fernsicht, direkt am Wald und Kurpark, 731 m^2 mit Gartenanlage und Zierhölzer, 2 Wohnungen 122 u. 126 m^2, Personalwohnung ca. 40 m^2, obere Wohnung 126 m^2, sofort frei, ggf. können beide Wohnungen vermietet (langfristig) werden (Mieteinna. ca. 20 000,– DM). Alle Wohnungen auch als ETW. VK 1 300 000,– DM, 800 000,– DM Anzahlung/Belastungsmöglichkeit, Rest ggf. langfristig auf Rente. Privat-Angebot. Keine Kosten (Makler angenehm)
Tel. 0 29 74 / 67 89

Fünfzig Prozent garantierter Gewinn!

Einen 50%igen Gewinn auf Ihre Gesamtanlage im Zeitraum von 5 Jahren garantiert Horizons 2000 in Zusammenarbeit mit einer bekannten US-Versicherungsgesellschaft.
Langfristigeren Anlegern winken Profite aus jährlichen Ernten, die auf durchschnittlich 65% vom 6. bis einschl. 20. Anlagejahr projektiert sind. Jährliche Gewinne, ausgezahlt auf 3-Monats-Basis, können über Generationen weiterfließen. Informationsmaterial in Englisch, Französisch, Deutsch und Arabisch (Angebote von Maklern erwünscht) erhältlich durch: Globe Plan SA – Av. Mon-Repos 24 – CH-1005 (Schweiz). Tel. (00 41 21) 22 35 12, Telex 25 185 melis ch

NELDEL – DIE GUTE IMMOBILIE

Neldel GmbH & Co. KG · Wohnungsbauunternehmen
Rühmkorffstr. 1 · 3000 Hannover · 0511/3 90 20

Göttingen
Studenten-Appartements:

Investieren Sie unter Ausschöpfung sämtlicher Steuervorteile '83 im Zentrum des neuen Göttinger Universitätsviertels, Ginsterweg.

Möblierte 1- und 2-Zimmer-Wohnungen von 16 m^2 – 52 m^2 mit Dusche, Bad, integriertem Küchenblock und teilweise Balkon. Z. B.: 1-Zi.-Whg. 18,19 m^2 mit Balkon, DM 63.665,–. 3-geschossige Bauweise.
Vermietungssicherheit. Fertigstellung zum Semesterbeginn Herbst '84.

Top-Kapitalanlage mit MWSt.-Option.

Ideal auch für Selbstnutzer.

Baden-Baden

Ersterwerbermodell im historischen Villenviertel oberhalb Kurhaus und Theater, Kaiser-Wilhelm-Str. 23: Eigentumswohnungen in solider handwerklicher Ausführung und eleganter Ausstattung.

Z. B. Wohnfläche 90,4 m^2, Kaufpreis	DM 359 800,–
erforderl. Eigenkapital 10 %	DM 35 980,–
Fremdkapital, Zinsen p.a. 5,25 %, 3 Jahre fest, Auszahlung 91,5 %	
Einkommensteuerersparnis bei Vermietung möglich in 8 Jahren bis zu	DM 153 066,–

Bitte informieren Sie sich vollständig. Informieren Sie sich jetzt!
Tel. 0 72 21 / 2 44 64

Apartbau Baden-Baden
Apartbau-GmbH Bauträger- und Betreuungsunternehmen 7570 Baden-Baden Maria-Viktoria-Straße 3 Telefon (0 72 21) 2 44 64

SPANIEN

Spanischer Geschäftsmann verkauft infolge Domiziländerung

herrschaftlichen Wohnsitz

in Castelldefels (ca. 10 Autominuten von Barcelona).

Großer Salon, Chemineéraum, 5 Schlafzimmer, 3 Bäder, Wohnküche, 2 Terrassen, Doppelgarage, 1000 m^2 Garten, Grill, Tenniswand. In schöner Umgebung, direkt am Strand gelegen.

Verhandlungsbasis:
Fr. 350 000,– (DM 400 000.–).

Offerten unter M/6605/01. 83 an Publicitas Service International CH-4010 Basel

Steuerbonbon 1983

Beteiligung an fertigem Kegelcenter u. Hotel-App. a. d. Ostsee, gar. Rendite höher als Zinsaufw., dir. Grundb.-Eintr., insges. 35 Anteile à 50 000,– DM. Je Anteil ca. 18 000,– DM ges. Werbungsk. in 1983. EK min. MwSt. v. ca. 4000,–.
Immob.-Service
Oberer Ahlenbergweg 49
5804 Herdecke, T. 0 23 30 / 7 30 37

Repräsentative Büroräume Universitätsstadt Freiburg

In einem der schönsten Bürohochhäuser, im Volksbankgebäude mit Parkgarage bieten wir in unmittelbarer Zentrumsnähe Büroräume im 8. OG mit herrlicher Aussicht zur Anmietung ab 1. 2. 1984 an. Die Flächen sind teilweise variabel, die Bedingungen interessant. Nennen Sie uns Ihren Bedarf, damit wir Ihnen ein Angebot unterbreiten können.

Bitte rufen Sie uns an

FREIBURGER IMMOBILIEN GMBH & CO
Immobiliengesellschaft der VOLKSBANK FREIBURG
7800 Freiburg, Bismarckallee 10
Telefon 07 61 - 21 82 / 3 45

Unsere Hilfe für Polen

St. Marien in Danzig – größte backsteingotische Kirche Osteuropas – war auch berühmt durch eine vierhundertjährige kirchenmusikalische Tradition, sank zusammen mit der ganzen Stadt Danzig in Schutt und Asche. Unter großen Opfern haben die heutigen Bewohner die historische Altstadt und ihre Kirchen wieder aufgebaut. In den Trümmern fand sich ein gerettetes Renaissance-Orgelgehäuse, das nun in der Marienkirche wieder errichtet worden ist.

Sie können das ökumenische Werk unterstützen durch Ihre Mitgliedschaft im Orgelbauverein. Sie können wählen zwischen einem einmaligen Aufnahmebeitrag oder einer fortlaufenden Zahlung, deren Höhe Sie selbst bestimmen. Wenden Sie sich bitte an den:

Orgelbauverein St. Marien in Danzig e.V.

Vorstand:
Prof. Dr. Franz Josef Wothe, Hildesheim; Dr. Heidi-Adele Albrecht, Hannover; Christine Koschnik, Bremen
Geschäftsführer:
Gerold Klemke, Oberbürgermeister der Stadt Hildesheim · Anschrift: Rathaus, Markt 1, 3200 Hildesheim
Spendenkonten:
Commerzbank Hildesheim (BLZ 259 400 33), Orgelbaufond St. Marien, Danzig, Kto. 21 / 03026 / 01;
Postscheckkonto Hamburg der Senatskanzlei der Freien Hansestadt Bremen (BLZ 200 100 20), Orgelbaufond St. Marien, Danzig (HST 0020 / 34220-0), Kto. 16 322-205.

Hanswerner König

* 21. 11. 1909 † 25. 12. 1983

In der Frühe des 1. Weihnachtsmorgens ist er in Frieden entschlafen.

In stiller Trauer:

Herta König geb. Hüttenhain
Reinhild Jacobsen geb. König
Klaus Jacobsen
Jörn, Niels
Roland König
Harald König
Lena König geb. Hrusovar
Philip, Adrian
Gerda Taleb geb. König
Ben Taleb

Bielefeld, Hardenbergstr. 12b
Steinhagen, Bonn, München

Von Beileidsbesuchen bitten wir abzusehen.

Die Trauerfeier ist am Freitag, dem 30. Dezember 1983, um 14.00 Uhr im Dietrich-Bonhoeffer-Haus in Steinhagen, anschließend Beisetzung auf dem alten Friedhof in Steinhagen.

Beerdigungsinstitut Conrad Schormann, Oberntorwall 12b, 4800 Bielefeld 1

Wir trauern um unseren Mitinhaber und verehrten Seniorchef, Herrn

Hanswerner König

* 21. 11. 1909 † 25. 12. 1983

Sein durch unermüdliche Tatkraft bestimmtes Wirken als geschäftsführender Gesellschafter und sein Ideenreichtum haben die Entwicklung unseres Unternehmens in mehreren Jahrzehnten entscheidend gestaltet. Er war eine ausgeprägte Unternehmerpersönlichkeit, deren Denken und Handeln bis zu seinem Tode dem Wohl des Unternehmens und seiner Mitarbeiter galten.

Wir danken ihm.

H. C. König
Steinhagen/Westf.

Die Trauerfeier ist am Freitag, dem 30. Dezember 1983, um 14.00 Uhr im Dietrich-Bonhoeffer-Haus in Steinhagen, anschließend Beisetzung auf dem alten Friedhof in Steinhagen.

Beerdigungsinstitut Conrad Schormann, Oberntorwall 12b, 4800 Bielefeld 1

Wir müssen Abschied nehmen von unserer geliebten Mutter

Griseldis Simonsen

geb. Luther

* 28. Februar 1914

Sie starb plötzlich am 25. Dezember 1983. Unsere Mutter war die Freude in unserem Leben. Mit ihrer selbstlosen Liebe gab sie uns allen das Beste.

Wir werden sie immer vermissen.

Ihre Kinder

Ingrid Mott geb. Simonsen
Kenneth Mott
Birgitt Simonsen
Andreas Simonsen
Isolde Paeschel-Simonsen
und Robert

Elbchaussee 26, 2000 Hamburg 50

Trauerfeier am Freitag, dem 30. Dezember 1983, um 15.45 Uhr, Halle B, Krematorium Hamburg-Ohlsdorf.

In tiefer Trauer geben wir Nachricht vom unerwarteten Tod unserer Seniorchefin Frau

Griseldis Simonsen

geb. Luther

geb. 28. Februar 1914 gest. 25. Dezember 1983

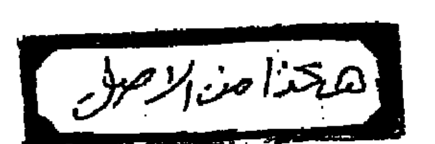
Umfassende Erfahrung und unermüdlicher Arbeitseifer, verbunden mit großer menschlicher Wärme, waren in ihr in hervorragender Weise vereint.

Ihre Leistung und ihr ständiger Einsatz sind uns Ansporn, das Unternehmen in ihrem Sinne fortzuführen.

Firma Carl Simonsen

Elbchaussee 26, 2000 Hamburg 50

Trauerfeier am Freitag, dem 30. Dezember 1983, um 15.45 Uhr, Halle B, Krematorium Hamburg-Ohlsdorf.



Wer kennt die Länder . . .

P. Jo. – Geographie ist Glückssache. Vor allem die historische Geographie. Allzu vielen Autoren bleibt es offenbar ein ewiges Geheimnis, daß sich Ländergrenzen in den letzten Jahrzehnten verändert haben, daß neue Länder auf den Territorien von alten entstanden.

Aus dem „Lexikon der Fotografen" von Jörg Krichbaum erfährt man, daß Jaroslav Rossler anno 1902 in Smilov/CSSR, Drahomir Ruzicka aber 1870 in Trhova Kamenice/Tschechoslowakei geboren wurde. Herrn Krichbaum ist offensichtlich entgangen, daß es damals weder eine CSSR noch eine Tschechoslowakei gab, sondern diese Territorien zur österreichisch-ungarischen Monarchie gehörten.

Ein Einzelfall ist das jedoch nicht. Renate Matuschka, die das Heyne-Taschenbuch „Störenfriede" mit Cartoons und Satiren gegen den Krieg herausgab, weiß Krichbaum noch zu übertreffen. Bei Hans Traxler vermerkt sie hinter Herrlich, wo der Karikaturist 1929 geboren wurde: „heute CSSR". Das ist korrekt. Aber wenn man liest, Walter Hanel sei 1930 in Teplitz-Schönau/CSSR oder Titus 1926 in Brünn (CSSR) geboren, dann staunt man, mit welcher Lässigkeit die Tschechoslowakei da rückwirkend für den Sozialismus annektiert wird. Als diese beiden Zeichner geboren wurden, gab es nämlich nur eine Tschechoslowakische Republik (CSR), das zweite „S" kam mit dem Sozialismus erst 1960 dazu.

Das Buch vermittelt jedoch noch weitere Feinheiten. Oswald Huber ist 1942 in Salzburg geboren. Auf eine Länderbezeichnung wurde wohl verzichtet, um nicht „Großdeutsches Reich" dahinterschreiben zu müssen. Dafür wird Erich Rauschenbach das Glück zuteil, schon bei seiner Geburt der Zeit voraus gewesen zu sein. Sie fand, will man diesem Buch glauben, 1944 in Liechtenstein (DDR) statt.

„Wer treibt da mit Entsetzen Scherz?" ist die Einleitung des Bandes überschrieben. Eine berechtigte Frage.

„Watteau" ist gerettet: Gespräch mit H. J. Abs

Neider lassen ihn kalt

Hallo, hier Abs", meldet er sich am Telefon, – von unterwegs, auf einer geschäftlichen Fahrt in seinem Auto. Hermann Josef Abs war gut gelaunt, weil es ihm fristgerecht gelungen ist, an privaten Spenden fünf Millionen Mark zu sammeln, Voraussetzung von Bund und Land Berlin, um ihrerseits je ein Drittel zum Kauf des Watteau-Bildes „Einschiffung nach Cythera" beizusteuern. Noch lieber, sagt uns Abs, hätte er schon zu Nikolaus die Sparbüchse gefüllt gehabt, aber Weihnachten sei auch kein schlechtes Datum. Unnötige Debatten, Meinungsäußerungen auf politischer Ebene und in der Öffentlichkeit, schließlich die daraus resultierende Unsicherheit über den Ausgang der Spendenaktion hätten zuletzt noch seine Goodwill-Werbung behindert.

Sein Einsatz zum Verbleib des Watteau-Bildes in Schloß Charlottenburg, der besonders auch bei Inhabern von Firmen mit direktem Berlin-Bezug, bei Unternehmen, die hier Tochterbetriebe unterhalten und bei Menschen mit „sehr persönlicher Einstellung zu Berlin" auf erstaunliche Resonanz stieß, bestärkte Abs' Überzeugung erneut, daß Berlin nicht nur den Anspruch vertrete, sondern ihn lebt, geistige Hauptstadt Deutschlands zu sein.

Viel Lob findet Abs für das Engagement des „einfachen Bürgers", der kleinere und größere Spenden beisteuerte: „Ein fabelhafter Erfolg."

Auf Grund seiner Erfahrungen mit dem in London für Deutschland gesicherten Evangeliar Heinrichs des Löwen und dem Watteau-Gemälde hält Abs die nationale Liste, die hochrangige Kunstwerke vor der Abwanderung bewahren soll, für nicht ausreichend. Regierung und Gesetzgebung könnten aktiver sein. Jedoch müsse auch künftig der Grundsatz gelten: „Eigentum respektieren!" Daß jetzt allerdings reihenweise „exportgefährdete" Kunstschätze auf dem Markt auftauchen, fürchtet er keineswegs. Auch die Diskussion einiger „Neider" um den Londoner Auktionserfolg berührt ihn wenig: er spürt die Zustimmung aller, die „Sinn für Geschichte und Kunst haben".

Nach den Initiativen für die Welfen-Zimelie und die „Liebesinsel" denkt Abs vorerst nicht an weitere mäzenatische Diplomatien: „Ich stehe im 83. Lebensjahr und habe erst einmal genug getan. Es gibt noch andere." Aber für Überraschungen ist Hermann Josef Abs bekannt. Gerade wenn die Kunst seine Hilfe braucht.

PETER HANS GÖPFERT



Momentaufnahmen der schönen Kinowelt: Betty Hutton und ihr Mann Ted Briskin in ihrem Haus, aus der Ausstellung in New York. FOTO: WHITNEY-MUSEUM

New York zeigt, wie Hollywood sich selbst sah

Wider Willen surreal

Die Ausstellung „Still Life - Hollywood Photographs" im kürzlich eröffneten New Yorker Whitney Museum at Philip Morris muß selbst dem Hartgesottensten Tränen der Nostalgie in die Augen treiben. Denn hier hängen 44 große Farbfotos, zusammengestellt von Diane Keaton und Marvin Heiferman, in denen sich Hollywood zwischen 1940 und 1970 selbst darstellt: vordergründig, bunt, hart, ausgeleuchtet und ohne jeden Selbstzweifel.

Tausende solcher Standfotos landeten unbenutzt in den Archiven der Filmstudios. Die Namen der Fotografen, der Filme und der Schauspieler sind oft verlorengegangen. „Die Farben der Dias hatten sich häufig verändert oder waren verblichen", schreiben Keaton und Heiferman in der Einleitung zum Katalog, „diese Foto-Überreste durchzugehen, ähnelt der Arbeit eines Archäologen, der eine Kultur aus den Scherben von Ausgrabungen rekonstruiert".

Ausgestellt sind nicht nur Standfotos aus den verschiedensten Filmen, sondern auch alte Publicity-Fotos der Hollywood-Stars. Da liegen Ronald Reagan und Jane Wymen, leicht eingeölt und spärlich bekleidet, in Liegestühlen unter der ewig heiteren kalifornischen Sonne, während hinter ihnen, im Tal, sich das damals (1944) noch smogfreie Los Angeles ausbreitet. Jane Wyman blickt ernst und konzentriert, Ronald Reagan – wie sollte es auch anders sein? – lächelt. Oder eine blonde Jane Russel räkelt sich auf einem Riesenbett, das – für Hollywood ganz untypisch – total verknautschte Laken aufweist.

Alle diese Fotos wirken, als sei eine Schicht Lack darübergespritzt, um das erstarrte Leben für immer zu konservieren – wobei sich Zweifel einschleichen, ob von Leben jemals die Rede war. Selbst der tote Charles Aidman aus „Angel, Angel, down we go" (1969), der mit dem Gesicht nach unten und offenen Augen blutend auf der Treppe liegt, bedeckt mit Tierschädeln aller Art, wirkt wie eine mit Ketchup übergossene Skulptur von Duane Hanson.

Das bringt uns zu dem herrlichen, unfreiwilligen Surrealismus dieser Bilder: In ihrem Bemühen, eine „slice of Life" oder eine „slice of Film" aus dem Kontext zu isolieren und als Traum zu verpacken, gelingt den Hollywood-Fotografen nicht selten ein unfreiwilliges Kunstwerk. Das Publicity-Foto der Ruth Roman ist ein solches Meisterwerk: Es zeigt die Schauspielerin, wohlgewachsen und in Badeanzug und Badekappe, wie sie bis zum Nabel in einem Swimming-pool steht und lächelnd und ein wenig abwesend mit ein paar Kriegsschiffen aus Plastik spielt.

Es gibt, so scheint es, Stars, die gegen solche Hollywood-Verpackung völlig immun sind. So ist die einzig menschliche Präsenz in diesem Wachsfiguren-Kabinett die junge Ingrid Bergman (1947), unschuldigfrisch und total ungeschminkt, ein wenig babyspeckig, ein wenig hausbacken und gänzlich aus dem Rahmen fallend. (Bis 30. Dez.; anschließend: Newport, Washington, Boston, San Francisco, Minneapolis; Katalog: bis 31. Dez., 39,95 Dollar, später: 45,00 Dollar.

VERA GRAAF

Erinnerung an den Dichter Alfred Wolfenstein

Berstend angefüllte leere Stadt . . .

Die Expressionisten waren ein barbarischer Haufen. Die meisten von ihnen kamen zwar aus gutsituierten bürgerlichen Häusern, viele von ihnen trugen gar Doktorhüte. Gleichwohl: Sie rotteten sich zumeist in Gruppen zusammen, schrien, stammelten, krakeelten, stampften und trumpften auf. Sie verstanden ihre Kunst ganz körperlich, schmissen sich ran ans Publikum, hämmerten ihre Verse durch die verrauchte Luft von Bars und Kabaretts.

In diesem sogenannten expressionistischen Jahrzehnt, das in Wahrheit nur das Jahrfünft von 1909 bis 1914 war, erklärten sich viele der Jungen zum Dichter, manche wurden es. Aber was ist davon geblieben? Man konnte nicht fortwährend im Imperativ leben, die seelischen Verstrickungen und sozialen Verwerfungen in gesteilten Formen verdichten, Schock und Schrecken zelebrieren.

Die jungen Lyriker – die expressionistische Ära war vorzugsweise eine der Lyrik – hatten nur zwei Chancen, ihre literarische Bedeutung zu befestigen: Entweder es gelang ihnen in der Folgezeit, von der kraftmeierischen Gebärde z. B. eines Gottfried Benn („Ich schlage mit der Stirn am Marmorblock / die Form heraus") abzulassen, Gefühl und Wort auf eine neue Weise zu ordnen, oder sie erlebten dies alles nicht mehr, weil sie vor der Zeit starben und so den Ruhm der Unvollendeten konservieren konnten: Heym, Stadler und Trakl, um nur die berühmtesten Todesfälle zu nennen.

Alfred Wolfenstein gehört nicht zu ihnen. Weder starb er rechtzeitig, noch gelang es ihm, sich nach dem Ersten Weltkrieg das Gehör zu verschaffen, das nachgewirkt hätte. Wolfenstein ist heute ein Unbekannter.

Das ist blamabel. Für die Literaturgeschichtsschreibung wie für uns. Denn Alfred Wolfenstein war ein bedeutender Dichter. Wir können es uns einfach nicht leisten, Dokumente einer aufrührend ehrlichen Empfindung und eines vorbildlichen Geistes nur in Archiven weiterleben zu lassen. Musil, Rilke und Stefan Zweig, um nur diese drei Kronzeugen zu nennen (Nichtexpressionisten, notabene), können sich nicht so gründlich geirrt haben, wenn sie ihre Wertschätzung für die Dichtung Wolfensteins wiederholt bekundet haben.

Natürlich ist es richtig, daß Wolfenstein erst einmal der expressionistischen Generation angehört. Besonders bei den jungen Dichtern der Berliner Szene, zu der der in Halle heute vor 100 Jahren geborene Wolfenstein 1912 dazustieß, war die gegenseitige Beeinflussung unübersehbar, waren Ton und Thematik zuweilen austauschbar. Nicht umsonst trat Wolfenstein im Berliner „Neopathetischen Cabaret", in den „Feindlichen Brüdern" und im „Gnu" zusammen mit Benn, Boldt, Heym, Hiller, van Hoddis auf, veröffentlichte er seine ersten Gedichte in der Berliner Wochenschrift „Die Aktion", erschien sein erster Gedichtband, „Die gottlosen Jahre", 1914 im Berliner S. Fischer Verlag, war er in Pinthus' berühmter „Menschheitsdämmerung" vertreten (im damals Berliner Ernst Rowohlt Verlag herausgebracht), und noch 1929 wurde er in die Anthologie „Hier schreibt Berlin" aufgenommen.

Wolfenstein gehörte also damals dazu. Bis in Einzelheiten läßt sich die Übernahme von Alfred Lichtensteins Montage-Technik nachweisen, drängt sich Georg Heyms dämonischer Metaphern-Apparat in die Zeilen, tönt das Pathos Werfelscher Menschheitsverbrüderung heraus. Wie kein anderes Motiv hat das Erlebnis der Großstadt die Berliner Literaten, und also auch Wolfenstein, dazu genötigt, zu Bildern der Kälte und Atemlosigkeit, der Übermacht und Einsamkeit zu greifen: „Dicht wie Löcher eines Siebes stehn / Fenster beieinander, drängend fassen / Häuser sich so dicht an, daß die Straßen / Grau geschwollen wie Gewürgte sehn."

Wolfenstein gehört ganz ohne Zweifel zu unseren besten Großstadtdichtern. Gedicht um Gedicht wird die „berstend angefüllte leere Stadt" umkreist. Das Tempo des Eisens, das Getöse der Nacht und die Gewalttätigkeit von Mauern sind nur einige der bedrängenden Bilder, die das „Überwuchern der objektiven Kultur" widerspiegeln, dem „das Individuum weniger und weniger gewachsen" war, wie Georg Simmel das Phänomen der überbelasteten Wahrnehmung gekennzeichnet hat.

Wolfenstein hat etwas von der Dynamik der Zeit, der energetischen Unruhe eines zur Erneuerung des Menschen zwangsverpflichteten Nihilisten. Wo der Wille größer ist als die Kraft, begnügt man sich nicht mit dem Reparieren, man will entwerfen – oder verwerfen.

Aber wer treibt, ist auch ein Getriebener. So wie Wolfenstein Kleist als einen Dichter charakterisiert hat,



Ingeniöser Großstadtdichter: Alfred Wolfenstein (1883–1945) in einer Zeichnung von Ludwig Meidner. FOTO: DIE WELT

„der selber als Heftigster zwischen seinen Gestalten herumrast", so hatte er sich selbst wohl auch gesehen. „Der Dichter", schrieb er 1922, „ist der unter die Völker Verstreute; aus tieferem Grunde kommend und in höherem Sinne ortlos; der Verbannte. Er ist, heute zumal, der ungewiß Wohnende unter Fremden – denen er sich doch glühend zugehörig fühlt . . . Ähnlich ergeht es dem Juden".

Als Jude sah Wolfenstein das braune Unheil nur allzubald kommen. Schon im März 1933 floh er nach Prag. Und 1939 entkam er den Besatzungstruppen mit dem Flugzeug nach Paris. Dort holten ihn die Häscher schließlich ein. Er wurde von der Gestapo verhaftet und eingelocht. Im Gefängnis „La Santé", dort wo die „Stunden stehen", schrieb er weiter Gedichte – auf Toilettenpapier, Verse von Not und Hoffnung, ergreifende Zeugnisse eines qualvollen Wartens, die an Haushofers Moabiter Sonette denken lassen.

Drei Monate später war Wolfenstein entlassen. Ob aus Versehen, Gutherzigkeit oder, wie man sich erzählt, weil ein Offizier, der die Dichtung Wolfensteins kannte, vorgab, „nicht kulturlos" zu sein. Wolfenstein flüchtete nach Südfrankreich, verkroch sich in eine Pension in Nizza, vertauschte die Identität mit einem gewissen „Albert Worlin". 1944 begab er sich wieder nach Paris.

Auf den Tod herzkrank nahm er sich am 22. Januar 1945 in einem Krankenhaus das Leben. Jahre der Einsamkeit und Heimatlosigkeit hatten ihn körperlich und seelisch absterben lassen. Am Tage des Begräbnisses auf einem Pariser Vorortfriedhof fuhr der Leichenwagen bis dicht an die Grube. Die Träger zogen den Sarg nur ein Stück weit aus dem Wagen. Begraben mußten ihn die wenigen Freunde. Wolfenstein: ein ungewiß Wohnender unter Fremden.

WOLFGANG MINATY

Alfred Wolfenstein: Werke, hrsg. v. Hermann Haarmann u. Günter Holtz. Bd. 1–5. v. Hase & Koehler Verlag, Mainz. Bisher erschienen Bd. 1: Gedichte (475 S., 56 Mark); Bd. 2: Frank, Roman (542 S., 80 Mark).

Plattendokumentation des Deutschen Musikrates

Komponisten-Parade

In der Dokumentation ihrer zeitgenössischen Musik tun sich kleinere Länder leichter als größere: die Szene ist dort überschaubarer. Eines der frühesten Musterbeispiele lieferte seinerzeit die Tschechoslowakei in ihrer liberalen Kulturphase vor der Invasion; Länder wie Belgien, Österreich, Spanien, Jugoslawien, Slowenien oder Holland zogen mit teils prachtvollen Anthologien nach. In der Bundesrepublik hatte Anfang der 70er Jahre der Verband Deutscher Musikerzieher und Konzertierender Künstler (VDMK) einige Kasetten herausgebracht, die im wesentlichen eine Rückschau auf die Musik der sechziger Jahre brachten und deren Nachteil es war, daß sie nicht in den normalen Handel kamen.

Gewissermaßen diesen Entwurf aufgreifend, aber jenen Nachteil vermeidend, hat sich der Deutsche Musikrat mit „Harmonia Mundi" und „Electrola" zu dem ehrgeizigen Projekt zusammengetan, zehn Kassetten mit Werken der in der Bundesrepublik lebenden Komponisten (und nicht nur der deutschen) vorzulegen. Davon haben die ersten Folgen bereits mehrere Schallplattenpreise erhalten. Die Folgen fünf bis sieben sind soeben erschienen.

Man findet die wichtigen Namen beisammen, angefangen bei Karl Amadeus Hartmann und Bernd Alois Zimmermann über Stockhausen und Henze, Kagel und Isang Yun, Schnebel und Lachenmann bis zu den Free-Jazz-Improvisationen des Manfred Schoof-Ensembles. Die noch fehlende jüngste Generation – Rihm, Müller-Siemens, Trojahn, Stranz – ist in den folgenden Serien vorgesehen. Die Rechte wurden von bereitwilligen Plattenfirmen und Rundfunkanstalten erworben; man kann die Aufnahmen überall vertreiben und senden.

Als „publikumsfreundlich" kann man die Auswahl nicht bezeichnen; es wird in wünschenswerter Vielseitigkeit auf stilistische Relevanz Wert gelegt, die beim Hörer Bereitschaft zur Auseinandersetzung voraussetzt. Neben „Rennern" wie Stockhausens „Stimmung", die ihren Weg auch längst als Popmusik gemacht hat, gibt es sehr viel Schwierigeres und Entlegeneres zu hören. Michael von Biel ist nicht vergessen, Johannes Fritsch nicht. Wohlgemerkt sind auch die in der Bundesrepublik wirkenden Komponisten anderer Nationalität einbezogen wie Milko Kelemen oder Robert Wittinger neben Kagel und Yun.

Indessen: Was ist mit dem neotonalen Renegaten der Neuen Musik aus der Slowakei, Ladislav Kupkovic? Wird man ihn in einem Nachtrag berücksichtigen? Oder Hans Karsten Raecke, den aus Ost-Berlin zugewanderten Instrumentenbastler und Free-Jazzer? Und Uwe Ködderitzsch aus Leipzig, Viktor Suslin und Arvo Pärt aus Moskau? Wo blieben Walter Zimmermann, Jürgen Beurle, Rolf Riehm oder Martin Christoph Redel, wo Bojidar Dimov, Dimitri Terzakis, Gloria Coates, Klarenz Barlow und José Luis de Delas? Diese Lücken mögen illustrieren, wie schwierig es ist, die Musik eines größeren musikalisch aktiven Landes zu dokumentieren und alle Strömungen zu erfassen.

Mit der Aufnahmequalität kann man zufrieden sein, mit der „Vermittlung" gleichermaßen: den Werken sind ausführliche Erklärungen auf deutsch und englisch beigegeben. Komponistenfotos bilden die Porträtierten die heute ergraute Mittvierziger und -fünfziger sind, oftmals in zartem Jünglingsalter ab; so daß man sie manchmal kaum wiedererkennt: Wollten sie sich selbst so abgebildet wissen?

DETLEF GOJOWY

Berlin in Braunschweig: „Französische Malerei"

Bilder des Alten Fritz

Unter dem lapidaren Titel „Französische Malerei von Watteau bis Renoir" zeigt das Herzog Anton Ulrich-Museum in Braunschweig eine ungewöhnliche Ausstellung. Es handelt sich dabei um Bilder aus den Staatlichen Museen, Stiftung Preußischer Kulturbesitz in Berlin – ergänzt mit Beispielen aus norddeutschen Museen. Daß diese Ausstellung, die nur in Braunschweig zu sehen ist, zustande gekommen ist, beruht auf der Vereinbarung zwischen der von Bund und Ländern finanzierten Stiftung und dem Land Niedersachsen.

Die Berliner Museen hatten sich verpflichtet, den zu ihren Sammlungen gehörenden „Welfenschatz" in regelmäßigen Abständen in Braunschweig auszustellen. Dieses Abkommen konnte jedoch nicht eingehalten werden, da wesentliche Teile dieser historisch nach Niedersachsen gehörenden Sammlung nicht transportfähig sind. So kamen die Stiftung und das Land überein, alle drei Jahre eine repräsentative Auswahl anderer Museumstücke nach Braunschweig zu schicken. Die „Französische Malerei" ist die erste Ausstellung aufgrund der neuen Vereinbarung.

Die Bilder aus dem 18. Jahrhundert bilden hier das Hauptinteresse. Sie stammen zum größten Teil aus der Sammlung Friedrichs des Großen. Herausgelöst aus dem vertrauten Rahmen der Berliner Museen, werden ihre Einheit und ihr Reichtum deutlicher. In dem vorbildlichen Katalog weist der Direktor der Dahlemer Gemäldegalerie, Henning Bock, auf die Entstehung dieser Sammlung französischer Rokokomalerei hin, die im folgenden Jahrhundert als Abbild eines Zeitalters verderbten Geschmacks und damit als kaum museumsreif galt.

Friedrichs Sammlung war von großem Umfang, deshalb ist genauso bemerkenswert, was hier fehlt. So befindet sich kein einziges Bild von Rigaud in Berlin. Gleich drei seiner Prachtdarstellungen besitzt jedoch das Braunschweiger Museum, das damit die Auswahl beispielhaft zu ergänzen vermag.

Die beiden wunderbaren Manets aus Berlin, „Im Treibhaus" und „Landhaus in Reuil", die in der großen Pariser Manet-Ausstellung zu sehen waren, sind noch rechtzeitig aus New York nach Braunschweig gekommen. Die Gegenwelt Courbets ist mit dem naturalistischen Bild „Die Welle" vertreten. Bei Renoirs „Nachmittag der Kinder" wird erst hier deutlich, daß es eines seiner untypischen und zugleich erstaunlichen Bilder ist.

Die Ausstellung in Braunschweig gehört, weil sie die Aufmerksamkeit auf einen Kunstbesitz lenkt, der in der Vielfalt der Berliner Galerien nicht so klar in seiner besonderen Bedeutung hervortritt, zu den großen europäischen Kunstveranstaltungen, die einer jeden Weltstadt zum Ruhme gereichen würde. (Bis 22. Januar, Katalog: 30 Mark)

CHRISTOPH GRAF SCHWERIN



Die schönsten Stücke aus den Berliner Museen: „Der Tanz" von Antoine Watteau (um 1719), in Braunschweig. FOTO: JÖRG P. ANDERS

KULTURNOTIZEN

Für 49 „Rettungsgrabungen" werden den Archäologen des Westfälischen Landesmuseums in Münster 3,6 Millionen Mark zur Verfügung stehen.

Das Taschkenter Filmfestival findet im Mai 1984 zum achten Mal statt. Es widmet sich den Filmen aus Afrika, Asien und Lateinamerika.

„Johannes Christian, der evangelische Piastenfürst", heißt eine Biographie von Andrzej Kisza, die im Verlag der Evangelisch-Augsburgischen Kirche in Polen erschien.

Ein unbekannter Brief von Jan Hus wurde im Archiv der lutherischen Kirche in Annaberg („DDR") gefunden. Er stammt aus dem Jahr 1413 und enthält Informationen über drei Mitarbeiter des Reformators.

„Der Musiker und seine Umgebung" ist der Titel eines Filmfestivals über traditionelle Musik, das vom 11. bis 17. Januar in Paris stattfindet.

Kinderporträts und Darstellungen aus der Welt des Kindes **zeigt das Prado-Museum in Madrid bis Ende Januar.**

JOURNAL

Die Filmbewertung soll geändert werden

DW. Bonn

Die von CDU und CSU regierten Bundesländer haben die Verwaltungsvereinbarung über die Filmbewertungsstelle in Wiesbaden zum 31. Dezember 1984 gekündigt. Ziel dieser Kündigung ist es, eine Änderung des Bewertungsverfahrens herbeizuführen, um künftig zu verhindern, daß Filme, die der politischen Agitation dienen, mit „wertvoll" und „besonders wertvoll" ausgezeichnet werden können und ihre Vorführung mit steuerlichen Vorteilen verbunden ist. Bemühungen, die Bewertungsrichtlinien im Rahmen der Kultusministerkonferenz entsprechend zu modifizieren, blieben bislang ohne Erfolg. Außerdem streben die unionsregierten Länder einen neuen Modus bei der Berufung der Mitglieder der Gutachterausschüsse an.

Kulturwochen unter dem Motto „Berlin–Brüssel"

J. B. Brüssel

Die Ausstellung „11 Berliner Bildhauer", die am 12. Januar im Brüsseler Goethe-Institut eröffnet wird, bildet den Auftakt einer Veranstaltungsreihe unter dem Motto „Berlin–Brüssel". Im Rahmen dieses Programms soll – ähnlich wie bei „Berlin–Amsterdam" in holländischen Städten und Berlin – mit Theateraufführungen, Konzerten, Vortragsreihen und Ausstellungen in Belgiens Hauptstadt ein Eindruck von der kulturellen Bedeutung Berlins vermittelt werden.

Moskauer Zeitschrift kritisiert Jewtuschenko

DW. Moskau

Scharfe Kritik an dem Roman des sowjetischen Schriftstellers Jewgeni Jewtuschenko „Wo die Beeren reifen" hat die Moskauer Monatsschrift „Nasch Sowremmenik" (Unser Zeitgenosse) geübt. In dem Buch wird an einer Stelle geschildert, wie die Polizei während der Stalinzeit sibirische Kleinbauern als „Kulaken" verhaftet, nur um ihr „Verhaftungssoll" zu erfüllen. Niemand hatte bisher daran Anstoß genommen. Das Buch erschien bereits 1982 und ist auch ins Deutsche übersetzt. Die jetzige Attacke von „Nasch Sowremmenik" wird in Moskau als Indiz für die Verschärfung des kulturellen Klimas gedeutet.

Frankreich schuf einen nationalen Filmrat

AFP, Paris

In Paris ist ein nationaler Filmrat gegründet worden. Er soll der Filmbranche bei allen Aktivitäten beratend zur Seite stehen. Der Filmrat wird bei der Förderung, der Produktion und dem Vertrieb französischer Filme im In- und Ausland ein Mitspracherecht haben. Außerdem soll er bei der Erhaltung und Verwaltung alter Produktionen sowie der Ausbildung des Nachwuchses mitwirken. Die Bedeutung und der weitreichende Einfluß des Filmrates manifestieren sich darin, daß Kulturminister Jack Lang zum Vorsitzenden des 66 Mitglieder umfassenden Rates ernannt wurde.

Kairos Opernhaus als Geschenk aus Tokio

dpa, Kairo

Japan schenkt Ägypten ein Opernhaus. Das teilte der ägyptische Kulturminister Mohammed Abdel-Hamid Radwan in Kairo mit. Die Japaner werden die Kosten für das Gebäude, das auf dem Ausstellungsgelände mit dem Blick auf den Nil entstehen wird, übernehmen. Dafür rechnet man mit einem Betrag zwischen 25 und 30 Millionen Dollar. Die Bauarbeiten sollen im April 1984 beginnen.

Zuschüsse für die britischen Theater

AP, London

Sondermittel in Höhe von 7,6 Millionen Pfund hat das britische Kulturministerium den Theatern zur Verfügung gestellt. Der Haushaltsplan des Ministeriums wurde deshalb von 92 auf 100 Millionen Pfund erhöht. Die Hilfen kommen vor allem der Royal Shakespeare Company und dem Royal Opera House zugute. Außerdem werden die Englische Staatsoper, die Schottische Oper, die Walisische Oper und die Opera North Company unterstützt. Die Zuschüsse wurden aufgrund eines Berichtes genehmigt, aus dem hervorging, daß diese Theater unterfinanziert seien.

Alltagsbilder aus der Goethe-Zeit

DW. Düsseldorf

Motive populärer Druckgraphik der Goethe-Zeit zeigt das Goethe-Museum in Düsseldorf in der Ausstellung „Alltagsbilder". Es handelt sich dabei um alte Bilderbogen, Guckkastenbilder, Spielkarten und topographische Ansichten. Anziehungspunkt der Ausstellung ist die Rekonstruktion eines alten Guckkastens (der allerdings mit Dias bedient wird). Die Auswahl ist bis zum 8. Januar zu sehen, zur Ausstellung erschien ein kostenloses Faltblatt.

Schreibt sich Alberto Moravia um sein Ansehen?

KLAUS RÜHLE, Rom

Alberto Moravia, 76 Jahre alt, Italiens vielleicht bekanntester Schriftsteller, Spezialist für erotische Romane, oft verfilmter Bestsellerautor und Großverdiener, macht einmal anders von sich reden – als Mittelpunkt eines Skandals. Anlaß ist die unheilbare Krankheit seiner Frau Elsa Morante, ebenfalls prominente Autorin, die seit längerer Zeit halb gelähmt in einer teuren römischen Privatklinik liegt. Moravia, der eigentlich mit Familiennamen Pincherle heißt, hat sich in Briefen an den italienischen Staatspräsidenten Sandro Pertini und gleichzeitig an die italienische Presse gewandt. Darin gibt er seinen Sorgen Ausdruck um die finanzielle Belastung, etwa 180 000 Mark pro Jahr, die ihm aus den hohen Aufenthalts- und Behandlungskosten entstehen könnten. Er selbst hat bisher erst rund 20 000 Mark beigesteuert.

In der italienischen Öffentlichkeit wird die Reaktion Moravias scharf kritisiert. Der berühmte Romancier lebt seit 20 Jahren von seiner Frau getrennt und war längere Zeit mit der wesentlich jüngeren Schriftstellerin und Feministin Dacia Maraini liiert. Vor dem Gesetz ist er aber immer noch mit Elsa Morante verheiratet. Angesichts seiner mehr als gesicherten wirtschaftlichen Situation, so meinen Kommentatoren, habe er es sicherlich nicht nötig, beim italienischen Staatsoberhaupt vorstellig zu werden und das tragische Schicksal seiner Ehege-



Brachte sich ins Gerede: Alberto Moravia FOTO: CELESTINA VATERRA

fährtin an die große Glocke zu hängen, um so die hohen Klinikkosten loszuwerden.

Zu seiner Verteidigung weisen befreundete Intellektuelle darauf hin, daß Moravia nicht mehr der Jüngste ist, daß es auch um seine Gesundheit nicht zum Besten bestellt ist, daß er über kurz oder lang wegen seines Beinleidens gezwungen sein könnte, einen Rollstuhl zu benutzen. Das ist zwar betrüblich, dürfte aber wenig Einfluß auf die Kapitalkraft des so fruchtbaren Schreibers haben.

Elsa Morante, wohl Italiens führende Schriftstellerin, hatte vor sechs Monaten versucht, ihrem Leben ein Ende zu setzen, als sie erkannte, daß sie wohl nie wieder wird schreiben können und sie für den Rest ihres Lebens ans Bett gefesselt sein würde. Sie wollte keinem zur Last fallen, am wenigsten dem von ihr getrennt lebenden Mann. Eine teilweise Gehirnlähmung hat der schriftstellerischen Tätigkeit Elsa Morantes definitiv ein Ende gesetzt.

Mit ihr verliert das italienische Leserpublikum eine große Autorin. Es verliert *aber zugleich nach der* unglücklichen Initiative Alberto Moravias die Achtung vor einem führenden Schriftsteller Europas. Durch seinen Vorstoß, von dem man annimmt, daß er damit erreichen will, daß die schwerkranke Frau von der kostspieligen Privatklinik in ein kostenloses, jedenfalls aber wesentlich preiswerteres öffentliches Krankenhaus überführt wird, hat Moravia sich die Sympathien der italienischen Öffentlichkeit gründlich verscherzt. Der bisher hoch angesehene Romancier, dessen Unterschrift bei keiner humanitären Initiative fehlt, der bei allen öffentlichen Umfragen für eine Meinung gut ist, der sich im Lichte seiner Popularität sonnte, gilt plötzlich als indiskret, geschmacklos und geizig.

Gustave Eiffel – mit eisernem Willen wurde ein Traum zu Stahl

Ein Leben lang für die eigene Unvergänglichkeit gearbeitet: Gustave Eiffel

Von KNUT TESKE

Nie hat sich ein Mensch ein so schwindelerregendes Denkmal gesetzt wie der kleine, nur 1,62 Meter große Alexandre Gustave Bönickhausen aus Dijon, der sich selber nur noch Gustave Eiffel nannte – nach dem deutschen Mittelgebirge, aus dem seine Vorfahren stammten. Mit der Suche nach der „deutschen Seele" hatte das freilich nicht das geringste gemein – im Gegenteil. In der Hochphase der deutsch-französischen „Erbfeindschaft" sollte die Erinnerung an die deutsche Herkunft getilgt werden; also strich der junge Gustave den treudeutschen Familiennamen und offerierte seinen Landsleuten mit „Eiffel" eine bereinigte Fassung, die mit dem Zusatz „Tour" später um die Welt ging – ein Erfolg, den man sich schlechterdings von einem „Tour Bönickhausen" nicht vorzustellen vermag.

Diese Namensretusche – Eiffels erste taktische Glanzleistung nach einer Serie technischer Höchstleistungen – enthüllt zugleich einen kaum beleuchteten Wesenszug des Meisters, der heute vor 60 Jahren, am 28. Dezember 1923, 91jährig und hochgeachtet starb.

Eiffel war nicht nur der geniale Konstrukteur und Brückenbauer – er war auch ein Magier des Wortes, der Überredungskunst, des Pathos: Ebenso gewandt und diplomatisch wie rabulistisch und opportunistisch; geschäftstüchtig und gerissen spielte er auf der Klaviatur des französischen Nationalstolzes, wenn es um seine Pläne ging. Scheinbar der Grande Nation in den demütigenden Tagen ihrer Unterlegenheit vor Preußens Gloria ergeben, schmeichelte er – in Wahrheit Kosmopolit, Weltbürger, Freidenker und alles andere als im nationalistischen Käfig zu Hause – vehement allem Französischen.

Dabei waren ihm, dem Brückenbauer, Grenzen allenfalls technische Hindernisse. Enge, Belastung und Schwerkraft brauchte er nur zu ihrer Überwindung, zu der er sich herausgefordert fühlte. Es drängte ihn im wahrsten Sinne des Wortes zu immer neuen Ufern. Seine Brückenkonstruktionen wurden immer breiter, immer länger, sein Ruhm wuchs wie seine Sehnsucht, unsterblich zu werden.

Ein Spiel mit Zahlen

Gustave Eiffel – Sohn eines kleinen Handwerkers – wurde maßlos, als er sein Ziel gefunden hatte: die Erprobung der Grenzen seiner revolutionären Konstruktions- und Bautechnik. Erst der Eiffelturm erlöste ihn – ein bis dahin nicht für möglich gehaltener stählerner Superlativ, den er den Parisern aufschwätzte, ein Nonsens-Bau ohne technischen Sinn, l'art pour l'art, ein Spiel mit Zahlen, für das er nur noch die Begründung liefern mußte: 1889 zur Pariser Weltausstellung fand er sie. Einhundert Jahre nach der französischen Revolution verkaufte er das Werk als pure Manifestation französischer Größe.

Das war damals – 19 Jahre nach der Niederlage gegen das Reich Bismarcks – in Frankreich so wichtig, daß Eiffel über alle Bemühungen, dem ungeliebten Monstrum wenigstens scheinbar eine Funktionalität zukommen zu lassen, nur spottete: „Die Bürger werden ihn auch so lieben."

Die Geschichte hat ihm recht gegeben, nicht Guy de Maupassant oder Léon Bloy, Charles Günod oder den anderen Geistesgrößen aus dem „Komitee der 300", die Paris dieses Schandflecks wegen verlassen wollten.

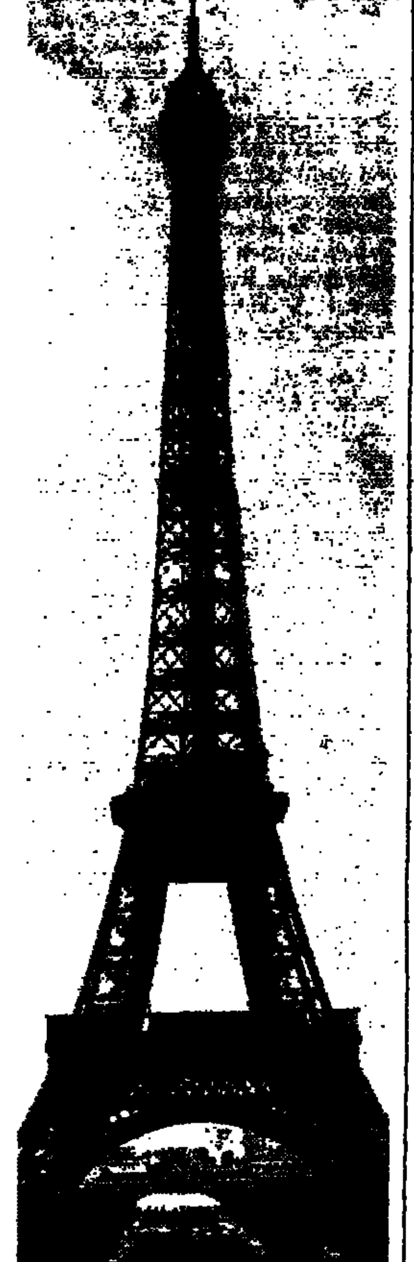
Eiffel störte das nicht. Er gehörte wie Schliemann, wie Lesseps oder vorher Edison zu den Überzeugungstätern, die schon vor ihren Erfolgen von ihrer Einmaligkeit überzeugt waren.

Als mittelmäßiger Absolvent des Polytechnikums von Dijon, der gleich zweimal durch die Aufnahmeprüfung gefallen war, fand Eiffel Mitte des vergangenen Jahrhunderts nur mühsam eine Anstellung bei einer französischen Eisenbahngesellschaft. Dessenungeachtet entwickelte er sogleich hochfliegende Pläne, die er mit 29 Jahren 1861 beim Bau einer Brücke über die Garonne gegen alle Widerstände durchsetzte. Seine Idee: Anstatt die Brücke mit einem gewaltigen Aufwand an Mauerwerk und Arbeitern Stück für Stück vor Ort voranzutreiben, setzte er auf die Montage vorgefertigter Eisenteile. Das Baukastenprinzip, nach dem New York später hochgezogen wurde, war kreiert. Es halbierte Zeit und Kosten und erwies sich als dermaßen effektiv, daß sich Eiffel sofort selbständig machte. In allen Teilen der Welt standen bald seine Baubuden. Brücken, Talsperren, Bahnhöfe, Fabriken, Sternwarten und Ausstellungshallen aller Größen gehörten ebenso zum Repertoire wie das stählerne „Innenleben" der New Yorker Freiheitsstatue.

Im Kreis der Auserwählten

Mit dem Eiffelturm kulminierte sein Ruhm, konkretisierte sich auf irdische Weise sein Traum von der Unsterblichkeit, als ihn die „Académie française" in den Kreis der 40 Auserwählten aufnahm. Mit Lesseps und der Krise um den Panamakanal geriet Eiffel kurzfristig ins Hintertreffen, wurde wegen Betruges verurteilt, später aber rehabilitiert. Grollend und forschend zog er sich daraufhin in sein Appartement in der Spitze des Eiffelturms zurück.

Der blieb bis 1930 der höchste der Welt. Erst danach übertrumpfte ihn das New Yorker Chrysler-Gebäude – errichtet natürlich nach dem Lego-Prinzip des kleinen Franzosen aus Dijon.



1889 die pure Manifestation französischer Größe: Der Eiffelturm FOTO: WERNER STUHLER

Wieder mehr Tote auf den Straßen

dpa, Wiesbaden

Die Zahl der Todesopfer bei Unfällen auf deutschen Straßen hat zugenommen. Während der ersten neun Monate des Jahre 1983 lag sie um 2,3 Prozent höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Unfälle mit Verletzten nahmen in dieser Zeit um 5,2 Prozent zu. Die Zahl der Verletzten stieg um 5,6 Prozent, erklärte das Statistische Bundesamt gestern in Wiesbaden. Seit 1978 war die Zahl der Verkehrstoten in der Bundesrepublik Deutschland rückläufig. Insgesamt ereigneten sich nach Angaben des Amtes vom Januar bis Oktober 1983 rund 316 600 Verkehrsunfälle, bei denen Menschen zu Schaden kamen. 9800 Fahrzeugbenutzer und Fußgänger starben unmittelbar oder innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen, 412 500 wurden verletzt. Die Zahl der von der Polizei gemeldeten Unfälle, bei denen lediglich Sachschaden entstand, belief sich auf rund eine Million.

Einsturz: 7 Tote

AP, Rio de Janeiro

Beim Einsturz eines Wasserturmes in einem Slumvorort von Rio de Janeiro sind *mindestens sieben Menschen* ums Leben gekommen und 23 weitere verletzt worden. Der 25 000 Liter Wasser fassende Tank war umgestürzt, nachdem tagelange schwere Regenfälle sein Fundament unterspült hatten.

Masken-Räuber

dpa, Paris

Mit Masken, die den Gesichtszügen des französischen Staatspräsidenten François Mitterrand nachempfunden waren, haben zwei bewaffnete Unbekannte auf dem Pariser Flughafen Roissy zwei 30-Millimeter-Geschütze geraubt. Die Waffen waren für einen Abnehmer in Spanien bestimmt.

Explosion in Wohnhaus

rtr, Paris

Ein vierstöckiges Haus ist gestern morgen nach einer Gasexplosion eingestürzt. Nach Polizeiangaben kam dabei eine Bewohnerin um.

„Uno" Auto des Jahres

AP, Paris

Der Fiat Uno ist nach Mitteilung der französischen Sportzeitung „L'Equipe" von einer internationalen Jury zum Auto des Jahres gewählt worden. Der neue VW Golf belegte den dritten Platz nach dem Peugeot 205, gefolgt vom Mercedes 190.

Alkoholfreier Wein

SAD, Saratoga

Amerikas zweitgrößter Weinproduzent, die Schnapsbrennerei John E. Seagram and Sons Inc., ist auf dem besten Weg, der erste amerikanische Hersteller von fast alkoholfreiem Wein zu werden. Das Produkt mit einem Alkoholanteil von weniger als einem halben Prozent ist bereits auf verschiedenen Märkten im Testverkauf. Der Wein wird auf dem üblichen Wege aus Trauben hergestellt. Der dabei entstandene Alkoholgehalt von sieben bis 14 Prozent wird dann jedoch durch Erhitzung entfernt.

Laser-Feuerwerk

SAD, Boston

Der Aachener Fotograf Horst Baumann (49) will sich in der Silvesternacht selbst übertreffen. Wenn ihm sein Plan gelingt, werden die Bewohner von Boston ein spektakuläres Laser-Lichtspiel über den Dächern ihrer Stadt beobachten können. Baumann, der mit seinen „Himmelsskulpturen" schon die Londoner und Bewohner anderer europäischer Städte begeisterte, bastelt seit zwei Wochen an seiner Laser-Apparatur. In der Silvesternacht sitzt Baumann in seiner „Kommandozentrale" auf einem Hotel und schickt grüne und rote Laserstrahlen über den Copley-Square in der Stadtmitte von Boston und läßt sie von Spiegeln auf dem Gebäude der öffentlichen Bücherei und dem Uhrenturm der „New England Life Lebensversicherung" reflektieren.

„Blutende" Madonna

SAD, Jerusalem

Tausende von Christen pilgern zu dem südlibanesischen Dörfchen Remeish, nahe der israelischen Grenze. Die Madonnenstatue in der maronitischen Dorfkirche ist blutbefleckt, und die Einwohner behaupten, es sei ein Wunder, das Blut komme aus der Statue. „Die Madonna trauert um das Blut der Christen in Libanon."

USA: Der kälteste Winter seit 60 Jahren

Direkt oder indirekt kostete Kältewelle schon 230 Todesopfer

WOLFGANG WILL, New York

Vor dem Gebäude der Vereinten Nationen in New York kriecht ein Mann bei minus 12 Grad in einen länglichen Pappkarton, wickelt sich in Lumpen und Zeitungspapier, legt sich, heimat- und wohnungslos, zur Nachtruhe. Ein Passant hat das gesehen, geht zu einem nahegelegenen Restaurant, kauft einen Becher heißen Kaffee. Dann klopft er an den Karton und reicht dem alten Mann den wärmenden Kaffee: aber ein Dach über dem Kopf bleibt auch in dieser eisigen Nacht dem „Karton-Bewohner" verwehrt.

Es gibt allein in New York schätzungsweise 10 000 solcher Menschen, Entwurzelte, Stadtstreicher, die ihr weniges Hab und Gut in braunen Papiereinkaufstüten mit sich herumschleppen: Angesichts der grimmigen Kältewelle, die den ganzen nordamerikanischen Kontinent lähmt, sind in New York fast 6000 solcher Männer und Frauen vorübergehend *in städtischen Notunterkünften* untergebracht worden.

Der kälteste Dezember seit Menschengedenken hat in New York auch viele Mieter in größte Schwierigkeiten gebracht. Geplatzte Heizrohre und ausgefallene Miethausheizungen führten bisher zu insgesamt 16 000 telefonischen Beschwerden: dafür hat die Stadtverwaltung Nottelefone eingerichtet. Allein in den letzten 24 Stunden beschwerten sich über diese Telefonleitungen mehr als 7000 Menschen über unzureichende oder ausgefallene Heizungen in ihren Wohnungen oder über ausbleibendes Heißwasser.

Mitternacht am Riverside Drive New Yorks, den Eisschollen übersäten Hudson überblickend: „Ich hörte einen fürchterlichen Krach", sagt ein Mieter, „renne zum Fenster, sehe unten ein großes Loch". Vor und teilweise unter einem riesigen Wohnhaus mit Eigentumswohnungen war eine unterirdische Garage eingestürzt. Feuerwehr und Polizei veranlaßten sofort die Räumung des Komplexes, weil Einsturzgefahr besteht: Hunderte Menschen, nur notdürftig bekleidet, wurden mit städtischen Omnibussen in Notlager befördert.

Und das ist „warm": Die Tage und Nächte davor wurden entlang der US-Ostküste bis zu minus 16 Grad verzeichnet. Auch das war noch „warm", gemessen an Durchschnittstemperaturen von minus 30 und minus 35 Grad im Westen und Mittelwesten.

Schwer betroffen von der kanadisch-beeinflußten Kältewelle sind Florida und Texas. Houston und Dallas verzeichneten den ersten richtigen Schneefall seit 60 Jahren. Miami, Palm Beach und Orlando meldeten *Frost, und in vielen der großen Orangenhaine* erfroren bei minus fünf Grad die Früchte, obwohl die Farmer Kerosinöfen aufgestellt hatten.

Tragisch endete ein Kind: Die zwei Jahre alte Shinshine Elizabeth Perlmutter verließ in Ghent im nördlichen Bundesstaat New York, ihr Bettchen, kroch – nur mit einem Schlafanzug bekleidet – auf die Veranda des Hauses, um nach ihrer Mutter zu suchen. Die war zu Nachbarn gegangen, für kurze Zeit. Hinter der zweijährigen war die Tür ins Schloß gefallen, und bei etwa minus 25 Grad erfror das kleine Mädchen auf der Veranda. Mehr als 230 Menschen kamen bisher direkt oder indirekt durch die Folgen der arktischen Kältewelle ums Leben. (SAD)

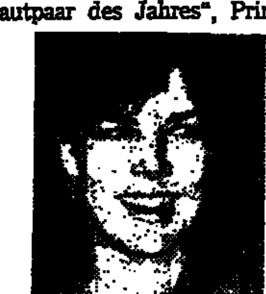
LEUTE HEUTE

Prinzen-Brief

Dem Übersinnlichen möchte Britanniens Thronfolger Prinz **Charles** auf die Sprünge helfen. In einem Brief an die Universität von Wales, deren Kanzler er ist, forderte er die Hochschule auf, „alle erdenklichen Anstrengungen zu unternehmen", um in den Genuß der zwei Millionen Mark zu kommen, die Arthur Koestler für die Schaffung eines Lehrstuhls für Parapsychologie ausgesetzt hat.

Aus dem Verkehr

Die monegassische Polizei macht regelrecht Jagd auf die Dutzende von Paparazzis, die Tag und Nacht vor dem Fürstenpalais in Monte Carlo auf das „Brautpaar des Jahres", Prinzessin



Caroline (Foto) und **Stefano Casiraghi,** die am 29. Dezember heiraten werden, warten. Als jetzt wieder Photographen den Mercedes des Paares verfolgten, nahm die Polizei die Herren schlicht aus dem Verkehr – zur „Personalienfeststellung".

Traum im Weiß

Ein Mädchentraum erfüllte sich für die 16jährige **Annabelle Codrington** – allerdings schmerzhafter als sie es sich gedacht hatte. Die Engländerin war beim Skifahren in Gstaad gestürzt und hatte sich die Nase zerschlagen. Ein Landsmann half ihr auf die Beine und zu Tal. Als er unten den Schal vom Gesicht nahm, erzählte Annabelle später: „Stellen Sie sich vor, ich war eine halbe Stunde allein mit **Roger Moore!"**

Pariser Klinik macht frei von Migräne

Arzt: Kopfschmerz wird nicht ernst genug genommen

JOCHEN LEIBEL, Paris

Acht Millionen Franzosen – und wahrscheinlich auch ein paar hundert Millionen außerhalb Frankreichs – brauchten nicht unter Kopfschmerzen zu leiden, wenn die Ärzte dieses Leiden wirklich ernst nehmen würden. Das behauptet der 31 Jahre alte Pariser Mediziner Marc Schwob, der in der französischen Hauptstadt ein „Schmerzbekämpfungs-Institut" leitet. Schwob, ein Neurologe, beschäftigt sich seit Jahren speziell mit der Migräne. Im französischen Nachrichtenmagazin „L'Express" behauptete er, mehr als die Hälfte aller seiner Patienten endgültig von chronischen Kopfschmerzen geheilt zu haben.

„Die französischen Ärzte", so der Mediziner, „nehmen Migräne nicht ernst. Sie sehen in ihr keine biologische Krankheit, sondern ein psychologisches Problem." Für den Pariser „Schmerz-Doktor" aber ist die Migräne eine „biologische Realität", also eine physische Erkrankung. Meist handelt es sich um eine Verengung von Blutgefäßen, die ihrerseits zu schmerzhaften Reaktionen von Nerven oder Muskeln führt. Diese Verengung der Blutgefäße ist häufig eine chemische Reaktion auf bestimmte Lebensmittel. Vor allem gewisse Käsesorten, Schokolade, Champagner und einige Rotweinsorten können nach Meinung von Doktor Schwob zu heftigen Kopfschmerzen führen.

Um den Migräne-Kranken Erleichterung zu verschaffen, hat Schwob in Paris eine Spezialklinik eingerichtet. „Das Spektrum der Hilfsmittel ist sehr breit", erklärt der Mediziner. In vielen Fällen hilft Wärme, und die Patienten werden deshalb mit Infrarot-Strahlen behandelt. In anderen Fällen sei das Gegenteil nötig. Dann bekommen die Kopfschmerzpatienten Eispackungen. Auch Elektrizität wird als „Schmerz-Töter" verwendet. „Je nach Patient müsse die Stromstärke variiert werden, die die Migräne beseitigen kann. Andere Kranke behandelt der Arzt auch mit Ultraschall oder elektromagnetischen Wellen.

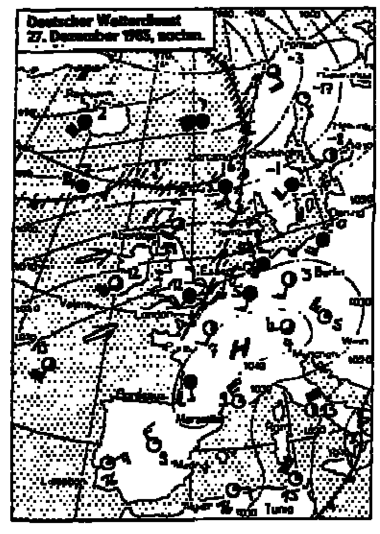
„Jeder Fall muß ganz individuell behandelt werden", meint Schwob, „deshalb widme ich jedem Patienten beim ersten Besuch auch mindestens eine Stunde. Wenn man überlegt, was durch Schmerzen an Arbeitszeit verlorengeht, dann ist diese Zeitspanne für einen Patienten keinesfalls zu teuer."

Viele große Persönlichkeiten der *Weltgeschichte litten an Migräne.* Zu ihnen gehörten der spanische Dichter Cervantes, der polnische Komponist Chopin, der britische Naturwissenschaftler Darwin, der amerikanische Präsident Jefferson, der russische Schriftsteller Tolstoi und seine britische Kollegin Virginia Woolf. Auch der schwedische Industrielle Nobel und der englische Schriftsteller George Bernard Shaw hatten ständig Kopfschmerzen, genau wie Edgar Allan Poe und Tschaikowsky.

Bekannt ist etwa auch, daß 50 Millionen Amerikaner unter Migräne leiden. Sie geben pro Jahr mehr als eine Milliarde Dollar für schmerzstillende Medikamente aus.

WETTER: Bewölkt und mild

Wetterlage: Über die Britischen Inseln, fließt milde und wolkenreiche Atlantikluft nach Deutschland. Mitgeführte atlantische Tiefausläufer gestalten das Wetter vor allem in Norddeutschland unbeständig.



Vorhersage für Mittwoch:

Gesamte Bundesrepublik: In Norddeutschland stark bewölkt bis bedeckt und zeitweise Regen. Im Süden veränderlich bewölkt und kaum Niederschlag. Mild mit höchsten Temperaturen um 10 Grad. Anstieg der Nullgradgrenze in den Alpen auf 2000 m. Tiefstwerte in der kommenden Nacht 5 bis 8 Grad. Im Süden zunächst schwacher bis mäßiger, später, wie schon im Norden, frischer und zunehmend stark böiger Wind aus südwestlichen Richtungen.

Weitere Aussichten:

Unbeständig und für die Jahreszeit zu mild.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	3°	Kairo	18°
Bonn	6°	Kopenh.	4°
Dresden	4°	Las Palmas	19°
Essen	5°	London	12°
Frankfurt	5°	Madrid	9°
Hamburg	5°	Mailand	12°
List/Sylt	5°	Mallorca	18°
München	4°	Moskau	–2°
Stuttgart	5°	Nizza	14°
Algier	16°	Oslo	0°
Amsterdam	9°	Paris	7°
Athen	14°	Prag	3°
Barcelona	11°	Rom	13°
Brüssel	8°	Stockholm	–1°
Budapest	5°	Tel Aviv	14°
Bukarest	7C	Tunis	15°
Helsinki	–8°	Wien	5°
Istanbul	10°	Zürich	6°

Sonnenaufgang* **am Donnerstag:** 8.27 Uhr, Untergang: 16.20 Uhr, **Mondaufgang:** 3.07 Uhr, Untergang: 13.28 Uhr.

* in MEZ, zentraler Ort Kassel

In den Töpfen kommt der alte Lukull zu neuen Ehren

AFP, Rom

„Die spinnen, die Römer" – diese Einschätzung seiner geliebten Erzfeinde würde sich der ewig hungrige Gallier Obelix angesichts der Orgien, die zum Jahresabschluß in römischen Haushalten entstehen, noch einmal überlegen. „Stercum diaboli" oder „Conditum Mirabilis" – das sind nur einige der gastronomischen Geheimtips, die in der italienischen Hauptstadt kursieren. Der „latin lover" ist out, das „latin dinner" ist in.

Der Trend zu 2000 Jahre alten Menüs ist einer Archäologin zu verdanken, Signora Eugenia Salza Prina Ricotti, Mitglied der päpstlichen Akademie für Archäologie. In ihrem Buch „Die Kunst der Empfänge im alten Rom" hat sie rund einhundert Rezepte gesammelt, die vor zwei Jahrtausenden den Gourmets das Wasser im Munde zusammenlaufen ließen und die nun auch ihren Nachkommen munden sollen.

Die Suche nach der Exotik des Altertums hat Prina Ricotti lange Jahre des Stöberns in Archiven und Bibliotheken gekostet. Dort hat sie sich den Größen der römischen Geschichte, den Plinii, Catos, Ciceros und natürlich dem Schutzpatron aller *Viel- und Gernesser, Lukullus,* auf eine vollkommen neue Art genähert – durch die Küche.

„Stercum diaboli", so fand die Gastro-Archäologin heraus, war eines der beliebtesten Gewürze, eine Art Knoblauch ohne den anhänglichen Duft. Die diabolische Zutat war aber nur eine unter vielen uns heute kaum noch vorstellbaren Gaumenfreuden wie Pfeffer im Aperitif oder Dattelkerne im „Conditum Mirabilis" – Cocktail des Dichters Horaz.

„Zwar läßt sich nicht alles wieder *genauso herstellen wie damals,* vor allem nicht die Atmosphäre", sagt die Wissenschaftlerin. „Wo gibt es heute noch Menschen, die die Kunst des Essens im Liegen beherrschen, hingegossen auf einem Triclinium, die rechte Hand nach den Schüsseln ausstreckend und die Reste des Mahls nonchalant hinter sich werfend?"

Eine große Zahl der von Prina Ricotti ausgegrabenen Rezepte zeigt, wie beliebt gegrilltes Fleisch bei den großen Empfängen des römischen Adels war. Doch auch gekochtes Fleisch, Fisch und Meeresfrüchte verachteten sie nicht. Das Fürchten lernen werden allerdings die Freunde der „vieille cuisine" bei dem Zusatz, *der sich bei vielen feinen Gerichten* findet: „Das Ganze übergieße man *mit einer dicken gepfefferten Sauce."*

Größte Schwierigkeit beim Nachkochen der Speisen dürfte eben die Zubereitung dieser scharfen Saucen bereiten. Denn kaum ein Geschäft führt das „Stercum diaboli", die „Narde", den „Livache" oder den „Halobatre".

Neben Kochtips finden sich auch andere wichtige Regeln für ein „latin dinner" in der römischen Rezeptesammlung. So sollte auf den Einladungen auf die opulente Speisefolge hingewiesen werden. Menschen mit empfindlichen Mägen müßten fairerweise gewarnt werden. Denn nicht jeder Bauch, so weiß die Spezialistin aus eigener Erfahrung, verträgt, was in den römischen Küchen zusammengekocht wurde.

Verständlich wird die Warnung, wenn man sich anschaut, was sich hinter einem typischen Menü mit unschuldigen Namen verbirgt: „libum" und „moretum", gefolgt von „catilli", danach als Hauptgericht „perna" und zum Abschluß „dulcia". Zu deutsch: kleine Brötchen, gebacken mit Quark und Mehl oder Grieß auf Lorbeerblättern, ein Omelett mit Geflügelleber, ein Käse, gewürzt mit Kräutern. *Die* „perna", Krönung des Essens, das einen Tag Vorbereitungszeit braucht, haben der römischen Rezeptforscherin bereits Komplimente des kanadischen Ministerpräsidenten Pierre Elliott Trudeau eingebracht: Für ihn kochte Prina Ricotti einen ganzen Schinken, der im Wasserdampf gegart und mit Feigen und Lorbeer zubereitet, mit Honig überbacken und mit der Kruste serviert wird.

Wer so der Völlerei huldigte, mußte seinen Magen durch tägliches Training in Form halten. Denn der Verdauungsapparat bekam regelmäßig harte und dicke Brocken zu schlucken. Zum Speiseplan gehörten mit Hirn und Innereien gefüllte Hähnchen, gepökelte Geschlechtsteile des weiblichen Schweins, Muränen in einer Art Worcestersauce oder die delikate „ofella ostiense", eine marinierte Schweinsniere, deren Sauce, so das Küchenlatein, Tote wieder zum Leben erweckt haben soll. Die „patina", schließlich, bestehend aus Schichten von zerkleinertem Schweineuter, Fisch und Geflügel zwischen selbstgemachtem Nudelteig. In einer Variante dieses Gerichts, der „patina cotidiana", verwerteten die Köche alle Reste zu einem delikaten Eintopf.

ZU GUTER LETZT

„Frischoperierte und neue Gipsverbände müssen sich unbedingt am nächsten Vormittag zur Kontrolle hier vorstellen." Schild in der Ambulanz des Bonner St.-Petrus-Krankenhauses

